



ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ

Aus Liebe zum Menschen.

ACCORD

Austrian Centre for Country of Origin
& Asylum Research and Documentation

Griechenland: Versorgungslage und Unterstützungsleistungen für (nach Griechenland zurückkehrende) Personen mit internationalem Schutzstatus [a-11601]

26. August 2021



Bundesministerium
Inneres



ACCORD wird vom Bundesministerium für Inneres, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und UNHCR kofinanziert.

Griechenland:
Versorgungslage und Unterstützungsleistungen für (nach Griechenland
zurückkehrende) Personen mit internationalem Schutzstatus [a-11601]
26. August 2021

Das vorliegende Dokument beruht auf einer zeitlich begrenzten Recherche in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die ACCORD derzeit zur Verfügung stehen sowie gegebenenfalls auf Expertenauskünften, und wurde in Übereinstimmung mit den Standards von ACCORD und den *Common EU Guidelines for processing Country of Origin Information (COI)* erstellt.

Dieses Produkt stellt keine Meinung zum Inhalt eines Ansuchens um Asyl oder anderen internationalen Schutz dar. Alle Übersetzungen stellen Arbeitsübersetzungen dar, für die keine Gewähr übernommen werden kann.

Wir empfehlen, die verwendeten Materialien im Original durchzusehen. Originaldokumente, die nicht kostenfrei oder online abrufbar sind, können bei ACCORD eingesehen oder angefordert werden.

© Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD

Dieses Dokument ist in elektronischer Form auf www.ecoi.net verfügbar.

Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD
Wiedner Hauptstraße 32
A- 1040 Wien

Telefon: +43 1 58 900 – 582
E-Mail: accord@roteskreuz.at
Web: <http://www.roteskreuz.at/accord>

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	2
1 Hintergrund und Kontext.....	3
1.1 Gesetzliche Rahmenbedingungen	3
1.2 Die Lage von nach Griechenland zurückkehrenden Schutzberechtigten	4
2 Allgemeine Voraussetzungen: zentrale Dokumente.....	7
2.1 Aufenthaltserlaubnis (ADET).....	7
2.2 Steueridentifikationsnummer (AFM).....	9
2.3 Sozialversicherungsnummer (AMKA)	9
3 Sozialleistungen: sozialrechtliche Ansprüche und faktischer Zugang.....	11
3.1 Garantiertes Mindesteinkommen	11
3.2 Weitere Sozialbeihilfen	13
4 Unterbringung und Mietbeihilfen.....	14
4.1 ESTIA, ESTIA II und HELIOS.....	14
4.2 Unterstützung von NGOs.....	18
4.3 Staatliche Mietzulage	18
4.4 Obdachlosigkeit	18
5 Medizinische Versorgung	21
5.1 Gesetzlicher Anspruch.....	21
5.2 Faktischer Zugang zum Gesundheitssystem	21
6 Zugang zu und Bedingungen am Arbeitsmarkt.....	24
6.1 Berufsbildungsmaßnahmen.....	24
6.2 Faktischer Zugang zum Arbeitsmarkt	25
6.3 Nostrifizierung und Anerkennung bereits erworbener Qualifikationen	26
7 Integration und Bildung.....	27
7.1 Sprach- und Integrationskurse.....	27
7.2 Zugang zu Bildung für begleitete und unbegleitete Kinder mit internationalem Schutzstatus.....	28
8 Besonders vulnerable Gruppen mit internationalem Schutzstatus.....	30
8.1 Besondere Unterstützungsleistungen	30
8.2 Lage von besonders vulnerablen Schutzberechtigten	31
8.3 Unbegleitete Minderjährige	32
Quellenverzeichnis	34
Anhang: Ausschnitte aus Originalquellen	40

Bitte beachten Sie, dass die in dieser Anfragebeantwortung enthaltenen Übersetzungen aus dem Griechischen unter Verwendung von technischen Übersetzungshilfen erstellt wurden. Es besteht daher ein erhöhtes Risiko, dass diese Arbeitsübersetzungen Ungenauigkeiten enthalten.

1 Hintergrund und Kontext

1.1 Gesetzliche Rahmenbedingungen

Griechischen Regierungsquellen sowie mehreren Berichten von Nicht-Regierungsorganisationen zufolge seien im März 2020 Änderungen am Gesetz „zu internationalem Schutz und anderen Bestimmungen“ (Gesetz 4636/2019) verabschiedet worden (Ministerium für Migration und Asyl, 29. Mai 2020; GRC, Juni 2021; UNHCR, 2. Juni 2020). Während auf Basis der früheren Gesetzesgrundlage anerkannten Flüchtlingen sowie subsidiär Schutzberechtigten eine Frist von sechs Monaten eingeräumt wurde, um die Erstaufnahmezentren bzw. für im Verfahren befindliche Asylwerber vorgesehenen Unterkünfte zu verlassen (Gesetz 4636/2019, 1. November 2019, Art. 114), hat sich diese Frist gemäß der Gesetzesänderung auf 30 Tage verkürzt. Mit der offiziellen Zuerkennung des internationalen oder subsidiären Schutzstatus werden die materiellen Aufnahmebedingungen in Form von Geld- und Sachleistungen beendet. Für unbegleitete Minderjährige tritt die 30-Tage-Regelung nach Vollendung des 18. Lebensjahres in Kraft (Gesetz 4674/2020, 11. März 2020, Art. 111).

Das Gesetz sei laut dem zuständigen Ministerium pandemiebedingt effektiv mit Mai 2020 umgesetzt worden (Ministerium für Migration und Asyl, 29. Mai 2020), Anfang Juni seien erstmals 9.000 anerkannt Schutzberechtigte aus dem griechischen Aufnahmesystem exmittiert worden (UNHCR, 2. Juni 2020). Mehrere Quellen berichteten im Juni 2020, dass dieses Schicksal in den Folgemonaten weiteren 11.000 Asyl- oder subsidiär Schutzberechtigten drohe, da diese ihren Anspruch auf die Unterstützung für Asylwerber-innen verlieren würden und stattdessen um allgemeine Sozialhilfe ansuchen müssten, was sich oft als ein kompliziertes Unterfangen darstellen würde (UNHCR, 2. Juni 2020; InfoMigrants, 9. Juni 2020). Näheres dazu siehe unten unter Abschnitt 0.

Im Zusammenhang mit der Gesetzesänderungen berichtet die Athener Tageszeitung Ekathimerini im Juni 2020, dass die griechischen Behörden, mehrere Stellen eingerichtet hätten, die die Schutzberechtigten bei der Ausstellung von Reisedokumenten unterstützen. Mit den Reisedokumenten sei es ihnen möglich für bis zu drei Monate in andere EU-Mitgliedsstaaten zu reisen (Ekathimerini, 17. Juni 2020). Der britische Guardian zitiert im Juli 2020 in diesem Kontext den früheren Vize-Bürgermeister Athens und Mitarbeiter der NGO Solidarity Now, Lefteris Papagiannakis, demzufolge die griechische Regierung mit den Maßnahmen versuche, die Schutzberechtigten aus dem Unterstützungssystem herauszuholen und höflich aus Griechenland zu vertreiben. Sobald sie Papiere hätten, wäre es ihnen möglich, ins Ausland zu reisen und die meisten würden danach nicht wieder zurück nach Griechenland kommen, so Papagiannakis gegenüber dem Guardian (The Guardian, 23. Juli 2020).

In einem Bericht vom Februar 2021 führt die griechische gemeinnützigen Organisation Mobile Info Team (MIT) an, dass Personen mit internationalen Schutzstatus in andere EU-Staaten

reisen, sich dort aber nicht niederlassen dürften. Diese Personen hätten das Recht sich innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen innerhalb der Schengen-Zone bis zu 90 Tage außerhalb Griechenlands aufzuhalten. Überschreite eine Person diesen Zeitraum, könne der Staat sie auffordern, in das Land, in dem sie einen Aufenthaltstitel besitzt, zurückzukehren. Wenn die Person sich weigere freiwillig in das Aufnahmeland zurückzukehren, könne eine Rückführungsentscheidung erlassen werden, die eine direkte Rückkehr in ein Drittland vorsehe. Bestehe zwischen den beiden Mitgliedstaaten ein bilaterales Abkommen, das die Rückkehr eines Drittstaatsangehörigen mit gültigem Aufenthaltstitel ausdrücklich vorsieht, könne die Person in das eigentliche Aufnahmeland zurückgeschickt werden. (MIT, Februar 2021, S. 26)

In einem Antwortschreiben vom 4. Juni 2021 an den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und die EU-Kommissarin für Inneres nimmt der griechische Minister für Migration und Asyl Bezug auf die Kritik, wonach es in Griechenland zu „eklatantem Missbrauch von Reisedokumenten für Flüchtlinge“ und zu „irregulären Sekundärströmen“ von international Schutzberechtigten in andere EU-Mitgliedsstaaten komme. Der griechische Migrationsminister verweist in diesem Kontext darauf, dass Griechenland dazu verpflichtet sei, anerkannten Geflüchteten Zugang zu Reisedokumenten zu ermöglichen. Das Problem - so scheine es ihm - sei nicht das Reisedokument oder die Reisefreiheit; das Problem liege im strukturellen Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten, was die Aussichten auf Integration und die Höhe der damit verbundenen Leistungen sowie die Aussichten auf den Zugang zum Arbeitsmarkt angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Griechenland betreffe. So stelle sich die Frage, ob die Lösung für die in dem Schreiben beschriebene Situation nicht eher in mehr als in weniger Mobilität bestehe. Wenn es das Ziel sei, ein solidarisches System zu schaffen, dann wäre das Recht auf Mobilität von anerkannten Geflüchteten der richtige Weg. Der griechische Minister betont weiters, dass jede materielle oder finanzielle Unterstützung für anerkannte Flüchtlinge nicht über die Unterstützung für griechische und EU-Bürger hinausgehen könne und man nicht von Griechenland verlangen könne, mehr zu bieten, als es sich leisten könne, oder mehr zu bieten, als im Rahmen des europäischen Asylsystems angemessen wäre. (Minister für Migration und Asyl, 4. Juni 2021, S. 2-4)

1.2 Die Lage von nach Griechenland zurückkehrenden Schutzberechtigten

Laut aktuellen NGO-Berichten zur Lage von international Schutzberechtigten in Griechenland würden anerkannte Flüchtlinge, die aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Griechenland zurückgeführt würden, vor besonders große Herausforderungen gestellt (MIT, Februar 2021, S. 26; RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 2). Dem im Februar 2021 veröffentlichten Bericht von MIT zufolge würden anerkannte Flüchtlinge, die aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Griechenland zurückkehren, mit immensen Schwierigkeiten konfrontiert. Die ohnehin schon prekäre Situation vieler anerkannter Flüchtlinge in Griechenland verschärfe sich nach einer Rückkehr nach Griechenland noch weiter. Diese Personen hätten häufig die Gelegenheit verpasst, sich für wichtige Dienstleistungen anzumelden (wie beispielsweise HELIOS, näheres dazu siehe unten in Abschnitt 4.1), sie besäßen daher nicht die nötigen Dokumente für den Zugang zu anderen Dienstleistungen (MIT, Februar 2021, S. 26-27). Darüber hinaus würden die zurückkehrenden Schutzberechtigten bei ihrer Wiedereinreise nach Griechenland keine Informationen oder Unterstützung erhalten (MIT, Februar 2021, S. 26-27; RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 2).

Die griechische Non-Profit Organisation Refugee Support Aegean (RSA) und die deutsche Stiftung Pro Asyl, die sich beide für die Rechte Geflüchteter einsetzen, berichteten in diesem Zusammenhang im März 2021 über die Rückübernahme von Personen mit internationalem Schutzstatus aus anderen europäischen Ländern nach Griechenland. Diese erfolge in der Regel über den internationalen Flughafen von Athen, wo den Menschen keine Informationen oder Empfehlungen zu Unterbringungsmöglichkeiten oder zu den Schritten zur Wahrung ihrer Rechte in Griechenland gegeben würden. Den Hinweis sich an die Asylbehörde zu wenden, wenn sie keine Dokumente besitzen, gebe es lediglich in griechischer Sprache. Darüber hinaus seien die von den Kommunen betriebenen Migrations-Integrationszentren (Κέντρα Ένταξης Μεταναστών, KEM), die den Begünstigten Informationen und Beratung über den Zugang zu Dokumenten und bestimmten sozialen Rechten bieten, für Personen, die kein Griechisch, Englisch oder Urdu sprechen, nicht zugänglich, da es in Athen keine Dolmetscherdienste gebe. RSA und die Stiftung PRO ASYL weisen darauf hin, dass sich nach Griechenland zurückkehrende Schutzberechtigte hauptsächlich in der Region Attika (die Region von und um Athen, Anm. ACCORD) wiederfinden würden, und dass die Schwierigkeiten, die vor allem in dieser Region dokumentiert würden, die Rückkehrer:innen beim Zugang zu Sozialleistungen, Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung besonders beeinträchtigen könnten. (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 2)

Laut MIT habe ein Begünstigter berichtet, dass ihm bei seiner Rückkehr aus Deutschland nach Griechenland die Teilnahme am HELIOS-Programm verwehrt worden sei und er seine von der deutschen Polizei beschlagnahmte Aufenthaltsgenehmigung (ADET) und sein Reisedokument nicht wieder zurückbekommen habe (MIT, Februar 2021, S. 26-27). Auch RSA und die Stiftung Pro Asyl führen an, dass Schutzberechtigte, die in den letzten Monaten aus anderen europäischen Ländern nach Griechenland zurückgekehrt seien, auf die Erneuerung oder Neuausstellung ihrer Aufenthaltsgenehmigung (ADET) warten würden (Informationen zu zentralen Dokumenten finden sich unten in Abschnitt 0). Bis zur Aushändigung der ADET hätten sie keine anderen Dokumente erhalten, so die Beobachtungen von RSA. Aufgrund des erheblichen Rückstaus der Fälle bei der Fremdenpolizeidirektion Attika müssten Personen mit internationalem Schutzstatus, die bei ihrer Rückkehr nach Griechenland nicht im Besitz einer gültigen ADET seien, mit besonders langen Wartezeiten für die Ausstellung und/oder Verlängerung ihrer ADET rechnen, ohne die sie keinen Zugang zu Sozialleistungen, zur Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt hätten (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 3-4). In der deutschsprachigen Fassung des Berichtes der Stiftung Pro Asyl und RSA heißt es konkreter, dass international Schutzberechtigte, die ohne Aufenthaltserlaubnis aus anderen europäischen Ländern nach Griechenland zurückkehren oder rückgeführt werden, mitunter bis zu ein Jahr darauf warten müssten, bis ihnen diese ausgestellt werde. Erst bei Erhalt der ADET würden sie eine Sozialversicherungsnummer und somit Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 17).

MIT berichtet zudem, dass vielen der aus anderen Ländern nach Griechenland zurückkehrenden Schutzberechtigten nichts anderes übrigbliebe, als auf der Straße zu schlafen und sich selbst um Wasser, Nahrung und sanitäre Einrichtungen zu kümmern (MIT, Februar 2021, S. 26-27). Zu den konkreten Lebensumständen von aus anderen Mitgliedstaaten nach

Griechenland zurückkehrenden international Schutzberechtigten finden sich Informationen in einer von MIT eingereichten Stellungnahme zum Länderbericht des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO) vom 25. Februar 2021. Darin schreibt MIT, dass fehlender Zugang zu Unterbringungsstrukturen zu Mittellosigkeit und Obdachlosigkeit führe. Die nach Griechenland zurückkehrenden Schutzberechtigten müssten sich oft informell an andere Asylwerber:innen oder Geflüchtete wenden, um vorübergehend ein Dach über dem Kopf zu haben. Oftmals würden diese Personen auf der Straße leben, ohne Zugang zu Dienstleistungen, selbst wenn es um die Deckung des Grundbedarfs an Lebensmitteln und Milch für kleine Kinder gehe, so die Schilderungen von Schutzberechtigten gegenüber MIT im Jahr 2020. Darüber hinaus hätten Begünstigte, die über ausreichende finanzielle Mittel zum Anmieten einer Wohnung verfügen, angegeben, dass ihnen keine Integrationsmaßnahmen zur Verfügung stehen würden, um in den Arbeitsmarkt integriert zu werden und die Miete länger als einige Monate zu bezahlen. HELIOS, das Unterkunftsprogramm für Personen mit internationalem Schutzstatus, schränke den Zugang für nach Griechenland Zurückkehrende ein, da sie entweder die Antragsfrist überschritten hätten oder gewisse Voraussetzungen nicht erfüllen würden, wie z. B. zum Zeitpunkt des Erhalts der positiven Entscheidung in einer Flüchtlingsunterkunft, einer ESTIA-Unterkunft oder in einem Hotel des FILOXENIA-Programms untergebracht gewesen zu sein. Dokumente wie Aufenthaltsgenehmigungen und Reisedokumente würden bei der Überstellung von einem Mitgliedstaat nach Griechenland eingezogen und bei der Wiedereinreise von den griechischen Behörden nicht zurückgegeben, was zu Verzögerungen beim Zugang zu Dienstleistungen führe. Personen, die internationalen Schutz genießen, aber keine Papiere hätten, befänden sich in besonders prekären Situationen, da diese keinen Zugang zu Dienstleistungen hätten. Neue Dokumente würden mit großer Verzögerung ausgestellt. Darüber hinaus wurden im Jahr 2020 mit der Schließung der Asylbehörde weitere Verzögerungen bei der Beantragung und Ausstellung neuer Aufenthaltsgenehmigungen und Reisedokumente beobachtet. Vulnerable Personen, die nicht im Besitz gültiger Dokumente seien, seien bei ihrer Rückkehr nach Griechenland zusätzlich gefährdet, da der Zugang zu Dienstleistungen wie medizinischer Versorgung und psychosozialer Unterstützung von gültigen Dokumenten abhängen. Das Vorhandensein oder Fehlen gültiger Dokumente sei kein entscheidendes Kriterium für die Rückführung vulnerabler Personen nach Griechenland (MIT, 25. Februar, S. 9-10).

Dem MIT-Bericht vom Februar 2021 zufolge gebe es Versuche anderer EU-Länder, die Überstellung von Personen mit internationalem Schutzstatus nach Griechenland auszusetzen (MIT, Februar 2021, S. 26-27). Wie das European Council on Refugees and Exiles (ECRE) im Jänner 2021 berichtete, hätten zwei Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen die Rückführung von Personen mit Schutzstatus in Griechenland durch deutsche Behörden effektiv verhindert. Das Gericht habe festgestellt, dass den Schutzberechtigten die ernsthafte Gefahr einer unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung drohe und sie sich in Griechenland in äußerster materieller Not befinden würden (ECRE, 29. Jänner 2021).

2 Allgemeine Voraussetzungen: zentrale Dokumente

In ihrem Bericht vom März 2021 zur Situation von international Schutzberechtigten in Griechenland schreiben RSA und die Stiftung Pro Asyl, dass diese Personengruppe mit besonderen administrativen Herausforderungen konfrontiert sei, wenn es um den Zugang zu verschiedenen amtlichen Dokumente gehe. Diese Schwierigkeiten würden die Menschen daran hindern, die notwendigen Voraussetzungen für den Zugang zu wichtigen Rechten wie Gesundheitsversorgung, Wohnraum, Sozialhilfe und Zugang zum Arbeitsmarkt zu erfüllen. Besonders relevant für den Zugang zu sozialen Dienstleistungen seien eine Aufenthaltserlaubnis (ADET), eine Steueridentifikationsnummer (AFM) und eine Sozialversicherungsnummer (AMKA). (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 2-5)

2.1 Aufenthaltserlaubnis (ADET)

RSA und die Stiftung PRO ASYL führen an, dass die Aufenthaltserlaubnis (Άδεια Διαμονής Ενιαίου Τύπου, ADET) die Voraussetzung für die Ausstellung einer Sozialversicherungsnummer (Αριθμός Μητρώου Κοινωνικής Ασφάλισης, AMKA) und für den Bezug von Sozialleistungen sei. Bis zu ihrer Ausstellung behalte die Person ihre Karte für Antragsteller-innen auf internationalen Schutz (Δελτίο Αιτήσαντος Διεθνούς Προστασίας, DADP). Dies gelte nicht im Falle eines Verlängerungsverfahrens der Aufenthaltserlaubnis. Das Verfahren für die Erteilung und/oder die Verlängerung von ADET für Personen, denen internationaler Schutz gewährt wurde, beinhalte die Ausstellung eines „ADET-Bescheides“, der die Anordnung des zuständigen Regionalen Asylbüros (RAO) für die Erteilung der Genehmigung darstelle. Die Entscheidung wird nicht immer bei der Zuerkennung des Status mitgeteilt. In diesem Fall müssten die Begünstigten einen Termin beim RAO vereinbaren, um einen ADET-Bescheid zu erhalten. In diesem Zusammenhang weisen RSA und die Stiftung Pro Asyl darauf hin, dass einige RAO wie beispielsweise in Lesbos die Ausstellung eines ADET-Bescheids an zusätzliche Voraussetzungen, wie z. B. einen gültigen Arbeitsvertrag von mindestens sechs Monaten und eine Steuererklärung für das vorangegangene Haushaltsjahr, knüpfen würden. Ohne diese Voraussetzungen stelle das Amt keine ADET-Bescheide aus. Andererseits würden viele Personen, deren Anträge auf den griechischen Inseln bearbeitet worden seien und die nach der Gewährung des internationalen Schutzstatus nach Attika reisen, keine Termine beim RAO von Piräus bekommen, um ADET-Bescheide zu erhalten. Die Begründung sei, dass diese Personen keine registrierte Adresse in Attika hätten. Dies gelte auch für Personen, die, in Athen obdachlos geworden seien. (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 2-3)

Erst nach der Zustellung des ADET-Bescheids könne die jeweilige Person einen Termin beim zuständigen Passamt der griechischen Polizei beantragen, um die Genehmigung zu erhalten. An dem vom Amt vorgegebenen Termin müsse der/die Schutzberechtigte persönlich im Amt vorstellig werden, den ADET-Bescheid zusammen mit der Asylantragskarte mit dem Stempel „Aufenthaltsgenehmigung ausständig“ und Passfotos vorlegen und Fingerabdrücke abgeben, um die Genehmigung zu beantragen. Anschließend erhalte man von der Passbehörde eine Bestätigung über die eingereichten Dokumente. Diese benötige man wiederum für die Abholung der Aufenthaltserlaubnis (ADET) bei der regionalen Asylbehörde. (Ministerium für Migration und Asyl, ohne Datum)

In der Praxis sei das Verfahren zur Erteilung und/oder Verlängerung von ADET durch erhebliche Verzögerungen gekennzeichnet, die mehrere Monate und in einigen Fällen sogar ein Jahr betragen können, so RSA und die Stiftung PRO Asyl. Die griechische Polizei habe erklärt, dass durch die Abschaffung des Ministeriums für Migrationspolitik die Übertragung der Zuständigkeiten auf das Ministerium für Bürgerschutz im Juli 2019 und die anschließende Wiedereinrichtung des Ministeriums für Migration und Asyl im Jänner 2020 eine institutionelle Lücke in Bezug auf die Zuständigkeit für die Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung und Verlängerung von ADET entstanden sei. Die griechische Polizei sei erst nach einer Gesetzesänderung im Juli 2020 wieder für die Prüfung solcher Anträge zuständig geworden. RSA seien Fälle bekannt, in denen Schutzberechtigte von den Behörden darüber informiert worden seien, dass sie ihre Anträge auf ADET aufgrund der Gesetzesänderung erneut einreichen müssten. Die griechische Polizei habe zudem festgestellt, dass diese institutionelle Lücke zu einem erheblichen Rückstand bei den anhängigen Anträgen und zu Schwierigkeiten im sozialen und wirtschaftlichen Leben der betroffenen Personen geführt habe. RSA berichtet, dass Schutzberechtigte in der Region Attika, die seit mehr als sechs Monaten, in einigen Fällen sogar seit einem Jahr, auf die Erteilung und/oder Verlängerung ihrer ADET warten würden, ihre Rechte als Schutzberechtigte nicht wahrnehmen könnten, wenn sie keine oder nur eine abgelaufene Aufenthaltserlaubnis besäßen. (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 3-4)

Das Datum, ab dem die Aufenthaltserlaubnis gültig sei, entspreche dem Datum der Ausstellung des ADET-Bescheids durch die Asylbehörde, nicht dem Datum der Ausstellung der tatsächlichen ADET selbst. Dies berge ernsthafte Risiken für Personen mit subsidiärem Schutz, deren ADET eine Gültigkeitsdauer von einem Jahr habe, da die ADETs oft bereits kurz vor dem Ablauf stehen würden, wenn sie diese erhalten würden, und aufgrund der oben beschriebenen Verzögerungen sofort erneuert werden müssen. (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 3-4)

Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis

Die Aufenthaltserlaubnis (ADET) gelte für anerkannte Flüchtlinge drei Jahre, für subsidiär Schutzberechtigte ein Jahr. Zur Beantragung der Verlängerung der ADET müsse man sich laut Informationen auf der Webseite des Migrationsministeriums 30 Tage vor Ablauf der ADET per E-Mail an die Stelle für international Schutzberechtigte („Asylum Unit of International Protection Beneficiaries“) wenden. Dieses E-Mail müsse einer bestimmten Form entsprechen und aktuelle Passfotos enthalten; eine detaillierte Anleitung dafür sei in den Sprachen Englisch, Arabisch, Farsi, Tigrinisch, Urdu und Französisch erhältlich. In einem nächsten Schritt würden Antragsteller:innen eine E-Mail-Antwort erhalten, in der ihnen mitgeteilt werde, dass der Antrag auf Verlängerung Ihres Aufenthaltstitels positiv beschieden wurde. Diese E-Mail enthalte zudem weitere Instruktionen, welche zusätzlichen Dokumente bei welchen zuständigen Passämtern der griechischen Polizei (oder Ausländerämter) eingereicht werden müssten. Im zuständigen Passamt müsste dann ein Ausdruck der erhaltenen E-Mail samt Dateianhängen mit weiteren Instruktionen, zwei aktuelle Passfotos und die aktuelle Aufenthaltserlaubnis vorgelegt werden. Im Fall, dass die aktuelle Aufenthaltserlaubnis verloren oder gestohlen wurde, müsse die polizeiliche Verlustanzeige vorgelegt werden. Für die Einreichung der Dokumente werde vom Passamt wiederum eine Bestätigung ausgestellt, die gemeinsam mit der aktuellen Aufenthaltsgenehmigung bzw. der Verlustanzeige für die

Abholung der Aufenthaltserlaubnis bei der regionalen Asylbehörde benötigt werde. Um zu sehen, ob die Aufenthaltserlaubnis verlängert wurde und wann sie abgeholt werden könne, müsse man die Bekanntmachungen der „Renewed Residence Permits“ auf der Webseite des Migrationsministeriums verfolgen. Diese könnten anhand der Nummer der ursprünglichen Aufenthaltserlaubnis durchsucht werden. In der Bekanntmachung, die die Nummer der ursprünglichen Aufenthaltserlaubnis enthält, seien Tag und Uhrzeit, zu denen die verlängerte Aufenthaltserlaubnis persönlich abgeholt werden könne, angeführt. Die neue Aufenthaltserlaubnis müsse an dem angegebenen Tag und zur angegebenen Uhrzeit abgeholt werden (Ministerium für Migration und Asyl, ohne Datum). Es konnten keine Informationen zu etwaigen Konsequenzen einer nicht termingerechten Abholung der Aufenthaltsverlängerung gefunden werden.

Die Stiftung Pro Asyl und RSA schreiben in ihrem Bericht vom April 2021, dass man bis zur Erteilung der neuen Aufenthaltserlaubnis im Besitz der bisherigen (eventuell abgelaufenen) Aufenthaltserlaubnis bleibe. Mit dieser könne man jedoch formell zustehende Rechte nicht wahrnehmen. (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 13-14)

2.2 Steueridentifikationsnummer (AFM)

Die Steueridentifikationsnummer (Αριθμός Φορολογικού Μητρώου, AFM) sei eine Voraussetzung für die Eröffnung eines Bankkontos, die Anmietung von Immobilien, die Beantragung der AMKA (Sozialversicherungsnummer) und den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zur Sozialhilfe in Griechenland. Personen, die sich bei einem Finanzamt (Διεύθυνση Οικονομικών Υποθέσεων, DOY) registrieren, um eine AFM zu erhalten, müssten ihre Wohnadresse durch eine Bescheinigung eines Aufnahmезentrums, eine Stromrechnung oder eine Kopie eines auf ihren Namen lautenden Mietvertrags nachweisen (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 4-5; UNHCR Griechenland, ohne Datum (a)). Personen mit internationalem Schutzstatus, die keine Wohnsitzbescheinigung hätten und/oder obdachlos seien, könnten daher keine AFM erhalten. Bei der Ausstellung einer AFM und der Online-Zugangsdaten (κλειδάριθμος), die für den Erhalt einer steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung („tax clearance“) erforderlich seien, komme es nach wie vor zu erheblichen Verzögerungen. Diese Zugangsdaten würden auch Personen benötigen, die zwar über eine AFM verfügen, aber nicht im Besitz einer Bescheinigung der Ausstellung einer AFM (Βεβαίωση Απόδοσης ΑΦΜ) seien. RSA verweist in diesem Kontext auf den Fall einer im August 2020 aus Deutschland zurückgekehrten Schutzberechtigten, deren Antrag auf eine Kopie ihrer AFM-Bescheinigung vom Finanzamt abgelehnt worden sei, weil sie keine gültige Aufenthaltsgenehmigung besitze (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 4-5).

2.3 Sozialversicherungsnummer (AMKA)

Die Sozialversicherungsnummer (AMKA) sei eine Voraussetzung für den Zugang zur Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt. Laut dem seit Oktober 2019 geltenden Runderlass des Ministeriums für Arbeit und Soziales könnten Personen mit internationalem Schutz eine AMKA bei jedem Bürgerservicezentrum (Κέντρο Εξυπηρέτησης Πολιτών, KEP) beantragen. Dafür benötige man eine Aufenthaltserlaubnis und eine Korrespondenzadresse (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 5; UNHCR Griechenland, ohne Datum (a)); laut RSA und der Stiftung Pro Asyl benötige man darüber hinaus auch eine Steueridentifikationsnummer

(AFM) (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 5). Das UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UN High Commissioner for Refugees, UNHCR) erwähnt auf seiner Webseite für Griechenland, dass sich die Erfahrungen bei der Beantragung der AMKA von Person zu Person unterscheiden würden. An einigen Orten würde die AMKA für Schutzberechtigte schnell gewährt, an anderen Orten würden die Behörden zusätzliche Unterlagen verlangen. Sollten Schwierigkeiten bei der Beantragung auftreten, rät UNHCR, sich an lokale NGOs für Unterstützung zu wenden (UNHCR Griechenland, ohne Datum (a)). Auch RSA und die Stiftung Pro Asyl führen an, dass Behörden in der Praxis zusätzliche Anforderungen für die Ausstellung der AMKA stellen würden. Manche Bürgerservicezentren würden von international Schutzberechtigten zusätzlich zu ihrem Aufenthaltstitel die Vorlage einer „Bescheinigung über das ADET-Datum“ (βεβαίωση ημερομηνίας παραλαβής ΑΔΕΤ) fordern. Dieses Dokument werde jedoch nicht bei der Aushändigung des Aufenthaltstitels ausgestellt, so dass die Betroffenen es nicht vorlegen könnten (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 5). In einem im Juni 2021 aktualisierten Länderbericht schreibt der griechische Flüchtlingsrat (Greek Council for Refugees, GCR), dass administrative Hürden bei der Ausstellung der AMKA den Zugang zur Gesundheitsversorgung behindern würden (GCR, Juni 2021, S. 251-252).

Die Stiftung Pro Asyl und RSA schreiben unter Bezugnahme auf Artikel 1 des Gemeinsamen Ministerialerlasses 717/2020, dass Asylwerber·innen „seit April 2020 bei Ausstellung beziehungsweise Verlängerung der Aufenthaltsgestattung eine vorläufige Sozialversicherungsnummer [...], die ihnen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt ermöglichen soll“ erhielten und weiters unter Bezugnahme auf Artikel 11 des Gemeinsamen Ministerialerlasses 717/2020, dass „diese vorläufige Nummer innerhalb eines Monats nach Erteilung der Aufenthaltserlaubnis automatisch in eine reguläre Sozialversicherungsnummer [AMKA] umgewandelt“ werden solle. Mit Ablauf des Gültigkeitsdatums der Aufenthaltsgestattung werde die vorläufige Ausländerversicherungs- und Krankenversicherungsnummer von Asylwerber·innen (ΠΑΑΥΠΑ) automatisch deaktiviert. (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 17)

3 Sozialleistungen: sozialrechtliche Ansprüche und faktischer Zugang

Dem vom griechischen Flüchtlingsrat (Greek Council for Refugees, GCR) im Juni 2021 aktualisierten und von ECRE veröffentlichten Länderbericht zu Griechenland zufolge unterscheidet das griechische Gesetz beim Zugang zu Sozialhilfe nicht zwischen anerkannten Flüchtlingen und Personen mit subsidiärem Schutzstatus (GCR, Juni 2021, S. 250). Laut dem in Griechenland geltenden Gesetz würden Personen mit internationalem Schutzstatus dieselben Rechte genießen und die notwendige Sozialhilfe zu denselben Bedingungen erhalten, die für Staatsangehörige gelten (GCR, Juni 2021, S. 250; Tramountanis, 21. Juli 2021; UNHCR Griechenland, ohne Datum (b)). Nicht alle Schutzberechtigten hätten allerdings faktischen Zugang zu sozialen Rechten und Sozialleistungen (Tramountanis, 21. Juli 2021; RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 6; MIT, 25. Februar 2021, S. 9; Skleparis, März 2018, S. 4). Gegenüber dem Auslandsrundfunksender Deutsche Welle habe die Rechtsanwältin Vivi Paschalidou, die für den griechischen Flüchtlingsrat (Greek Refugee Council, GRC) tätig ist, angeführt, dass es zwar finanzielle Unterstützung gebe, diese aber eher symbolischer Natur sei. Einem Menschen, der eine Familie mit drei, vier Kindern habe, sei mit solchen symbolischen Lösungen nicht geholfen. Die Unterstützung reiche nicht aus für die Grundversorgung, auch nicht für Griech·innen, so Paschalidou (DW, 7. Juli 2020).

3.1 Garantiertes Mindesteinkommen

Mehrere Quellen führen an, dass sich Personen mit internationalem Schutzstatus beim Übergang von der humanitären Hilfe zum nationalen Absicherungssystem einer Lücke im sozialen Absicherungssystem gegenübersehen, nachdem die finanzielle Beihilfen, die Asylwerber·innen als Teil der materiellen Aufnahmebedingungen gewährt würden, automatisch 30 Tagen nach Gewährung des internationalen Schutzstatus eingestellt würden, (näheres siehe oben unter Abschnitt 1) (Tramountanis, 21. Juli 2021; RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 6).

Angelo Tramountanis, ein Migrationsforscher am National Centre for Social Research (EKKE), schreibt in einem vom Overseas Development Institute (ODI) veröffentlichten Blogbeitrag, dass diese Personen eigentlich die gleichen Rechte auf Zugang zum nationalen Sozialschutzsystem wie die nationale Bevölkerung hätten, einschließlich des garantierten Mindesteinkommens, Mietzuschüssen, Kindergeld und Leistungen bei Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit. Eine wissenschaftliche Studie habe jedoch ergeben, dass Schutzberechtigte entweder nichts von diesen Programmen wissen oder dass sie erhebliche Zugangsbarrieren zu den Programmen erleben würden. Oft würden ihnen Voraussetzungen für die Registrierung in den staatlichen Leistungsprogrammen, wie beispielsweise eine Sozialversicherungsnummer, eine Steuernummer oder ein Bankkonto, fehlen. Eine im Rahmen der Studie durchgeführte Umfrage habe ergeben, dass von 310 befragten anerkannten Flüchtlingen in den Regionen Attika und Ioannina nur zwei Personen, also weniger als ein Prozent der Befragten, irgendeine Form von staatlicher Unterstützung erhalten. Diese Erkenntnisse würden zeigen, dass für international Schutzberechtigte in Griechenland eine gravierende Versorgungslücke bestehe. Paradoxerweise seien Personen, die den Flüchtlingsstatus erhalten hätten, im Vergleich zu Asylwerber·innen weniger geschützt. Diese Situation werde sich, so Tramountanis, wahrscheinlich noch weiter verschlechtern, da in den kommenden Jahren erhebliche

Haushaltskürzungen bei der von der EU bereitgestellten Hilfe zu erwarten seien. (Tramountanis, 21. Juli 2021)

Auf der Webseite der griechischen Organisation für Sozialleistungen (OPEKA) finden sich Informationen zum garantierten Mindesteinkommen (ελάχιστο εγγυημένο εισόδημα), auch Soziales Solidaritätseinkommen (Κοινωνικό Επίδομα Αλληλεγγύης, KEA) genannt. Dieses Unterstützungsprogramm bestehe aus Services zur sozialen Eingliederung sowie zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und aus einer monatliche Beihilfe von 200 € für einen Single-Haushalt, zuzüglich 100 € für jeden weiteren Erwachsenen (bzw. für das erste Kind in einem Alleinerzieher·innen-Haushalt) und 50 € für jedes weitere Kind. Unabhängig von der Haushaltszusammensetzung könne höchstens ein Betrag von 900 € monatlich gewährt werden (OPEKA, ohne Datum). Das garantierte Mindesteinkommen könne offiziell auch von Personen mit internationalem Schutzstatus beantragt werden (UNHCR Griechenland, ohne Datum (b); RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 6), es gebe allerdings keine Zahlen oder Statistiken, wie oft dies tatsächlich der Fall sei (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 6). In seiner Stellungnahme vom Februar 2021 weist MIT auf fehlende Unterstützung bei der Erfüllung der administrativen Anforderungen für die Beantragung des Sozialen Solidaritätseinkommens hin. MIT zufolge richte sich das Programm an griechische Staatsangehörige. Um für das Programm in Frage zu kommen, seien umfangreiche Unterlagen erforderlich, darunter eine Steuernummer, eine Sozialversicherungsnummer, ein griechisches Bankkonto, eine aktuelle Steuererklärung, ein Einkommensnachweis für die letzten sechs Monate sowie ein Mietvertrag und eine Nebenkostenabrechnung für eine Wohnung, die mindestens sechs Monate vor Einreichung des Antrags angemietet wurde, oder eine Bescheinigung der Obdachlosigkeit (MIT, 25. Februar 2021, S. 9). RSA und die Stiftung Pro Asyl spezifizieren diese Informationen noch weiter und führen an, dass nur Haushalte mit einer registrierten Adresse, die durch einen sechs Monate vor der Antragstellung unterzeichneten Mietvertrag nachgewiesen werden müsse, sowie Obdachlose, die unterhalb der Armutsgrenze leben, Anspruch auf das garantierte Mindesteinkommen hätten. Diese Bezugnahme auf „Haushalte“ im Gesetzestext führe dazu, dass viele Personen oder Familien, die aufgrund mangelnder Mittel bei einer anderen Person oder in einem Haushalt oberhalb der Armutsgrenze untergekommen seien, ohne irgendeine Form von Sozialhilfe zu erhalten, von dem garantierten Mindesteinkommen ausgeschlossen würden. Personen, die aufgrund von Obdachlosigkeit in Einrichtungen untergebracht seien, würden ebenfalls nicht unter den Begriff Haushalt fallen. Obdachlose müssten zudem eine Obdachlosenbescheinigung einer Gemeinde, eine Bescheinigung über die Inanspruchnahme der Dienste einer kommunalen Anlaufstelle für Obdachlose, einer kommunalen Notunterkunft oder eines Frauenhauses vorlegen. Eine Bescheinigung über die Obdachlosigkeit werde von der Stadtverwaltung Athen in der Regel nur für Personen ausgestellt, die auf der Straße leben und von Streetworkern des Zentrums für Aufnahme und Solidarität der Stadtverwaltung Athen (Κέντρο Υποδοχής και Αλληλεγγυής Δήμου Αθηναίων, KYADA) im Rahmen ihrer Arbeit als solche identifiziert würden. Ausgenommen seien Obdachlose, die in besetzten Häusern oder nicht registriert in Flüchtlingsunterkünften wohnen, die zwischen den Unterkünften von Landsleuten pendeln, um die Straße zu meiden, oder die aus Sicherheitsgründen regelmäßig mit ihrem Hab und Gut den Standort wechseln. Darüber hinaus stelle die KYADA eine Bescheinigung über die Obdachlosigkeit aus bestimmten Gründen, z. B. für den Zugang zu Sozialleistungen, nur dann aus, wenn alle anderen Voraussetzungen für den Zugang erfüllt

sein. Viele Obdachlose seien daher nicht in der Lage, eine solche Bescheinigung zu erhalten, um die Voraussetzungen für ein garantiertes Mindesteinkommen zu erfüllen (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 6-7). Im Oktober 2020 berichtet InfoMigrants, ein EU-gefördertes Informationsportal zum Thema Migration, über die Bedingungen auf dem Athener Victoriaplatz, auf dem viele obdachlose Asyl- oder subsidiär Schutzberechtigten leben würden. Viele dieser Menschen hätten keinen Zugang zu Sozialhilfe, da ihnen die dafür notwendigen Dokumente fehlen würden. Einige der Menschen, die auf dem Victoria-Platz leben, seien in Aufnahmezentren und Sammelunterkünfte verlegt worden; ihnen seien Bescheinigungen darüber ausgestellt worden, dass sie sich dort aufgehalten hätten, damit sie eine Steuernummer beantragen könnten - viele hätten diese Möglichkeit jedoch versäumt (InfoMigrants, 30. Oktober 2020).

MIT konstatiert im Februar 2021, dass eine Person, über ein umfassendes Verständnis der griechischen Bürokratie verfügen, die griechische Sprache ausreichend beherrschen, oder Unterstützung von einem Griechisch sprechenden Menschen erhalten müsse, um alle für die Beantragung von Sozialhilfe notwendigen Dokumente zu erhalten. Nach den unmittelbaren Erfahrungen des Mobilien Info-Teams seien diese Anforderungen so aufwändig, dass sie die überwiegende Mehrheit der internationalen Schutzberechtigten von der Gewährung des Mindesteinkommens de facto ausschließen. (MIT, 25. Februar 2021, S. 9)

3.2 Weitere Sozialbeihilfen

Die 2020 eingeführte einmalige Geburtenzulage (επίδομα γέννησης) steht Müttern, die Drittstaatsangehörige sind (einschließlich international Schutzberechtigten), nur dann zur Verfügung, wenn sie nachweisen können, dass sie sich 12 Jahre lang ständig und ununterbrochenen in Griechenland aufgehalten haben. Dies muss durch die Vorlage von Steuererklärungen belegt werden (Gesetz 4659/2020, 3. Februar 2020, Artikel 7). Die überwiegende Mehrheit der international Schutzberechtigten sei daher von dieser Leistung ausgeschlossen (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 7). Das monatliche Kindergeld, das je nach Einkommen und Haushaltsgröße zwischen 28 € und 70 € pro Kind liege (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 7), steht Personen zu, die einen fünfjährigen ständigen und ununterbrochenen Aufenthalt in Griechenland nachweisen können, was durch die Vorlage von Steuererklärungen belegt werden muss (Gesetz 4659/2020, 3. Februar 2020, Artikel 15).

Ab einem Alter von 67 Jahren können unversicherte Personen die Soziale Solidaritätsbeihilfe für nicht versicherte ältere Menschen (Επίδομα Κοινωνικής Αλληλεγγύης Ανασφάλιστων Υπερήλικων) beantragen, vorausgesetzt sie haben seit 15 Jahren einen ständigen und ununterbrochenen Wohnsitz in Griechenland (Gesetz 4387/2016, 11. Mai 2016, Artikel 93).

RSA und die Stiftung Pro Asyl resümieren in Anbetracht der Gesetzeslage, dass die langjährigen Aufenthaltsvoraussetzungen, die den meisten Sozialleistungen zugrunde liegen, der speziellen Situation von Schutzberechtigten nicht Rechnung tragen würden. Dies führe zu einer Ungleichbehandlung dieser Personengruppe im Vergleich zu griechischen Staatsbürgerinnen und schließe sie faktisch von den meisten Formen der Sozialhilfe aus (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 7). Information zu möglichen Mietbeihilfen finden sich in Abschnitt 4.

4 Unterbringung und Mietbeihilfen

Wie in Abschnitt 1 erläutert, müssten Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte seit Mai 2020 die griechischen Erstaufnahmezentren bzw. die für Asylwerber·innen vorgesehenen Unterkünfte innerhalb von 30 Tagen nach Zuerkennung ihres Schutzstatus verlassen. In einem gemeinsamen Brief an den griechischen Minister für Migration und Asyl, die EU-Kommissarin für Migration und Inneres und den Vizepräsidenten der EU-Kommission führen mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen im Juni 2020 an, dass eine beträchtliche Anzahl der von der Gesetzesänderung betroffenen Menschen, von denen ein großer Teil Familien mit Kindern seien, einem erhöhten Risiko der Obdachlosigkeit ausgesetzt seien. Flüchtlinge, die internationalen Schutz erhalten hätten, seien gezwungen, Wohnungen für schutzbedürftige Personen im Rahmen des Programms für Soforthilfe zur Integration und Unterbringung (ESTIA), Hotels im Rahmen des Programms für vorübergehende Unterbringung und Schutz (FILOXENIA), Aufnahme- und Registrierungszentren (Reception and Identification Centers, RICs) und Flüchtlingslager zu verlassen. Fast zeitgleich werde die finanzielle Unterstützung in Form von EU-geförderten Bargeld-Karten eingestellt. (A Drop in the Ocean, Action for Education, ANTIGONE, ARSIS et al., 1. Juni 2020)

4.1 ESTIA, ESTIA II und HELIOS

Vor der Gesetzesänderung hatten international Schutzberechtigte die Möglichkeit, das von UNHCR und der griechischen Regierung geleitete ESTIA- bzw. das vom griechischen Ministerium für Migration und Asyl geleitete ESTIA II-Programm (UNHCR, 15. Juli 2020) noch sechs Monate nach Zuerkennung in Anspruch zu nehmen, während sie dafür nun nach Erhalt des Schutzstatus nur noch 30 Tage lang berechtigt seien, was unter anderem dazu führte, dass sich NGO-Partner aus dem ESTIA II-Programm zurückzogen (Eurodiaconia, 23. September 2020; MIT, Februar 2021, S. 16). Insofern stellt das von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) geleitete HELIOS Projekt für Schutzberechtigte das einzige verfügbare Unterkunftsprogramm dar (MIT, Februar 2021, S. 14; RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 8).

Mit dem HELIOS-Projekt verfolge IOM in enger Zusammenarbeit mit nationalen Behörden und erfahrenen Partnern das Ziel, die Integration von Personen mit internationalem Schutzstatus, die in temporären Unterkünften untergebracht sind, in die griechische Gesellschaft durch Integrationskurse, Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung, Berufsvorbereitungsunterstützung („employability support“), Begleitung im Integrationsprozess („integration monitoring“) und die Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft zu fördern. Das Projekt richte sich an international Schutzberechtigte, die seit 1. Jänner 2018 ihren Schutzstatus erhalten haben. Das Projekt solle die Schutzberechtigten dabei unterstützen, selbstständige Mitglieder der griechischen Gesellschaft zu werden sowie einen Übergang vom derzeitigen System der vorübergehenden Unterbringung darstellen (IOM Griechenland, ohne Datum). Unterstützung des HELIOS-Projektes könnten jene Personen Anspruch nehmen, die nach dem 1. Jänner 2018 internationalen Schutz erhalten hätten sowie zum Zeitpunkt der Zustellung der Entscheidung über die Gewährung des internationalen Schutzes offiziell in einem Open Accommodation Center, einem Aufnahme- und Registrierungszentrum (Reception and Identification Center, RIC), einem Hotel des IOM FILOXENIA-Projekts oder in einer Wohnung des ESTIA-Programms wohnen. Um sich für HELIOS anzumelden, müssten die Begünstigten eine Teilnahmeerklärung

unterzeichnen, in der sie erklären, dass sie die Rechte und Pflichten, die sich aus ihrer Teilnahme an dem Projekt ergeben, verstehen und akzeptieren. Mit der Unterzeichnung der Teilnahmeerklärung werde die Einschreibung der Begünstigten in das Projekt eingeleitet. Die Teilnahmeerklärungen könnten bei Informationsveranstaltungen für Begünstigte, die für eine Teilnahme am HELIOS-Projekt in Frage kommen, unterzeichnet werden. Wichtig sei zu beachten, dass es für die Anmeldung eine Frist von 12 Monaten ab der Mitteilung über die Zuerkennung des Schutzstatus gebe (zu den im HELIOS-Projekt vorgesehen Integrationsleistungen siehe unten Abschnitt 0). Konkret würden die HELIOS-Begünstigten Unterstützung bei der Wohnungssuche und beim Abschluss eines Mietvertrags auf ihren Namen direkt mit dem Wohnungseigentümer erhalten. Dieser Prozess werde durch folgende Maßnahmen erleichtert:

- Spezielle Workshops und Einzelgespräche, in denen Informationen über die Verfahren und Anforderungen für die Anmietung einer Wohnung in Griechenland vermittelt würden;
- Dolmetschen bei Wohnungsbesichtigungen oder Übersetzung von wohnungsbezogenen Dokumenten;
- Erleichterung der Kontaktaufnahme mit Wohnungseigentümern, die an der Vermietung ihrer Wohnung interessiert sind;
- Zusammenführung mit anderen Begünstigten, die an einer gemeinsamen Wohnung interessiert seien;
- Transport der Begünstigten und ihrer Habseligkeiten beim Umzug in die neu gemietete Wohnung. (IOM Griechenland, 15. Februar 2021, S. 2-5)

Die Dauer jedes Mietvertrags werde zwischen dem Begünstigten und den Wohnungseigentümer:innen vereinbart. Der Mietvertrag könne beispielsweise eine Dauer von einem, zwei oder drei Jahren oder eine beliebige zwischen den Parteien vereinbarte Dauer haben. Jedoch würden im Rahmen des Projekts nur Mietverträge mit einer Dauer von mehr als sechs Monaten akzeptiert. Darüber hinaus solle die Laufzeit des Mietvertrags den gesamten Zeitraum abdecken, für den der oder die Begünstigte Anspruch auf HELIOS-Mietzuschüsse habe. HELIOS-Begünstigte hätten die Möglichkeit und würden nachdrücklich ersucht, eine Wohngemeinschaft in Betracht zu ziehen, um die Kosten für die Miete und alle damit verbundenen Ausgaben mit Freunden oder Verwandten zu teilen. Um Mietzuschüsse zu erhalten, müsse ein erwachsenes Mitglied jedes Haushalts den Mietvertrag elektronisch unter Angabe seines Namens bestätigen. Begünstigte, die Mietzuschüsse von anderen Projekten bekommen hätten oder bekommen würden, könnten keine Mietzuschüsse im Rahmen von HELIOS erhalten. (IOM Griechenland, 15. Februar 2021, S. 2-5)

Nach Abschluss eines Mietvertrags auf ihren Namen würden die Begünstigten Mietzuschüsse erhalten, die auf ihr persönliches griechisches Bankkonto überwiesen werden. Die Höhe der Mietzuschüsse richte sich nach der Größe des jeweiligen Haushalts und setze sich aus einem Startzuschuss zur Zahlung der Mietkaution und der ersten Anschaffungskosten und einem monatlichen Beitrag zu den Mietkosten zusammen. Die Auszahlung des Startzuschusses werde in zwei Raten durchgeführt, die je nach Haushaltsgröße jeweils zwischen 301 € (Einpersonenhaushalt) und 1.060 € (Haushalt mit sechs oder mehr Personen) betragen. Die erste Rate werde nach Einreichung folgender Dokumente ausgezahlt: der von allen Parteien akzeptierte Mietvertrag (eingereicht via TaxisNet); die Bestätigung des zuerkannten

Schutzstatus jeder im Haushalt lebenden Person (Asylwerberkarte mit dem Stempel „Pending Issuance of Residence Permit“ oder griechische Aufenthaltsgenehmigung); die Daten des persönlichen griechischen Bankkontos des Antragstellers, auf das die Mietzuschüsse überwiesen werden (IBAN-Nummer und Name des erwachsenen Familienmitglieds, auf dessen Namen der Mietvertrag abgeschlossen wurde); ein Bankausdruck zur Überprüfung des IBAN-Kontos des Vermieters. Sobald die Unterstützungsempfänger die erste Rate bekommen hätten, müssten sie ihre bisherige Unterkunft unverzüglich verlassen und in die bei HELIOS angegebene Wohnung übersiedeln. Andernfalls würden alle HELIOS-Services eingestellt und die jeweilige Person vom HELIOS-Projekt abgemeldet, ohne sich wieder neu registrieren zu können. Die zweite Rate erfolge nach Bestätigung des Verlassens des Aufnahmezentrums (Auszugsbescheinigung des zuständigen Akteurs) und der ersten Mietzahlung (Vorlage eines Bankbelegs für die erste Monatsmiete). Der monatliche HELIOS-Mietzuschuss betrage je nach Haushaltsgröße zwischen 162 € (Einpersonenhaushalt) und 630 € (Haushalt mit sechs oder mehr Personen) und werde unter der Voraussetzung ausgezahlt, dass die Zahlung der Mietkosten sowie die verpflichtende Teilnahme an Integrationskursen ohne Überschreitung der zulässigen Fehlzeiten nachgewiesen werde. (IOM Griechenland, 15. Februar 2021, S. 2-5)

Die Begünstigten hätten Anspruch auf Mietzuschüsse für mindestens sechs und höchstens zwölf Monate. Die Berechnung der Zuschüsse basiere auf dem Datum der Zustellung der Entscheidung über die Gewährung internationalen Schutzes und dem Datum der Einreichung der erforderlichen Dokumente. Mit anderen Worten: Je früher ein international Schutzberechtigter alle erforderlichen Unterlagen einreiche, desto mehr Monate erhalte er Mietzuschüsse. Demzufolge hätten Schutzberechtigte, die die Unterlagen nach sechs Monaten ab dem Datum der Zustellung einreichen, Anspruch auf sechs Monate Mietzuschuss. Sollten Schutzberechtigte den HELIOS-Mitarbeiter·innen die Zahlungsnachweise für die monatliche Miete nicht rechtzeitig vorlegen, würden sie ab diesem Zeitpunkt automatisch den Anspruch auf Mietzuschüsse verlieren. Barzahlungen an Vermieter·innen würden nicht akzeptiert. (IOM Griechenland, 15. Februar 2021, S. 2-5)

RSA und die Stiftung Pro Asyl berichten, dass Schutzberechtigte trotz der Unterstützung durch HELIOS oftmals vor Herausforderungen stehen würden. Neben der Voraussetzung des Besitzes der Aufenthaltsgenehmigung (ADET) und eines Bankkontos würden Personen mit internationalem Schutzstatus auch weiterhin über Probleme bei der Kommunikation mit Vermieter·innen, Diskriminierung am Wohnungsmarkt und fremdenfeindliche Haltungen seitens der lokalen Behörden berichten. Darüber hinaus könnten die meisten Schutzberechtigten aufgrund des Mangels an erschwinglichen Immobilien und der hohen Nachfrage, insbesondere in Attika, keine Mietwohnungen finden. In den letzten zwei Jahren seien die Mietpreise im Zentrum Athens um 20 bis 30 Prozent und in den Vororten von Attika um 10 bis 15 Prozent gestiegen. Da die Empfänger·innen der HELIOS-Unterstützung neben der Miete auch die Nebenkosten und andere Auslagen bestreiten müssten, würde der HELIOS-Mietzuschuss allein oft nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt zu decken. Des Weiteren sei es Schutzberechtigten, die sich zum Zeitpunkt der Genehmigung ihres Asylantrags nicht in Griechenland aufgehalten hätten, nicht möglich ins HELIOS-Programm aufgenommen zu werden. (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 8-9)

Mehreren Quellen zufolge sei das HELIOS-Projekt zudem nicht in der Lage, die große Zahl an Schutzberechtigten zu versorgen, die nicht mehr länger in den Aufnahmezentren bleiben können, weshalb viele auf der Straße landen würden (Refugees International, 24. November 2020; DW, 7. Juli 2020; RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 9). RSA und die Stiftung Pro Asyl führen diesbezüglich im März 2021 an, dass HELIOS Angaben des Ministeriums für Migration und Asyl zufolge über die Kapazität verfüge 5.000 Haushalten Mietzuschüsse zu gewähren und so je nach Haushaltszusammensetzung bis zu 11.200 Menschen zu erreichen. Nach Angaben von IOM solle das Projekt bis Ende Juni 2021 7.200 Haushalte erreichen. Seit dem Start des Projekts bis zum 5. Februar 2021 habe HELIOS 4.304 Haushalte mit insgesamt 11.009 Begünstigten mit Mietzuschüssen unterstützt. Eine Aufschlüsselung der Mietzuschüsse nach Dauer liegt nicht vor. RSA und die Stiftung Pro Asyl weisen darauf hin, dass die Unterstützung für die Unterbringung im Rahmen von HELIOS nur einem kleinen Teil der Schutzberechtigten in Griechenland zuteil werde. Im von HELIOS abgedeckten Referenzzeitraum, 1. Jänner 2018 bis Ende 2020, hätten 71.812 Personen internationalen Schutz in erster und zweiter Instanz erhalten. Daher könne lediglich jede siebte Person, der in Griechenland internationaler Schutzstatus zuerkannt worden sei, auf Mietzuschüsse im Rahmen des HELIOS-Programms zugreifen (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 9).

Laut der Webseite von IOM Griechenland laufe das HELIOS-Projekt noch bis August 2021 (IOM Griechenland, ohne Datum); die Fortführung des Projekts hänge von der Fortsetzung der Finanzierung ab (IOM Griechenland, 25. Februar 2021, S. 2). Es konnten keine Informationen über dessen Verlängerung dessen oder tatsächliches Auslaufen gefunden werden. Eine diesbezügliche ACCORD-Anfrage an IOM Griechenland blieb bisher unbeantwortet.

Im September 2020 erklärte das Ministerium für Migration und Asyl, dass das Ministerium in Kooperation mit IOMs HELIOS-Projekt ein Pilotprogramm umsetze, bei dem anerkannten Schutzberechtigten, die die Einrichtungen auf den Inseln verlassen müssten, für zwei Monate eine vorübergehende Unterkunft bereitgestellt würde, bis sie eine dauerhaftere Unterkunft gefunden hätten. Laut der Mitteilung des Ministeriums geschehe dies, um die Ansammlung von obdachlosen anerkannten Flüchtlingen auf Plätzen in Athen, wie z. B. dem Victoria-Platz, zu reduzieren. (Ministerium für Migration und Asyl, 24. September 2020)

Refugees International, eine unabhängige Organisation, die sich für die Rechte Vertriebener einsetzt, veröffentlichte im November 2020 einen Beitrag zur Umstellung in Bezug auf ESTIA und den Anforderungen an das HELIOS-Projekt. Darin heißt es, dass auch das Ende September 2020 angekündigte HELIOS-Pilotprogramm, das anerkannten Geflüchteten eine zweimonatige Unterkunft bieten solle, NGOs zufolge in erster Linie nur dazu diene, das durch die vielen Obdachlosen am Athener Victoria-Platz entstandene Imageproblem zu lösen (Refugees International, 24. November 2020). RSA und die Stiftung Pro Asyl berichten, dass bis Ende des Jahres 2020 1.838 international Schutzberechtigte von diesem Programm profitiert hätte (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 11), das jedoch ohne Vorkehrungen für die davon Betroffenen im Februar 2021 ausgelaufen sei (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 11; InfoMigrants, 3. März 2021).

4.2 Unterstützung von NGOs

RSA führt im März 2021 an, dass der Organisation keine weiteren Programme von NGOs bekannt seien, die international Schutzberechtigten beim Zugang zu Wohnraum unterstützen. Die Organisationen Greek Council for Refugees, Solidarity Now, Arsis und PRAKSIS hätten RSA gegenüber angegeben, dass sie derzeit keine Wohnungen oder Wohnunterstützung für Schutzberechtigte abgesehen von HELIOS anbieten würden. Es seien keine Informationen zu weiteren Organisationen, die Wohnraum für Schutzberechtigte anbieten, bekannt. (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 9)

4.3 Staatliche Mietzulage

Eine staatliche Mietzulage (επίδομα στέγασης) kann laut griechischem Gesetz von Personen beantragt werden, die sich vor der Antragstellung mindestens fünf Jahre rechtmäßig und dauerhaft in Griechenland aufhalten, was durch die Vorlage der Einkommensteuererklärungen oder durch andere geeignete Belege nachgewiesen werden muss (Gesetz 4659/2020, 3. Februar 2020, Artikel 17). Diese Bedingung führe dazu, dass Schutzberechtigte, die ihren Status erst innerhalb der letzten 5 Jahre erlangt hätten, Personen, die ihre Steuererklärungen nicht rechtzeitig eingereicht oder sich nicht ununterbrochen in Griechenland aufgehalten hätten, keinen Zugang zu dieser Beihilfe haben (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 7).

4.4 Obdachlosigkeit

Mehrere Quellen berichten im Juli 2021, von anerkannten Flüchtlingen, die, nachdem sie von der EU und dem griechischen Staat finanzierte Unterkünfte verlassen mussten, auf der Straße gelandet seien (The Guardian, 23. Juli 2020; DW, 7. Juli 2020; siehe auch USDOS, 30. März 2021, Section 2f). Das US-Außenministerium erwähnt in seinem Menschenrechtsbericht für 2020, dass eine unbekannte Anzahl obdachloser anerkannter Flüchtlinge vorübergehend in großen Zelten in Auffanglagern in der Umgebung von Attika, in Elaionas, Skaramangas, Schisto und Malakasa untergebracht worden seien (USDOS, 30. März 2021, Section 2f). Der Guardian schreibt in einer Reportage vom Juli 2020, dass anerkannte Flüchtlinge, nachdem die Mitte-Rechts-Regierung versucht habe, den Druck auf das völlig überfüllte Aufnahmesystem zu verringern, zum Verlassen der Aufnahmezentren gezwungen seien. Diese Personen befänden sich in einer besorgniserregenden Notlage. Freiwillige Helfer:innen würden von Hunger und Dehydrierung berichten. Etwa 11.000 Menschen, denen seit ihrer Einreise nach Griechenland Asyl gewährt worden sei, seien aufgefordert worden, die von UNHCR verwalteten ESTIA-Unterkünfte auf den Inseln, Hotels und Wohnungen zu verlassen. Mit der Begründung, dass in den Erstaufnahmezentren Platz frei werden müsse, würden die Behörden die Geschehnisse als längst überfällige „Erschütterung“, die das System in Bewegung bringen werde, bezeichnen. Im Gespräch mit dem Guardian erklärt Lefteris Papagiannakis, ehemals Athener Vizebürgermeister und nun für die humanitäre Organisation Solidarity Now tätig, dass die Menschen, die schon längst integriert werden hätten sollen und nun auf der Straße landen, zu Kollateralschäden eines dysfunktionalen Systems geworden seien, das darin bestünde, Menschen von einer Unterkunft in die nächste zu verfrachten. Auch die Internationale Organisation für Migration (IOM) räume ein, dass es Probleme gebe. IOM-Einsatzleiter Gianluca Rocco habe dem Guardian gegenüber angegeben, dass es sehr lange keinerlei regelmäßige Exmittierungen aus den Unterkünften gegebene habe, nun aber gleich eine große Zahl an Menschen auf einmal die Unterkünfte verlassen müssten, was Herausforderungen schaffe. In Athen seien nun Familien

auf der Straße gelandet und hätten sich auf dem Victoria-Platz versammelt. Andere seien in Flüchtlingsunterkünfte nach Elainonas, Skaramangas oder Schisto nahe Athen gebracht worden, wo überfüllte Zeltstädte entstanden seien (The Guardian, 23. Juli 2020). RSA berichtet im August 2020, dass die Lebensbedingungen der nicht registrierten Bewohner·innen in den stark überfüllten Lagern in der Region Attika besonders harsch seien (RSA, 3. August 2020).

Im Oktober 2020 berichtet die griechische Nachrichtenseite StoNisi, dass täglich 20 bis 30 anerkannte Flüchtlinge, die Lesbos im Jahr zuvor verlassen haben, auf die Insel zurückkehren würden, da sie anderenorts keine Möglichkeiten zu bleiben sehen würden. Im September seien schätzungsweise 400 Personen zurückgekehrt, und würden entweder bei auf der Insel lebenden Landsleuten unterkommen oder in die ausgebrannten Gebiete Morias zurückkehren, wo sie Hütten errichten oder verlassene Hütten nutzen würden. (StoNisi, 2. Oktober 2020)

Die Tageszeitung I Avgi schreibt im März 2021 von 35 afghanischen Flüchtlingen, darunter 19 Kinder, die ihre Unterkünfte verlassen hätten müssen und nachdem sie sich daraufhin am Athener Victoria-Platz aufgehalten hätten, von der Polizei nach Amygdaleza gebracht worden seien. Angaben der Polizei zufolge würden die Geflüchteten dort nicht festgehalten und befänden sich in einem von den anderen Häftlingen getrennten Bereich, den sie jederzeit verlassen könnten (I Avgi, 2. März 2021). Bereits im September 2020 hatte die Tageszeitung Ekathimerini berichtet, dass 81 anerkannte Flüchtlinge, darunter Kinder, die seit ihrer Vertreibung aus überfüllten Insellagern auf dem Victoria-Platz übernachtet hätten, von der Polizei in das Haftzentrum Amygdaleza gebracht worden seien, wo Migrantinnen ohne Dokumente untergebracht seien. (Ekathimerini, 9. September 2020)

Laut dem von RSA und der Stiftung Pro ASYL im März 2021 veröffentlichten Bericht könnten international Schutzberechtigte sich um Zugang zu kurzfristigen Obdachlosenunterkünften, wo man für drei bis sechs Monate unterkommen könne, bemühen. Die im ganzen Land betriebenen Obdachlosenunterkünfte würden sich jedoch nicht speziell an Personen mit internationalem Schutzstatus richten, einige von ihnen seien aber auch für diese Personengruppe zugänglich. Laut RSA und der Stiftung PRO ASYL sei der Zugang zu den Unterkünften allerdings durch eine Reihe von Kriterien eingeschränkt. So würden die meisten Unterkünfte aufgrund des Mangels an Dolmetscher·innen nur griechisch- oder englischsprachige Personen aufnehmen. Die Unterkünfte seien, mit Ausnahme einer Unterkunft für Flüchtlinge mit schweren psychischen Problemen, für Personen mit psychischen Erkrankungen nicht zugänglich. Die einzige Unterkunft für Familien sei geschlossen worden, nur zwei Unterkünfte würden in Ausnahmefällen Familien aufnehmen, eine Unterkunft nehme Frauen mit Kindern, insbesondere Opfer häuslicher Gewalt, auf. Die staatlichen Unterkünfte würden die Vorlage einer Steueridentifikationsnummer (AFM) und eine steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung sowie medizinische Gutachten, einschließlich eines COVID-19-Tests, verlangen. Die Kapazitäten der Obdachlosenunterkünfte seien zudem durchwegs äußerst begrenzt. Einige Unterkünfte würden nur Schlafsäle anbieten und verlangen, dass die Bewohner·innen tagsüber die Unterkünfte verlassen. Zudem dürfe die Aufenthaltsdauer in den Schlafsälen eine Dauer von 15 Tagen bis zu einem Monat nicht überschreiten. Das Griechische Netzwerk für Wohnungswesen habe betont, dass in Athen keine Maßnahmen zur Unterbringung von Obdachlosen ergriffen würden, die auf der Straße, in Kirchenhöfen, auf

Plätzen, in Zelten und in Parks leben, darunter auch viele, die aus anderen Gemeinden kommen. Der Zugang zu den Lebensmitteln, die von den wenigen in Betrieb befindlichen Suppenküchen ausgegeben werden, sei in der Praxis eingeschränkt. Von den fünf Suppenküchen in der Region Attika, würden manche für einige Monate keine neuen Personen aufnehmen, andere würden eine Anmeldung fordern und über keine Übersetzungsdienste verfügen und wieder andere würden eine Steuererklärung, eine registrierte Adresse oder eine Bescheinigung über die Obdachlosigkeit sowie eine Sozialversicherungsnummer (AMKA) fordern. RSA habe Fälle von aus anderen Ländern nach Griechenland zurückkehrenden international Schutzberechtigten beobachtet, die sich monatelang in anhaltender Notlage befinden. Ein Schutzberechtigter, der im August 2020 aus Deutschland zurückgekehrt sei, schlafe seit sieben Monaten auf der Straße in Athen. Eine andere Person, die im Jänner 2021 aus Deutschland zurückkehrt sei, lebe heimlich als nicht registrierter Bewohner in einem Flüchtlingslager zurückgezogen unter prekären Bedingungen; im Februar 2021 sei ihr mitgeteilt worden, dass sie das Lager verlassen müsse. In Anbetracht der beschriebenen Bedingungen bestehe laut RSA und der Stiftung pro Asyl für Personen mit internationalem Schutzstatus, einschließlich jenen, die aus anderen Ländern nach Griechenland zurückkehren, ein reales Risiko der Mittellosigkeit, der extremen materiellen Unterversorgung und des völligen Fehlens einer Unterkunft, was gegen Artikel 3 EMRK verstoße. (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 11-12)

5 Medizinische Versorgung

5.1 Gesetzlicher Anspruch

Mit Artikel 33 des Gesetzes 4368/2016 zu „Maßnahmen zur Beschleunigung der Regierungsarbeit und anderen Bestimmungen“ und dem gemeinsamen Ministerialerlass 25132/2016 vom 4. April 2016 zu den „Bestimmungen zur Gewährleistung des Zugangs von Nichtversicherten zum öffentlichen Gesundheitswesen“ wurde nichtversicherten und schutzbedürftigen sozialen Gruppen das Recht auf freien Zugang zu Gesundheitseinrichtungen sowie Anspruch auf Krankenversorgung und medizinische Versorgung zugesprochen (Gesetz 4368/2016, 21. Februar 2016, Art. 33; Ministerialerlass 25132/2016, 4. April 2016, Art. 1). Gemäß Artikel 33, Absatz 2 des Gesetzes 4368/2016 zählen auch Personen, die internationalen Schutz genießen, dazu, also anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte (Gesetz 4368/2016, 21. Februar 2016, Art. 33). Laut dem Greek Council for Refugees (GCR) sehe Gesetz 4368/2016 den freien Zugang zur Gesundheitsversorgung international Schutzberechtigter zu denselben Voraussetzungen wie für griechische Staatsbürger·innen vor. Auch das neue Gesetz „zu internationalem Schutz und anderen Bestimmungen“ (Gesetz 4636/2019) habe an den geltenden Bestimmungen nichts geändert (Gesetz 4636/2019, 1. November 2019, Art. 31; GCR, Juni 2021, S. 251).

Für den Zugang zur Gesundheitsversorgung sei die Sozialversicherungsnummer (AMKA) eine Grundvoraussetzung (Ministerialerlass 25132/2016, 4. April 2016, Art 2), für deren Beantragung eine Reihe weiterer Dokumente vorgelegt werden müsse, darunter eine Aufenthaltserlaubnis (ADET) (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 5; UNHCR Griechenland, ohne Datum (a)). Liege bei einer Person keine gültige Aufenthaltserlaubnis vor, habe diese Person keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 11). Pro Asyl und RSA merken dazu an, dass man ohne reguläre oder vorläufige Sozialversicherungsnummer im Krankheitsfall keinen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung habe. Kosten für ärztliche Untersuchungen, Behandlungen und Medikamente müssten in diesem Fall selbst getragen werden (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 20). Laut Ministerialerlass 25132/2016 steht Schutzberechtigten, die noch nicht über eine AMKA verfügen oder eine AMKA nicht erhalten können, weil sie die dafür notwendigen Dokumente nicht vorlegen können, der Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung zur Verfügung, sofern sie eine vorläufige Ausländerversicherungs- und Krankenversicherungsnummer (*Προσωρινός Αριθμός Ασφάλισης και Υγειονομικής Περίθαλψης Αλλοδαπού*, kurz ΠΑΑΥΠΑ) besitzen (Ministerialerlass 25132/2016, 4. April 2016, Art 3). Laut der zuletzt im August 2021 aktualisierten Webseite refugee.info sei die medizinische Versorgung für Personen, die sich legal in Griechenland aufhalten, frei zugänglich. Personen ohne gültige Dokumente, die keine Sozialversicherungsnummer hätten, könnten sich in medizinischen Notfällen an diensthabende Krankenhäuser wenden, um medizinische Versorgung und Behandlung zu erhalten (refugee.info, 5. August 2021).

5.2 Faktischer Zugang zum Gesundheitssystem

Der griechische Flüchtlingsrat (GCR) schreibt in einem Länderbericht zur Lage in Griechenland, dass administrative Hürden bei der Ausstellung der AMKA den Zugang zur

Gesundheitsversorgung behindern würden (GCR, Juni 2021, S. 251; Details zu AMKA siehe Abschnitt 2.3 oben).

Der Zugang zu Gesundheitsversorgung für Asylwerber:innen und anerkannte Flüchtlinge sei landesweit in einigen Gegenden, insbesondere auf den Inseln, eingeschränkt, schreibt UNHCR in einem Informationsblatt zur Lage von Geflüchteten in Griechenland. Dies liege in erster Linie an dem Mangel an Gesundheitspersonal im öffentlichen Bereich und weiters daran, dass sich der Erwerb der notwendigen Dokumente schwierig gestalte (UNHCR, Dezember 2020). Die Sparpolitik Griechenlands seit dem Beginn der Wirtschaftskrise habe zu einem Personal- und Ausstattungsmangel sowie zu Unzulänglichkeiten im griechischen Gesundheitsversorgungssystem geführt, die das Recht auf Gesundheit gemäß Artikel 11 der Europäischen Sozialcharta unterminieren würden, so ein Bericht, der im Rahmen des EU-geförderten Forschungsprojektes RESPOND im Juni 2020 verfasst wurde (RESPOND, Juni 2020, S. 58). Trotz der günstigen gesetzlichen Rahmenbedingungen werde in der Praxis der tatsächliche Zugang zu medizinischer Versorgung sowohl für die ansässige Bevölkerung als auch für Drittstaatsangehörige durch einen erheblichen Ressourcen- und Kapazitätsmangel beschränkt. Dies sei einerseits auf die Sparpolitik Griechenlands (Skleparis, März 2018, S. 4; Europarat, 6. November 2018, S. 8) und andererseits auf den Mangel geeigneter kultureller Mediator:innen zurückzuführen (Europarat, 6. November 2018, S. 8). Die Bertelsmann Stiftung führt im Jahr 2020 an, dass die Pro-Kopf-Ausgaben für das öffentliche Gesundheitsversorgungssystem seit 2009 beinahe um ein Drittel zurückgegangen seien. 2019 habe Griechenland pro Kopf um ein Drittel weniger als der OECD-Durchschnitt für die Gesundheitsversorgung ausgegeben. Überdies seien nur 59 Prozent der Gesundheitsausgaben öffentlich finanziert gewesen, während 35 Prozent der Ausgaben privat, also aus der eigenen Tasche der Betroffenen, finanziert worden seien – mehr als das Doppelte des EU-28-Durchschnitts (Bertelsmann Stiftung, 2020, S. 20).

Sprachbarrieren würden eine Hürde beim Zugang zur Gesundheitsversorgung darstellen (Skleparis, März 2018, S. 4; Pro Asyl, April 2021, S. 20; GCR, Juni 2021, S. 251; Raphaelswerk, Dezember 2019, S. 10; RESPOND, Juni 2020, S. 58). Es gebe nur in sehr wenigen Krankenhäusern Dolmetscher:innen, wie eine Abfrage von PRO ASYL und RSA bei Krankenhäusern der Region Attika im September 2020 ergeben habe (Pro Asyl, April 2021, S. 20). Selbst wenn Dolmetscher:innen zur Verfügung stünden, dann nur für wenige Sprachen (GCR, Juni 2021, S. 251; UNHCR, Oktober 2018, S. 3). Es gebe nur eine geringe Zahl zivilgesellschaftlicher Akteure, die Dolmetschleistungen anbieten können. Diesen fehle es an der nötigen Kapazität, um den Bedarf zu decken (GCR, Juni 2021, S. 251). In einer Informationsbroschüre für Geflüchtete, die nach Griechenland rücküberstellt werden, beschreibt das Raphaelswerks, eine katholische Sozial-Beratungsorganisation mit Sitz in Hamburg, das öffentliche Gesundheitssystem als „infolge der Finanzkrise stark beeinträchtigt“. Es gebe lange Wartezeiten und einen Mangel an Personal, Medikamenten und Dolmetscher:innen. Auch würden Zuzahlungen verlangt (Raphaelswerk, Dezember 2019, S. 10).

Absatz 2, Artikel 31 des Gesetzes 4636/2019 sieht vor, dass besonders vulnerable international Schutzberechtigte, insbesondere schwangere Frauen, Menschen mit Behinderung, Menschen,

die Opfer von Folter, Vergewaltigung oder anderen schweren Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt geworden sind, oder Minderjährige, die Opfer von jeglicher Form von Misshandlung, Vernachlässigung, Ausbeutung, Folter, brutaler, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder bewaffneten Konflikten geworden sind, eine angemessene medizinische Versorgung, gegebenenfalls einschließlich der Behandlung psychischer und geistiger Beeinträchtigungen unter denselben Bedingungen wie griechische Bürger·innen erhalten sollen. (Gesetz 4636/2019, 1. November 2019, Art. 31)

Im Bericht des RESPOND-Forschungsprojektes wird festgehalten, dass psychische und psychosoziale Unterstützung für anerkannte Flüchtlinge und Asylwerber·innen schwer zugänglich sei. Dies sei auf die beschränkte Kapazität des öffentlichen Sektors hinsichtlich interkultureller Kompetenz, Personal und geeigneter Infrastrukturen zurückzuführen. Der dritte Sektor sei zwar im Bereich der psychischen Gesundheit und psychosozialen Unterstützung sehr aktiv, hier handle es sich jedoch in den meisten Fällen um befristete Projekte und es sei NGOs nicht möglich, sich längerfristig einzubringen. Seit 2016 sei ein „Cluster“-Konzept nach Grundsätzen der humanitären Koordination etabliert worden, aus dem unter dem Vorsitz von UNHCR und der nationalen Gesundheitsorganisation (EODY) und in Zusammenarbeit mit allen Akteur·innen im Bereich der psychischen Gesundheit und psychosozialen Unterstützung lokale Arbeitsgruppen (in Attika, Thessaloniki und auf Lesbos) entstanden seien (RESPOND, Juni 2020, S. 56). Gemeinsam mit Expert·innen habe UNHCR an Trainings und am Kompetenzaufbau für Flüchtlinge mitgewirkt, um grundlegende psychosoziale Unterstützung bereitzustellen (UNHCR, Dezember 2020, S. 4-5).

6 Zugang zu und Bedingungen am Arbeitsmarkt

Gemäß Artikel 27 des Gesetzes 4636/2019 haben international Schutzberechtigte (anerkannte Flüchtlinge wie auch Personen mit subsidiärem Schutzstatus) Zugang zu einer entgeltlichen oder selbständigen Erwerbstätigkeit zu denselben Bedingungen wie griechische Staatsbürger-innen. Personen mit internationalem Schutzstatus können zudem unter den für griechische Staatsangehörige geltenden Bedingungen an beschäftigungsbezogenen Bildungsprogrammen für Erwachsene, an Berufsbildungsmaßnahmen, einschließlich Kursen zur Verbesserung der Qualifikationen, an Trainings am Arbeitsplatz und an Beratung durch die Arbeitsvermittlungsstelle teilnehmen. (Gesetz 4636/2019, 1. November 2019, Art. 27)

Auf seiner Informationsseite für anerkannte Schutzberechtigte führt UNHCR an, dass man eine gültige Aufenthaltserlaubnis (ADET), eine Steueridentifikationsnummer (AFM) sowie eine Sozialversicherungsnummer (AMKA) benötige, um legal angestellt sein zu können. Eine Arbeitserlaubnis („work permit“) sei allerdings nach einer Gesetzesänderung durch das Gesetz 4375/2016 nicht mehr notwendig. Manche Arbeitgeber-innen seien sich dieser Änderung aber nicht bewusst. (UNHCR Griechenland, ohne Datum (a)).

6.1 Berufsbildungsmaßnahmen

Laut einem Bericht, der im Rahmen des EU-geförderten Forschungsprojektes RESPOND im Juni 2020 verfasst wurde, seien NGOs die wichtigsten und sehr oft die einzigen Anbieter von Berufsbildungsmaßnahmen und -kursen. Hier liege der Fokus meist auf privatwirtschaftlichen Unternehmen, in denen Flüchtlinge und Asylwerber-innen meist als Hilfskräfte beschäftigt würden sowie auf Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der Sozial- und Solidarisches Wirtschaft. Die meisten Initiativen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der beruflichen Bildung seien projektbezogen, würden von externer Finanzierung abhängen und seien nicht nachhaltig als Teil einer allgemeinen Planung oder Strategie konzipiert. In Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftslage, der Arbeitslosenzahlen und der Tatsache, dass die verfügbaren Mittel hauptsächlich für humanitäre Maßnahmen und nicht für die Integration eingesetzt würden, zeige sich, dass der Eintritt von Flüchtlingen und Asylwerber-innen in den Arbeitsmarkt erheblich behindert würde. (RESPOND, Juni 2020, S. 28)

CNN Griechenland berichtet im September 2019, dass auch die 2018 adaptierte Nationale Integrationsstrategie, die sich unter anderem an international Schutzberechtigte richte, nicht fruchte (CNN Greece, 30. September 2019). RSA und der Stiftung Pro Asyl zufolge seien die von der Regierung angekündigten Programme zur Berufsausbildung und Beschäftigung im Agrarsektor bis zur Veröffentlichung des Berichtes (März 2021) nicht umgesetzt worden. (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 12)

Das in Abschnitt 4.1 beschriebene HELIOS-Projekt biete teilnehmenden Personen neben der Unterstützung bei der Wohnungssuche auch Unterstützung bei der Suche nach Beschäftigung an. Dies solle dabei helfen, sich mit dem griechischen Arbeitsmarkt und den Modalitäten der Arbeitssuche vertraut zu machen und gleichzeitig das eigene berufliches Profil zu schärfen. HELIOS-Leistungsempfängern werden in diesem Kontext fünf individuelle 60-minütige Berufsberatungsgespräche angeboten. Die individuellen Berufsberatungsgespräche seien verpflichtend, um weitere beschäftigungsbezogene Maßnahmen in Anspruch nehmen zu

können. Begünstigte mit spezifischen Vorkenntnissen hätten die Möglichkeit, offizielle Zertifikate zu erwerben (z. B. Berufsführerscheine, ECDL-Zertifikate, Fremdsprachenzertifikate), um ihr Beschäftigungspotenzial zu erhöhen. Alle Kosten im Zusammenhang mit den amtlichen Bescheinigungen und anderen Dokumenten, die für die Beschäftigungsfähigkeit benötigt würden (z. B. amtliche Übersetzungen von Dokumenten, dringende medizinische Untersuchungen), würden nach Bewilligung durch HELIOS-Mitarbeiter:innen vom Projekt übernommen. Die von HELIOS bereitgestellten Berufsbildungsmaßnahmen könnten nur in Anspruch genommen werden, wenn auch die im HELIOS-Projekt vorgesehen Integrationskurse regelmäßig besucht würden (IOM Griechenland, 15. Februar 2021, S. 7). Detaillierter Informationen zu den HELIOS-Integrationskursen finden sich in Abschnitt 0 der vorliegenden Anfragebeantwortung, Informationen zur Anmeldung für das HELIOS-Projekt finden sich in Abschnitt 4.1.

6.2 Faktischer Zugang zum Arbeitsmarkt

Der Zugang zum griechischen Arbeitsmarkt würde durch hohe Arbeitslosenquoten und zusätzliche Hindernisse, die sich aus dem Wettbewerb mit griechisch-sprachigen Arbeitnehmer:innen ergeben, erschwert (GCR, Juni 2021, S. 249). Drittstaatsangehörige seien in den statistischen Daten zur Arbeitslosigkeit nach wie vor klar überrepräsentiert (RESPOND, Juni 2020, S. 29; GCR, Juni 2021, S. 249).

In einem 2018 veröffentlichten Kurzbericht zur Integration von Geflüchteten am griechischen Festland heißt es, dass die wenigen, die es schaffen würden, einen Arbeitsplatz zu finden, in der Regel in der Schattenwirtschaft beschäftigt seien. Dies verwehre ihnen den Zugang zur sozialen Sicherheit und setze sie einer noch größeren Unsicherheit und Vulnerabilität aus. Die überwiegende Mehrheit der international Schutzberechtigten sei daher auf die Verteilung von Nahrungsmitteln, anderen Gütern und finanzieller Unterstützung angewiesen, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Diese Situation zwinge diese Personengruppe oftmals dazu gefährliche Einnahmequellen anzunehmen, was das Risiko der Ausbeutung erhöhe und ihre Integrationsaussichten behindere (Skleparis, März 2018, S. 2). Einem CNN-Artikel nach seien 43,1 Prozent der in Drittländern geborenen Menschen in Griechenland von Armut bedroht im Vergleich zu 17,4 Prozent der einheimischen Bevölkerung. Dieses Verhältnis liege deutlich über dem EU-Durchschnitt für in Drittländern geborene Menschen (CNN Greece, 30. September 2019). Gemäß dem vom griechischen Flüchtlingsrat (Greek Council for Refugees, GCR) im Juni 2021 aktualisierten und von ECRE veröffentlichten Länderbericht zu Griechenland würden viele international Schutzberechtigte aufgrund der schwierigen Bedingungen am griechischen Arbeitsmarkt als illegale Hausierer arbeiten. Es sei sehr schwierig, die für diesen Beruf erforderliche spezielle Arbeitserlaubnis zu erhalten. Daher würden sie Geld- und Haftstrafen riskieren (GCR, Juni 2021, S. 249).

The New Humanitarian (TNH), eine unabhängige Nachrichtenagentur zu humanitären Themen, berichtet im Dezember 2020, dass unbegleitete Minderjährige, die das erste Jahr der Sekundarschule abschließen und Asyl erhalten, sich für Lehrstellen bewerben und anfangen könnten, etwas Geld zu verdienen. Ansonsten seien die Berufsaussichten begrenzt: Viele Menschen, die als Kinder nach Griechenland gekommen sind, würden in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen, auf landwirtschaftlichen Feldern oder in Fabriken, wo sie für einen 10-

Stunden-Arbeitstag 20 Euro oder weniger verdienen würden, oder sie würden in kriminelle Netzwerke hineingezogen, die illegale Zigaretten oder Drogen verkaufen. (TNH, 18. Dezember 2020)

6.3 Nostrifizierung und Anerkennung bereits erworbener Qualifikationen

Im bereits erwähnten Bericht des RESPOND-Projekts wird erwähnt, dass Personen mit internationalem Schutzstatus in Bezug auf die Anerkennung ausländischer Diplome, Zeugnisse und Befähigungsnachweise gleich behandelt würden wie griechische Staatsangehörige. Wenn sie keine Belege vorlegen könnten, sollten die zuständigen griechischen Behörden ein Zulassungsverfahren einleiten („facilitate the process“). Für anerkannte Flüchtlinge und Personen mit subsidiärem Schutz gäbe es kein spezielles Verfahren. Die allgemeinen Verfahren würden die besonderen Umstände von Asylwerbern und Personen mit internationalem Schutzstatus, wie z. B. die Unmöglichkeit, bestimmte Unterlagen zu beschaffen, auf diese zuzugreifen oder sie übersetzen zu lassen, nicht berücksichtigen. Daher werde die Validierung ihrer Fähigkeiten und die Anerkennung ihrer Qualifikationen stark behindert. (RESPOND, Juni 2020, S. 26-27)

7 Integration und Bildung

7.1 Sprach- und Integrationskurse

Eine Reihe von Sprachkursen werde laut dem vom GCR verfassten Bericht von Universitäten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Berufsbildungszentren angeboten. Ein im Jänner 2018 angekündigtes Pilotprogramm für Griechisch-Kurse, das vom Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) finanziert worden sei, sei in das HELIOS-Projekt aufgenommen worden und werde seit Juni 2019 von IOM und NGO-Partnerorganisationen betrieben. Darüber hinaus organisiere die Athener Stadtverwaltung regelmäßig Griechisch-Kurse für erwachsene Zuwanderer sowie IT-Seminare, unter anderem für erwachsene Flüchtlinge. (GCR, Juni 2021, S. 249-250)

Im Mai 2020 zitiert die griechische Nachrichtenseite IN den Leiter von UNHCR Griechenland, dem zufolge der Schwerpunkt auf die Integration Schutzberechtigter gelegt werden solle, da die meisten Programme, wie das Erlernen der griechischen Sprache oder die Integration in Sozialleistungen, für die Mehrheit der Flüchtlinge nicht zugänglich seien (IN, 6. Mai 2020). Laut dem Bericht von RSA und der Stiftung Pro Asyl vom März 2021 sei das erwähnte HELIOS-Projekt der einzige offizielle Anbieter von Integrationsprogrammen in Griechenland (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 8).

Für im HELIOS-Projekt angemeldete Personen (siehe dazu Abschnitt 4.1) würden Integrationskurse in Integrationslernzentren (ILCs) auf dem griechischen Festland und der Insel Kreta angeboten. Jeder Kurszyklus umfasse 360 Unterrichtsstunden, die sich über einen Zeitraum von etwa sechs Monaten, in denen die HELIOS-Leistungsempfänger drei Stunden pro Wochentag Kurse hätten. Das Mindestalter für die Integrationskurse liege bei 16 Jahren. Die Integrationskurse bestünden zum Großteil (280 der 360 Stunden) aus Sprachmodulen und zu einem kleineren Teil aus sogenannten „Soft Skill“-Modulen, die Einheiten zur kulturellen Orientierung, zu lebenspraktischen Fertigkeiten („life skills“) und zur Berufsvorbereitung („job readiness“) umfassen. Für Leistungsempfänger, die über das HELIOS-Projekt Mietzuschüsse erhalten, sei die Teilnahme an den Integrationskursen verpflichtend. Ausnahmen gebe es nur für Schwangere (ab dem 7. Monat) oder Mütter Neugeborener (bis 6 Monate nach Geburt), für Menschen mit Behinderungen oder schweren Krankheiten, Personen über 65 Jahre, HELIOS-Leistungsempfänger, die aufgrund der Distanz zu ihrem Wohnort nicht an den Kursen teilnehmen könnten und jene, die an anderen formellen Bildungsprogrammen teilnehmen. Leistungsempfänger, die über das HELIOS-Projekt Mietzuschüsse erhalten, müssten spätestens innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Erhalt der zweiten Rate der ersten Auszahlung in einem Integrationslernzentrum vorstellig werden, um an den Integrationskursen teilzunehmen. Kämen die Begünstigten dieser Anforderung nicht nach, würden sie automatisch von allen Leistungen des HELIOS-Projekts ausgeschlossen. HELIOS-Leistungsempfänger dürften insgesamt 72 Stunden der Integrationseinheiten entschuldig bzw. unentschuldig zu fehlen, davon höchstens 36 unentschuldig (IOM Griechenland, 15. Februar 2021, S. 5-6).

7.2 Zugang zu Bildung für begleitete und unbegleitete Kinder mit internationalem Schutzstatus

Es konnten nur wenige Informationen speziell zur Bildungssituation begleiteter und unbegleiteter Kinder mit internationalem Schutzstatus gefunden werden. Viele Quellen lassen kaum Rückschlüsse darauf zu, ob mit Begriffen wie beispielsweise „unaccompanied minor“ schutzberechtigte oder schutzsuchende Minderjährige gemeint sind.

Bitte beachten Sie zu diesem Thema auch die Informationen in folgenden ACCORD-Anfragebeantwortungen vom Juli 2019 sowie Dezember 2020:

- ACCORD – Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation: Anfragebeantwortung zu Griechenland: Lage minderjähriger anerkannter Flüchtlinge [a-11054], 31. Juli 2019
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2014726.html>
- ACCORD – Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation: Anfragebeantwortung zu Griechenland: Aufnahmesituation für Schutzberechtigte in Griechenland, speziell für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMFs) [a-11458], 30. Dezember 2020
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2043990.html>

Gemäß Artikel 28 des Gesetzes 4636/2019 „zu internationalem Schutz und anderen Bestimmungen“ müssen Minderjährige, denen ein internationaler Schutzstatus zuerkannt wurde, die verpflichtenden primären und sekundären öffentlichen Bildungseinrichtungen besuchen, und zwar zu den Bedingungen, wie sie für griechische Staatsbürger:innen gelten. Bei Verstoß gegen diese Pflicht droht die Verhängung administrativer Sanktionen gegen die volljährigen Mitglieder der Familie der/des Minderjährigen, wie es für griechische Staatsbürger:innen vorgesehen ist (Gesetz 4636/2019, 1. November 2019, Artikel 28).

In einem offenen Brief von 33 Organisationen der Zivilgesellschaft vom März 2021 drücken die Organisationen große Sorge über den Bildungszugang von asylsuchenden und schutzberechtigten Kindern in den letzten Jahren in Griechenland aus. Es sei insbesondere in den letzten 6 Jahren nicht gelungen, einen reibungslosen und ungehinderten Zugang zu gewährleisten und vielen Kindern seien Grundrechte verwehrt geblieben. Die Problematik habe sich 2020 noch intensiviert, sodass man hier von einem Prozess der „Entschulung“ („deschooling“) sprechen könne (Caritas Hellas, 2021). Im Jahr 2020 sei der Zugang von Kindern zu Bildung durch verschiedene mit der COVID-19-Pandemie zusammenhängende Faktoren weiter erschwert worden, was zu einer Rekordzahl an Flüchtlingskindern geführt habe, die vom griechischen Bildungssystem exkludiert worden seien, berichtet der GCR (GCR, Juni 2021, S. 185), wobei die Quelle hier nicht zwischen asylsuchenden Kindern und Kindern mit internationalem Schutzstatus unterscheidet. Die Bildungsaussichten von Flüchtlingskindern würden durch das akute Risiko der Obdachlosigkeit und des Elends nach Zuerkennung des Schutzstatus weiter beeinträchtigt (RSA, 13. April 2021).

2016 seien erstmals per Gesetz Einrichtungen für die Aufnahme und Bildung von Flüchtlingen (Δομές Υποδοχής και Εκπαίδευσης Προσφύγων, DYEP), auch Nachmittagsvorbereitungsklassen genannt, vorgesehen worden, schreibt RESPOND unter Bezugnahme auf den Gemeinsamen

Ministerialerlass 152360/DG4/2016 (RESPOND, Juni 2020, S.17-18), welcher durch Ministerialerlass 180647/DG4/2016 ersetzt wurde. Erlass 180647/DG4/2016 nennt Kinder von Drittstaatsangehörigen als Zielgruppe der DYEP, ohne zwischen asylsuchenden und schutzberechtigten Kindern zu unterscheiden (Ministerialerlass 180647/DG4/2016, 31. Oktober 2016, Art. 1). Festlegung des Ortes und der Umsetzung der Nachmittagsvorbereitungsklassen würden jährlich durch einen Gemeinsamen Ministerialerlass erfolgen. Solche Erlässe seien jeweils für jedes Schuljahr im Jänner und November 2017, August 2018, Oktober 2019 und August 2020 für die Schuljahre 2016-2017 bis 2020-2021 verabschiedet worden (GCR, Juni 2021, 183-184).

Ziel dieser im Rahmen eines Notfall-Aktionsplans vom Bildungsministerium geschaffenen Maßnahmen sei es, die Integration von Flüchtlingskindern in das griechische Bildungssystem durch psychosoziale Unterstützung nach einer vorbereitenden Übergangsphase sicherzustellen (Government of Greece, 5. März 2020, S. 11), die es ihnen erlaube, am regulären Unterricht in griechischen Schulen teilzunehmen (RESPOND, Juni 2020, S. 18). Der Aktionsplan unterscheide zwischen den Altersgruppen der Kinder und berücksichtige die unterschiedlichen Unterkunftsarten, in denen die Kinder leben. Die Maßnahmen seien entweder ortsgebunden, etwa in den provisorischen Lagern zur vorübergehenden Unterbringung, oder extern („off-site“), etwa für Menschen, die in Mietwohnungen, Hotels, UNHCR-Unterkünften oder von NGOs bereitgestellten Unterkünften wohnen (Government of Greece, 5. März 2020, S. 11).

Die DYEP-Strukturen seien im primären und sekundären Bildungssystem integriert und würden bestimmte kurze Nachmittagsvorbereitungskurse für Kinder im Alter von 4 bis 15 Jahren umfassen. (RESPOND, Juni 2020, S. 18). Kinder, die verstreut in urbanen Gegenden, etwa in Wohnungen, ESTIA-Unterkünften oder Aufnahmezentren für Asylwerber:innen und unbegleitete Minderjährige, leben, sei es möglich, an Vormittagsklassen an öffentlichen Schulen in der Nähe von deren Unterkünften gemeinsam mit den griechischen Kindern teilzunehmen (GCR, Juni 2021, S. 184).

Zusätzlich seien basierend auf Gesetz 3879/2010, Artikel 26, Aufnahmeklassen („Reception Classes“) als Teil des formalen Bildungssystems auch in Gegenden eingeführt worden, die als „Bildungszonen mit Priorität“ (Zones of Educational Priority - ZEP) festgelegt worden seien. Ziel der ZEP sei die Steigerung der aktiven Teilnahme und des effektiven Lernens von Grund- und Sekundarschüler:innen, die noch nicht das nötige Griechisch-Sprachniveau besitzen (Karzi/Theodoridis/Tselepi, 2018, S. 28; Government of Greece, 5. März 2020, S. 11; RESPOND, Juni 2020, S. 18). In diesen Fällen sei der Unterricht in das reguläre Schulsystem integriert und finde gemeinsam mit griechischen Schüler:innen statt (RSA/Stiftung Pro Asyl, 23. Juni 2017, S. 28-29)

Der griechische Flüchtlingsrat führt in seinem im Juni 2021 aktualisierten Bericht an, dass das Flüchtlingsbildungsprogramm des Bildungsministeriums zwar sehr begrüßenswert sei, die Schulbesuchsrate jedoch verbessert werden und spezielle Maßnahmen ergriffen werden müssten, um Kindern, die sich auf den Inseln befinden, den Zugang zu Bildung zu gewährleisten. (GCR, Juni 2021, S. 184) RSA und Stiftung Pro Asyl hatten im Jahr 2017 bereits darauf hingewiesen, dass schwierige Zustände und fehlenden Transportmöglichkeiten Kindern, die

vorübergehend in Lagern untergebracht seien, den Zugang zum DYEP Programm erschweren würden (RSA/Stiftung Pro Asyl, 23. Juni 2017, S. 28).

Die Anzahl der schutzberechtigten Kinder innerhalb des formellen Bildungssystems sei nicht bekannt. Die Anzahl der asylsuchenden und schutzberechtigten Kinder insgesamt betrage 11.700 (GCR, Juni 2021, S. 249). Unter Bezugnahme auf Daten des Bildungsministeriums habe sich die Zahl der für das Schuljahr 2020/21 angemeldeten Flüchtlingskinder im Schulalter (4 bis 17 Jahre) je nach Quelle auf 8.637 bzw. 14.423 Kinder belaufen, während es laut Angaben des Ministeriums insgesamt 20.000 Kinder im Schulalter gebe. Da diese Daten nicht weiter aufgeschlüsselt seien, sei unklar, ob in dieser Zahl sowohl schutzberechtigte als auch asylsuchende Kinder inkludiert seien (GCR, Juni 2021, S. 184). UNHCR gibt im September 2020 den Anteil der an einer öffentlichen Schule angemeldeten schutzberechtigten Kinder, die in ESTA-Unterbringungen leben, mit 78 % an, im Dezember 2020 mit 83 %. Auf den Inseln würden von 3.800 Kindern im Schulalter nur etwa eine Handvoll öffentliche Schulen besuchen. Quarantäne- und Beschränkungsmaßnahmen würden deren tatsächlichen Bildungszugang erschweren (UNHCR, 30. September 2020, S. 4; UNHCR, Dezember 2020, S. 4).

8 Besonders vulnerable Gruppen mit internationalem Schutzstatus

8.1 Besondere Unterstützungsleistungen

Wie bereits in den Abschnitten 0 und 4 erwähnt, gibt es für besonders vulnerable Gruppen gesetzliche Ausnahmeregelungen in Bezug auf die durch Gesetz 4636/2019 festgelegte 30 Tage-Frist, innerhalb derer Schutzberechtigte die für Asylwerber·innen vorgesehenen Unterkünfte verlassen und innerhalb derer finanzielle Unterstützung für Asylwerber·innen ausläuft.

Artikel 6 des Ministerialerlasses Nr. 16987 vom 26. Juni 2020 besagt, dass die finanzielle Unterstützung für einen Zeitraum von zwei Monaten ab der Zustellung der Entscheidung über die Zuerkennung des internationalen Schutzstatus für Familien mit einem sich aus gesundheitlichen Gründen in Lebensgefahr befindlichen Familienmitglied verlängert wird. Ebenso erhalten Schutzberechtigte, die über der 32. Schwangerschaftswoche sind, eine Hochrisikoschwangerschaft haben oder im Wochenbett sind, sowie deren Familienmitglieder die finanzielle Unterstützung bis zwei Monate nach der Geburt des Kindes weiter. Auf Beschluss der zuständigen Aufnahmebehörde kann die finanzielle Unterstützung außerdem Personen mit internationalem Schutzstatus, die während der Prüfung ihres Asylantrags die Unterstützung nicht in Anspruch genommen haben und bei denen Gründe für eine Schutzbedürftigkeit vorliegen, ausnahmsweise für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten gewährt werden. Nach Ablauf der oben angeführten Fristen enden die Leistungen automatisch. (Ministerialerlass Nr. 16987, 26. Juni 2020, Artikel 6)

Laut Artikel 22 des Ministerialerlasses Nr. 270 vom 5. Februar 2021 haben folgende Personengruppen für einen Zeitraum von zwei Monaten nach Erhalt der Entscheidung über die Anerkennung des internationalen Schutzstatus Anspruch auf die Leistungen des Unterkunftsprogrammes für Asylwerber·innen (ESTIA 2021): für Familien mit einem Mitglied, das sich aus sehr schwerwiegenden gesundheitlichen Gründen in einem Zustand befindet, der

es unbedingt erforderlich macht, die Wohnverhältnisse nicht zu ändern, da ansonsten Lebensgefahr droht, sowie für Leistungsempfängerinnen in fortgeschrittener oder Risikoschwangerschaft und im Wochenbett sowie für deren Familienangehörige. Außerdem können Personen, die bei Erreichen der Volljährigkeit in (vorübergehenden) Unterbringungscentren für unbegleitete Minderjährige wohnen und bei denen Gründe für eine Schutzbedürftigkeit vorliegen oder bei denen es die Fortsetzung des Studiums in öffentlichen und privaten Sekundar-, Hochschul- oder Berufsbildungseinrichtungen sowie in formalen und nicht formalen Bildungseinrichtungen notwendig mache, für einen Zeitraum von weiteren drei Monaten auf Unterkünfte im Rahmen des ESTIA-Programms zurückgreifen. (Ministerialerlass Nr. 270, 5. Februar 2021, Artikel 22)

Neben den bereits in Abschnitt 0 beschriebenen Sozialleistungen bestehe laut UNHCR Griechenland für international Schutzberechtigte mit gültiger Aufenthaltserlaubnis auch die Möglichkeit eine Unterstützung zu beantragen, wenn ein Familienmitglied an einer Behinderung leide. Ein derartiger Antrag müsse online erfolgen und die folgenden Dokumente umfassen: ein vom Arzt unterschriebenes und abgestempeltes ausgefülltes Antragsformular, die Aufenthaltserlaubnis und die Sozialversicherungsnummer. Im Zuge des Antrages werde der Schweregrad der Behinderung von einem medizinischen Fachausschuss evaluiert. Um die finanzielle Unterstützung in Anspruch nehmen zu können, müsse die Bewertung der Behinderung bei 67 Prozent oder höher liegen, bei HIV-positiven Personen bei 50 Prozent. Die Höhe der Invaliditätsleistung hänge von der Art der Behinderung ab und wird regelmäßig angepasst; sie werde zweimonatlich ausgezahlt. (UNHCR Griechenland, ohne Datum (b))

Für kinderreiche Familien gebe es die Möglichkeit eine Sonderbeihilfe zu beantragen. Voraussetzung sei eine gültige Aufenthaltserlaubnis und ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt der Familie in Griechenland seit zehn Jahren (UNHCR Griechenland, ohne Datum (b)). Informationen zu Beihilfen für nicht versicherte ältere Menschen finden sich oben in Abschnitt 3.2.

8.2 Lage von besonders vulnerablen Schutzberechtigten

In einer gemeinsamen Presseaussendung vom Dezember 2020 zeigen sich 72 zivilgesellschaftliche Organisationen besorgt über die Auswirkungen der Gesetzesänderung, wonach international Schutzberechtigte nach Zuerkennung des internationalen Schutzstatus innerhalb einer verkürzten Frist die Unterkünfte für Asylwerber:innen verlassen müssen (siehe dazu oben Abschnitt 1.1). Diese Änderung stelle auch besonders vulnerable Schutzberechtigte, darunter Überlebende von geschlechtsspezifischer Gewalt oder Folter, Menschen mit gesundheitlichen Problemen, einschließlich psychischer Probleme, oder Behinderungen, alleinstehende Frauen und alleinerziehende Eltern, junge Erwachsene und Menschen aus der LGBTQ+-Gemeinschaft vor schwerwiegende Herausforderungen. Viele von ihnen hätten aufgrund ihrer Vulnerabilität oder aufgrund von Zugangsbarrieren zu wichtigen Dienstleistungen und zum Arbeitsmarkt Probleme oder seien gar nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen. (Aachener Netzwerk, AASIA, Action for Education et al., 22. Dezember 2020, S. 1)

In einem Artikel des Auslandsrundfunksenders Deutsche Welle (DW) vom 7. Juli 2020 wird die Situation einer vom Krieg schwer traumatisierten Syrerin mit internationalem Schutzstatus in Griechenland beleuchtet. Obwohl die Frau im Rahmen des ESTIA-Programmes seit 2017 eine

Unterkunft und finanzielle Unterstützung bekomme, gestalte sich der Alltag von psychisch-erkrankten Leistungsempfänger·innen nicht immer leicht. Der Programmleiter der NGO INTERSOS habe gegenüber DW angeführt, dass sehr viele Geflüchtete unter psychischen und anderen gesundheitlichen Problemen leiden würden. Insgesamt würde INTERSOS 1683 Fälle betreuen, davon 500 in Thessaloniki, wo nur sechs Sozialarbeiter·innen und ein Psychologe zur Verfügung stehen würden. Im Zuge der Gesetzesänderung, wonach Leistungsempfänger·innen nach Zuerkennung des internationalen Schutzstatus innerhalb einer verkürzten Frist die Unterkünfte des ESTIA-Programmes verlassen müssten, betreffe, so der Artikel weiter, auch die psychisch erkrankte Syrerin. (DW, 7. Juli 2020)

Der von MIT im Februar 2021 veröffentlichte Bericht zur Situation von internationalen Schutzberechtigten in Griechenland beinhaltet auch den Erfahrungsbericht eines aus Marokko stammenden Angehörigen der LGBTQI-Gemeinschaft. In Thessaloniki erhielt er Unterstützung einer NGO, die sich speziell um LGBTQI-Geflüchtete kümmert, bei Behördentätigkeiten unterstützt und unter anderem Gemeinschaftswohnung für sie bereitstellt. Aus dem Erfahrungsbericht geht hervor, dass die Bewohner der von der NGO bereitgestellten Wohnungen verpflichtet seien, innerhalb von drei Monaten nach Erhalt der endgültigen Asylentscheidung auszuziehen. Anspruch auf Unterstützung durch das HELIOS-Programm hätten sie anschließend keinen, da die angebotene Unterkunft nicht Teil des offiziellen Unterkunftsprogramms sei. (MIT, Februar 2021, S. 28-29)

Es konnten keine Informationen zur spezifischen Situation von in Griechenland schutzberechtigten Opfern von Gewalt, Folter oder Menschenhandel gefunden werden. Detaillierte Informationen über die Situation und den Schutz von in Griechenland ankommenden Asylwerber·innen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, finden sich im aktuellen Länderbericht des US-Außenministeriums zu Menschenhandel:

- USDOS – US Department of State: 2021 Trafficking in Persons Report: Greece, 1. Juli 2021 <https://www.ecoi.net/de/dokument/2055192.html>

8.3 Unbegleitete Minderjährige

Die folgenden Informationen beziehen sich generell auf die Situation unbegleiteter Minderjähriger in Griechenland, nicht spezifisch auf die Situation jener, die bereit internationalen Schutzstatus erhalten haben. Weitere Informationen zu unbegleiteten minderjährigen Schutzberechtigten finden sich auch in den Abschnitten 1.1, 6.2, 7.2 und 8.1.

Das im Juli 2018 verabschiedeten Gesetz 4554/2018 regelt die Vormundschaft für ausländische oder staatenlose Personen unter 18 Jahren, die ohne einen Verwandten oder Nicht-Verwandten, der die elterliche Vormundschaft oder das Sorgerecht ausübt, in Griechenland ankommen (Gesetz 4554/2018, 18. Juli 2018, Artikel 13). Der Staatsanwalt für Minderjährige oder der örtlich zuständige Staatsanwalt, falls es keinen Staatsanwalt für Minderjährige gebe, werde durch das Gesetz als vorläufiger Vormund des unbegleiteten Minderjährigen betrachtet. Diese Zuständigkeit umfasse unter anderem die Bestellung eines ständigen Vormunds für den Minderjährigen. Der Vormund des Minderjährigen werde aus einem beim Nationalen Zentrum für soziale Solidarität (Εθνικό Κέντρο Κοινωνικής Αλληλεγγύης, ΕΚΚΑ) eingerichteten Vormundschaftsregister ausgewählt. Außerdem sehe das Gesetz ein standardisiertes Verfahren zur Feststellung des Kindeswohls vor. Mit dem Gesetz werde auch eine

Vormundschaftsbehörde geschaffen, die für die Gewährleistung des Rechtsschutzes für unbegleitete Kinder in Bezug auf Behinderungen, religiöse Überzeugungen und Sorgerechtsfragen zuständig sei. Darüber hinaus werde durch das Gesetz die Abteilung für den Schutz unbegleiteter Minderjähriger bei der EKKA eingerichtet, die für die Gewährleistung einer sicheren Unterbringung unbegleiteter Kinder und die Bewertung der Qualität der in diesen Unterkünften erbrachten Leistungen zuständig sei. Dem im Juni 2021 aktualisierten Bericht des griechischen Flüchtlingsrats (GCR) zufolge sei die Implementierung dieses Gesetzes allerdings mehrfach verschoben worden und würde in der Praxis nach wie vor nicht funktionieren. GCR führt an, dass der öffentliche Sektor völlig ungeschult und personell unterbesetzt sei. Insbesondere die Übertragung der zusätzlichen Aufgabe der Vormundschaft an die Staatsanwaltschaft habe sich im Laufe der Jahre als katastrophal erwiesen. (GCR, Juni 2021, S. 133-134)

Der bereits zitierte Artikel der Nachrichtenagentur TNH vom Dezember 2018 befasst sich unter anderem mit dem angekündigten Ende der in Griechenland langjährigen Praxis, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Polizeigewahrsam zu nehmen. Menschenrechtsaktivisten·innen würden den Schritt der griechischen Regierung, die Inhaftierungen zu beenden, zwar als einen großen Sieg für die Kinderrechte bezeichnen, andere würden jedoch betonen, dass Griechenland nach wie vor nicht in der Lage sei, tausende von minderjährigen Flüchtlinge ausreichend zu unterstützen. Viele unbegleitete Minderjährige seien mit einem Mangel an Unterstützung, allen voran mit dem Fehlen von sicheren Unterbringungsmöglichkeiten konfrontiert. Nach Angaben des Nationalen Zentrums für soziale Solidarität würden etwa 25 Prozent der mehr als 4.000 unbegleiteten Minderjährigen in Griechenland in besetzten Häusern, Gemeinschaftswohnungen oder auf der Straße leben. Unsichere Wohnverhältnisse würden Kinder zahlreichen Gefahren aussetzen, darunter Gewalt, sexueller Missbrauch und verschiedene Formen der Ausbeutung. (TNH, 18. Dezember 2020)

Quellenverzeichnis (Zugriff auf alle Quellen am 26. August 2021)

- Aachener Netzwerk, AASIA, Action for Education et al.: Refugees in Greece: risk of homelessness and destitution for thousands during winter, 22. Dezember 2020
https://www.gcr.gr/media/k2/attachments/20201222_Release_en.pdf
- ACCORD – Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation: Anfragebeantwortung zu Griechenland: Lage minderjähriger anerkannter Flüchtlinge [a-11054], 31. Juli 2019
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2014726.html>
- ACCORD – Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation: Anfragebeantwortung zu Griechenland: Aufnahmesituation für Schutzberechtigte in Griechenland, speziell für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMFs) [a-11458], 30. Dezember 2020
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2043990.html>
- A Drop in the Ocean, Action for Education, ANTIGONE, ARSIS et al.: Joint Letter about the Exits of Recognized Refugees from Accommodation and Cash Assistance, 1. Juni 2020
<https://www.humanrights360.org/joint-letter-about-the-exits-of-recognized-refugees-from-accommodation-and-cash-assistance/>
- Bertelsmann Stiftung: Greece Report; Sustainable Governance Indicators 2020, 2020
https://www.sgi-network.org/docs/2020/country/SGI2020_Greece.pdf
- Caritas Hellas: Open Letter: All children have the right to go to school. Do not take that away from them, März 2021
<https://caritas.gr/en/advocacy-en/open-letter-all-children-have-the-right-to/>
- CNN Greece: On paper, the national strategy for the integration of immigrants, 30. September 2019
<https://www.cnn.gr/oikonomia/story/192268/sta-xartia-i-ethniki-stratigiki-gia-tin-entaxi-ton-metanaston>
- DW – Deutsche Welle: Asyl in Griechenland: Anerkannte Flüchtlinge in Not, 7. Juli 2020
<https://www.dw.com/de/fl%C3%BCchtlinge-griechenland/a-54067638>
- ECRE - European Council on Refugees and Exiles: Greece: Unknown NGO to Receive Substantial EU Funds, Government Admits Lead Contamination in Moria 2.0, German Court Suspends Returnst, 29. Jänner 2021
<https://ecre.org/greece-unknown-ngo-to-receive-substantial-eu-funds-government-admits-lead-contamination-in-moria-2-0-german-court-suspends-returns/>
- Ekathimerini: Ministry issuing travel papers for refugees, 17. Juni 2020
<https://www.ekathimerini.com/news/253752/ministry-issuing-travel-papers-for-refugees/>
- Ekathimerini: Homeless refugees transferred to Athens camp, 9. September 2020
<https://www.ekathimerini.com/news/256740/homeless-refugees-transferred-to-athens-camp/>
- Eurodiaconia: Perichoresis to Stop ESTIA Programme for Migrants after Ministry Revises Rules, 23. September 2020
<https://www.eurodiaconia.org/2020/09/perichoresis-to-stop-estia-programme-for-migrants-after-ministry-revises-rules/>

- Europarat: Report by Commissioner for Human Rights Dunja Mijatovic following her visit to Greece from 25 to 29 June 2018, CommDH(2018)24, 6. November 2018
<https://rm.coe.int/report-on-the-visit-to-greece-from-25-to-29-june-2018-by-dunja-mijatov/16808ea5bd>
- Gesetz 4368/2016, Μέτρα για την επιτάχυνση του κυβερνητικού έργου και άλλες διατάξεις [Maßnahmen zur Beschleunigung der Regierungsarbeit und andere Bestimmungen], kundgemacht am 21. Februar 2016 (verfügbar über e-nomothesia)
<https://www.e-nomothesia.gr/kat-ygeia/nomos-4368-2016.html>
- Gesetz 4387/2016, ΜΕΤΑΡΡΥΘΜΙΣΗ ΑΣΦΑΛΙΣΤΙΚΟΥ ΣΥΝΤΑΞΙΟΔΟΤΙΚΟΥ ΣΥΣΤΗΜΑΤΟΣ [Pensionsreform], kundgemacht am 11. Mai 2016
https://www.kodiko.gr/nomologia/download_fek?f=fek/2016/a/fek_a_85_2016.pdf&t=ee1927a732388096dd6302531c60563e
- Gesetz 4554/2018, ΡΥΘΜΙΣΤΙΚΟ ΠΛΑΙΣΙΟ ΓΙΑ ΤΗΝ ΕΠΙΤΡΟΠΕΙΑ ΑΣΥΝΟΔΕΥΤΩΝ ΑΝΗΛΙΚΩΝ [Rechtsrahmen für die Vormundschaft für unbegleitet Minderjährige], kundgemacht am 18. Juli 2018
https://www.kodiko.gr/nomologia/download_fek?f=fek/2018/a/fek_a_130_2018.pdf&t=138ed492977c8827ec748e2b0e013b04
- Gesetz 4636/2019, Περί Διεθνούς Προστασίας και άλλες διατάξεις [Über den internationalen Schutz und andere Bestimmungen], kundgemacht am 1. November 2019 (verfügbar über e-nomothesia)
<https://www.e-nomothesia.gr/kat-allodapoi/prosphuges-politiko-asulo/nomos-4636-2019-phok-169a-1-11-2019.html>
- Gesetz 4659/2020, Επίδομα γέννησης και λοιπές διατάξεις [Geburtsbeihilfe und andere Bestimmungen], kundgemacht am 3. Februar 2020
https://www.kodiko.gr/nomologia/download_fek?f=fek/2020/a/fek_a_21_2020.pdf&t=29fba2e314ed7b312a98f4f8760ea4ef
- Gesetz 4674/2020, Στρατηγική αναπτυξιακή προοπτική των Οργανισμών Τοπικής Αυτοδιοίκησης, ρύθμιση ζητημάτων αρμοδιότητας Υπουργείου Εσωτερικών και άλλες διατάξεις [Strategische Entwicklungsperspektive der lokalen Selbstverwaltungsorganisationen, Regelung von Angelegenheiten im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums und andere Bestimmungen], kundgemacht am 11. März 2020
https://www.kodiko.gr/nomologia/download_fek?f=fek/2020/a/fek_a_53_2020.pdf&t=7b861edb88f0f8a2c83e4e6428b12f9c
- Government of Greece: Combined fourth to sixth periodic reports submitted by Greece under article 44 of the Convention, due in 2017 [21 December 2018] [CRC/C/GRC/4-6], veröffentlicht von CRC – UN Committee on the Rights of the Child, 5. März 2020
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2047783/G2005909.pdf>
- GCR - Greek Council for Refugees: Country Report: Greece; 2020 Update, Juni 2021
https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2021/06/AIDA-GR_2020update.pdf
- I Avgi: Προσφυγικό / Στην Αμυγδαλέζα οι άστεγοι πρόσφυγες της πλατείας Βικτωρίας [Die obdachlosen Flüchtlinge auf dem Victoria-Platz in Amygdaleza], 2. März 2021
https://www.avgi.gr/koinonia/380831_stin-amygdaleza-oi-astegoi-prosfyges-tis-plateias-biktorias
- IN: Ύπατη Αρμοστεία ΟΗΕ για πρόσφυγες: Δίκαιη απονομή ασύλου, όχι μόνο γρήγορη [UNHCR: Faires Asyl, nicht nur schnell], 6. Mai 2020

<https://www.in.gr/2020/05/06/greece/ypati-armosteia-oie-gia-prosfyges-dikaii-aponomi-asylou-oxi-mono-grigori/?fbclid=IwAR3sVfC5d47qRvdJ1GRSrC5xpYUDz-W-d2rKJ2J8ua3w1UPCSutCJxoGyAl>

- InfoMigrants: Why thousands of refugees in Greece face eviction — and where they can turn, 9. Juni 2020
<https://www.infomigrants.net/en/post/25209/why-thousands-of-refugees-in-greece-face- eviction-and-where-they-can-turn>
- InfoMigrants: Victoria Square: 'Greece and Europe have failed, together', 30. Oktober 2020
<https://www.infomigrants.net/en/post/28213/victoria-square-greece-and-europe-have- failed-together>
- InfoMigrants: Greek authorities accused of 'criminally abandoning' migrants, 3. März 2021
<https://www.infomigrants.net/en/post/30610/greek-authorities-accused-of-criminally- abandoning-migrants>
- IOM Griechenland: Hellenic Integration Support for Beneficiaries of International Protection (HELIOS), ohne Datum
<https://greece.iom.int/en/hellenic-integration-support-beneficiaries-international- protection-helios>
- IOM Griechenland: HELIOS: Hellenic Integration Support for Beneficiaries of International Protection, Project Regulation Handbook, 15. Februar 2021
https://greece.iom.int/sites/greece/files/Project%20Regulations%20Handbook_ENGLISH_F ebruary%202021_0.pdf
- Karzi, Vasiliki/Theodoridis, Anthanasios/Tselepi, Naya: Best Integration Practices in Greece. In: Newcomer Integration in Europe. Best Practice and Innovation since 2015 (Hg: Lacey, Agnese), 2018, S. 25-38
https://www.feps-europe.eu/attachments/publications/integration_web.pdf
- Minister für Migration und Asyl: Response Letter to the Vice-President of the European Commission and the European Commissioner for Home Affairs, 4. Juni 2021 (verfügbar über politico.eu)
<https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2021/06/06/20210604-YMA-Ministers.pdf>
- Ministerialerlass Nr. 25132/2016, Ρυθμίσεις για τη διασφάλιση της πρόσβασης των ανασφάλιστων στο Δημόσιο Σύστημα Υγείας [Maßnahmen zur Sicherung des Zugangs Nichtversicherter zum öffentlichen Gesundheitssystem], kundgemacht am 4. April 2016 (verfügbar über e-nomothesia)
<https://www.kodiko.gr/nomothesia/document/580973>
- Ministerialerlass Nr. 16987, Όροι παροχής οικονομικού βοηθήματος σε αιτούντες διεθνή προστασία [Bedingungen für die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Antragsteller auf internationalen Schutz], kundgemacht am 26. Juni 2020 (verfügbar über taxheaven.gr)
<https://www.taxheaven.gr/circulars/33599/16987-2020>
- Ministerialerlass Nr. 270, Δράση «ESTIA 2021: Στεγαστικό πρόγραμμα για αιτούντες διεθνή προστασία». [Aktion „ESTIA 2021: Unterkunftsprogramm für Personen, die internationalen Schutz beantragen“], kundgemacht am 5. Februar 2021
https://migration.gov.gr/wp-content/uploads/2021/04/kya_270_2021.pdf
- Ministerialerlass Nr. 180647/ DG4 / 2016, Ίδρυση, οργάνωση, λειτουργία, συντονισμός και πρόγραμμα εκπαίδευσης των Δομών Υποδοχής για την Εκπαίδευση των Προσφύγων

(Δ.Υ.Ε.Π.), κριτήρια και διαδικασία στελέχωσης των εν λόγω δομών [Aufbau, Organisation, Betrieb, Koordination und Trainingsprogramm der Aufnahmestrukturen für die Flüchtlingsbildung (DYEP), Kriterien und Besetzungsprozess dieser Strukturen], kundgemacht am 31. Oktober 2016 (verfügbar über e-nomothesia)

<https://www.e-nomothesia.gr/kat-ekpaideuse/koine-upourgike-apophase-180647-gd4-2016.html>

- Ministerium für Migration und Asyl: Λύση στην πλατεία Βικτωρίας δίνει η νέα πιλοτική δράση Υπουργείου Μετανάστευσης και Ασύλου και ΔΟΜ [Das neue Pilotprojekt des Ministeriums für Einwanderung und Asyl und der IOM bietet eine Lösung für den Victoria Square], 24. September 2020
<https://migration.gov.gr/lysi-stin-plateia-viktorias-dinei-i-nea-pilotiki-drasi-yπουργειου-metanasteysis-kai-asyloy-kai-dom/>
- Ministerium für Migration und Asyl: Αποχώρηση αναγνωρισμένων προσφύγων και μη δικαιούχων ασύλου από το ελληνικό σύστημα υποδοχής [Ausschluss von anerkannten Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen aus dem griechischen Aufnahmesystem], 29. Mai 2020
<https://migration.gov.gr/en/apochorisi-anagnorismenon-prosphygon-kai-mi-dikaioychon-asyloy-apo-to-elliniko-systima-ypodochis/>
- Ministerium für Migration und Asyl: Residence Permits, ohne Datum
<https://migration.gov.gr/en/gas/aitoyntes-kai-dikaioychoi/adeies-diamonis/>
- MIT - Mobile Info Team: The living conditions of applicants and beneficiaries of international protection, Februar 2021
<https://static1.squarespace.com/static/597473fe9de4bb2cc35c376a/t/603394e1f73a2518e0a5f48d/1613993239090/Accommodation+Report+MIT.pdf>
- MIT - Mobile Info Team: Input by civil society to the 2021 EASO Asylum Report, 25. Februar 2021
https://easo.europa.eu/sites/default/files/Mobile-Info-Team_Combined.pdf
- ΟΡΕΚΑ: Ελάχιστο Εγγυημένο Εισόδημα: Πληροφορίες [Garntiertes Mindesteinkommen: Information], ohne Datum
<https://opeka.gr/elachisto-engyimeno-eisodima-kea/pliροφοries/>
- Raphaelswerk: Griechenland Informationen für Geflüchtete, die nach Griechenland rücküberstellt werden, Dezember 2019
https://www.raphaelswerk.de/cms/contents/raphaelswerk.de/medien/dokumente/information-griechen/gr_12_2019_dublin_info_raphaelswerk.v4.pdf?d=a&f=pdf
- Refugee.info: Health Care in Greece, Health Insurance, 5. August 2021
<https://www.refugee.info/greece/health-services--greece/getting-health-insurance?language=en>
- Refugees International: Blocked at every pass: How Greece's policy of exclusion harms asylum seekers and refugees, 24. November 2020
<https://www.refugeesinternational.org/reports/2020/11/20/blocked-at-every-pass-how-greeces-policy-of-exclusion-harms-asylum-seekers-and-refugees>
- RESPOND: Integration Policies, Practices and Experiences; Greece Country Report [Paper 2020/53], (Autor-innen: Nadina Leivaditi, Evangelia Papatzani, Aggelos Ilias, Electra Petracou), Juni 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2032753/WP5_Greece_Integration.pdf

- RSA - Refugee Support Aegean/Stiftung Pro Asyl: Lebensbedingungen international Schutzberechtigter in Griechenland, 23. Juni 2017
https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2017/10/RSA_PRO-ASYL_STELLUNGNAHME_Anerkannte_2017.pdf
- RSA – Refugee Support Aegean/Stiftung Pro Asyl: Beneficiaries of international protection in Greece. Access to documents and socio-economic rights, März 2021
https://rsaagean.org/wp-content/uploads/2021/03/2021-02_RSA_BIP-1.pdf
- RSA – Refugee Support Aegean/Stiftung Pro Asyl: Zur aktuellen Situation von international Schutzberechtigten in Griechenland. Stellungnahme. April 2021
https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Stellungnahme-International-Schutzberechtigt-Griechenland-PRO-ASYL_RSA-April-2021.pdf
- RSA – Refugee Support Aegean: Excluded and Segregated; The vanishing education of refugee children in Greece, 13. April 2021
<https://rsaagean.org/en/excluded-and-segregated-the-vanishing-education-of-refugee-children-in-greece/>
- RSA – Refugee Support Aegean: Recognised but unprotected: The situation of refugees in Victoria Square, 3. August 2021
<https://rsaagean.org/en/recognised-but-unprotected-the-situation-of-refugees-in-victoria-square/>
- Skleparis, Dimitris: Refugee Integration in Mainland Greece: Prospects and Challenges (Policy Brief), März 2018
https://unescochair.yasar.edu.tr/wp-content/uploads/2018/02/Dimitris_PB02March2018.pdf
- StoNisi: Αποσυμφόρηση, αλλά με αυτούς που επιστρέφουν τι γίνεται [Entlastung, aber was ist mit denen, die zurückkehren?], 2. Oktober 2020
<https://www.stonisi.gr/post/11842/aposymforhsh-alla-me-aytoys-poy-epistrefoyn-ti-ginetai#.X3dLfJhObT1.twitter>
- The Guardian: ‘How can I find a home?’ Promise of Athens turns to despair for refugees, 23. Juli 2020
<https://www.theguardian.com/global-development/2020/jul/23/how-can-i-find-a-home-promise-of-athens-turns-to-despair-for-refugees>
- TNH – The New Humanitarian: Ending detention, Greece still accused of failing to protect migrant children, 18. Dezember 2020
<https://www.thenewhumanitarian.org/news-feature/2020/12/18/Greece-detention-migrant-children>
- Tramountanis, Angelo: Addressing the protection gap in Greece, 21. Juli 2021 (Blogeintrag auf der Website des Overseas Development Institutes)
<https://odi.org/en/insights/addressing-the-protection-gap-in-greece/>
- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees: Country Report Greece 2018; Inter-agency Participatory Assessment Report, Oktober 2018
<https://data2.unhcr.org/en/documents/details/66441>
- UNHCR - United Nations High Commissioner for Refugees: Greece must ensure safety net and integration opportunities for refugees, 2. Juni 2020
<https://www.unhcr.org/news/briefing/2020/6/5ed603924/greece-must-ensure-safety-net-integration-opportunities-refugees-unhcr.html>

- UNHCR - United Nations High Commissioner for Refugees: Towards ESTIA II: UNHCR welcomes Greece's commitment to ensure the continuation of flagship reception programme for asylum-seekers, 15. Juli 2020
<https://www.unhcr.org/gr/en/15985-towards-estia-ii-unhcr-welcomes-greeces-commitment-to-ensure-the-continuation-of-flagship-reception-programme-for-asylum-seekers.html>
- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees: Fact Sheet; Greece; 1-30 September 2020, 30. September 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2040875/2020.09+-+Greece+Factsheet_final_opt.pdf
- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees: Fact Sheet; Greece; 1-31 December 2020, Dezember 2020
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2044255/2020.12+-+Greece+Factsheet.pdf>
- UNHCR Griechenland: Access to Employment, ohne Datum (a)
<https://help.unhcr.org/greece/living-in-greece/access-to-employment/>
- UNHCR Griechenland: Access to Welfare, ohne Datum (b)
<https://help.unhcr.org/greece/living-in-greece/access-to-welfare/>
- USDOS – US Department of State: 2020 Country Report on Human Rights Practices: Greece, 30. März 2021
<https://www.ecoi.net/en/document/2048407.html>
- USDOS – US Department of State: 2021 Trafficking in Persons Report: Greece, 1. Juli 2021
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2055192.html>

Anhang: Ausschnitte aus Originalquellen

- Aachener Netzwerk, AASIA, Action for Education et al.: Refugees in Greece: risk of homelessness and destitution for thousands during winter, 22. Dezember 2020

https://www.gcr.gr/media/k2/attachments/20201222_Release_en.pdf

„Civil society organisations are especially concerned about the many vulnerable refugees who have been forced to exit or are facing forced exits, including survivors of gender-based violence or torture, people with health issues, including mental health, or disabilities, single women and single-parent families, young adults, and people from the LGBTQ+ community. Many refugees have difficulties or are unable to become self-sufficient because of vulnerabilities or problems accessing essential services and the labour market. In the past, refugees who were asked to exit state-provided accommodation ended up sleeping rough in urban areas or did not leave accommodation out of fear of becoming homeless.“ (Aachener Netzwerk, AASIA, Action for Education et al., 22. Dezember 2020, S. 1)

- A Drop in the Ocean, Action for Education, ANTIGONE, ARSIS et al.: Joint Letter about the Exits of Recognized Refugees from Accommodation and Cash Assistance, 1. Juni 2020

<https://www.humanrights360.org/joint-letter-about-the-exits-of-recognized-refugees-from-accommodation-and-cash-assistance/>

„A considerable number of these people, of which a large proportion are families with children, are facing an increased risk of homelessness amidst a global pandemic. Refugees who have received international protection are being forced to leave apartments for vulnerable people in the Emergency Support to Integration & Accommodation programme (ESTIA), hotels under the Temporary Shelter and Protection programme (FILOXENIA), Reception and Identification Centres (RICs) and refugee camps. Almost simultaneously, financial assistance in the form of EU implemented and supported cash cards will stop.“ (A Drop in the Ocean, Action for Education, ANTIGONE, ARSIS et al., 1. Juni 2020)

- Bertelsmann Stiftung: Greece Report; Sustainable Governance Indicators 2020, 2020

https://www.sgi-network.org/docs/2020/country/SGI2020_Greece.pdf

„Since the onset of the economic crisis in Greece, there have been massive cuts in public and private healthcare spending. Since 2009, per capita spending on public healthcare has been cut by nearly a third. In 2019, Greece spent \$2,238 per capita on healthcare – more than one-third less than the OECD average. This amounted to 7.8% of GDP (down from 9.9% in 2009, the last pre-crisis year). Moreover, only 59% of health spending was publicly funded. Private spending, meaning out-of-pocket expenses (which were rarely taxed), stood at 35% and was more than double the EU-28 average. (Bertelsmann Stiftung, 2020, S. 20)

- Caritas Hellas – Open Letter: All children have the right to go to school. Do not take that away from them, März 2021

<https://caritas.gr/en/advocacy-en/open-letter-all-children-have-the-right-to/>

„The undersigned organisations express deep concern about the situation relating to asylum seeking and refugee children’s access to education in Greece over the past few

years. Specifically, for the past six years it has not been possible to guarantee smooth and unimpeded access to education for asylum seeking children. As a result, the majority of these children have been deprived of one of their fundamental rights. These issues have become so intense over the last year that one can in fact refer to an extensive process of 'deschooling'." (Caritas Hellas, März 2021)

- CNN Greece: On paper, the national strategy for the integration of immigrants, 30. September 2019
<https://www.cnn.gr/oikonomia/story/192268/sta-xartia-i-ethniki-stratigiki-gia-tin-entaxiton-metanaston>

„According to the latest available data, 43.1% of those born in third countries are at risk of poverty in Greece, compared to 17.4% for indigenous Greeks, a much higher than the EU average for those born in third countries (30, 8%).

Although since July 2018 Greece has adopted a national strategy for the integration of immigrants, it has not borne fruit. This strategy focuses on the integration of persons entitled to international protection and seeking such protection, who are temporarily residing in the country and will remain after the recognition of the protection status." (CNN Greece, 30. September 2019)

- DW – Deutsche Welle: Asyl in Griechenland: Anerkannte Flüchtlinge in Not, 7. Juli 2020
<https://www.dw.com/de/fl%C3%BCchtlinge-griechenland/a-54067638>

„Seit 2017 wird Amal im Rahmen des ESTIA-Programms von der internationalen Nichtregierungsorganisation INTERSOS betreut. ESTIA ist ein EU-finanziertes Programm, mit dem Asylsuchenden eine Wohnung, Sozialschutzdienste und Unterstützung beim Zugang zu Gesundheit und Bildung finanziert wird. [...]

Gerade aber in schweren Fällen wie Amals gestalte sich das nicht immer leicht, erklärt Giorgos Giouvanoudis, Programmleiter von INTERSOS Griechenland. In zwei Jahren musste sie insgesamt fünf Mal umziehen. Vermieter würden Verträge kündigen, manchmal funktioniere das Zusammenleben mit anderen Geflüchteten nicht oder die Wohnung stelle sich als nicht barrierefrei heraus.

Viele Flüchtlinge hätten psychische und andere gesundheitliche Probleme, erklärt Giouvanoudis. Insgesamt betreut seine Organisation 1683 Fälle, davon 500 in Thessaloniki, wo nur sechs Sozialarbeiter und ein Psychologe zur Verfügung stehen. Eine neue Verordnung aus Athen bereitet der Organisation und ihren Schützlingen neue Probleme: Flüchtlinge mit einem positiven Asylbescheid müssen das Programm und ihre Behausung verlassen.

Auch für Amal endet das Mietverhältnis und die finanzielle Unterstützung von 150 Euro im Monat Ende Juli. Eigentlich hätte sie schon Ende Juni gehen müssen, doch die Organisation konnte beim zuständigen Ministerium eine Verlängerung erwirken. Zwar sei es nichts Neues, dass Menschen mit einem positiven Asylbescheid das Programm verlassen müssen. Doch der politische Druck sei merklich gestiegen, so Giouvanoudis: „Früher musste man die

Asylsuchenden sechs Monate im Voraus darüber informieren, dass das Programm für sie nicht mehr zuständig ist. Jetzt ist diese Frist auf einen Monat reduziert worden. Das erzeugt erschreckend schwierige Situationen, gerade in Zeiten von Corona.“ (DW, 7. Juli 2020)

„In der Praxis dagegen hätte es der griechische Staat versäumt, früh genug Integrationsprogramme auf den Weg zu bringen, um Flüchtlingen den Weg in die griechische Gesellschaft zu ebnen. Es gebe kaum Sprachkurse - und ohne Griechisch sei es nahezu unmöglich, eine Wohnung oder Arbeit zu finden.

Ohne Einkommen aber sei das Überleben schwierig: „Es gibt finanzielle Unterstützung. Dieselbe, auf die auch griechische Staatsbürger Anspruch haben. Die ist aber eher symbolischer Natur. Damit geht man nicht an die Wurzel des Problems. Ein Mensch, der eine Familie mit drei, vier Kindern hat, dem ist mit solchen symbolischen Lösungen nicht geholfen. Das reicht nicht aus für die Grundversorgung, auch nicht für die Griechen.“ (DW, 7. Juli 2020)

“Zwar gibt es das HELIOS-Program, das auch anerkannte Asylanten bei der Wohnfinanzierung unterstützen soll. Auch ein Griechisch-Kurs und Arbeitsberatung sind vorgesehen. Doch angesichts des starken Andrangs und einer nachlassenden Bereitschaft von Seiten der Vermieter, Wohnungen zur Verfügung zu stellen, könnten viele Menschen auf der Straße landen.“ (DW, 7. Juli 2020)

- ECRE - European Council on Refugees and Exiles: Greece: Unknown NGO to Receive Substantial EU Funds, Government Admits Lead Contamination in Moria 2.0, German Court Suspends Returns, 29. Jänner 2021

<https://ecre.org/greece-unknown-ngo-to-receive-substantial-eu-funds-government-admits-lead-contamination-in-moria-2-0-german-court-suspends-returns/>

„Two decisions of the Higher Administrative Court of North Rhine-Westphalia, effectively prevent returns by German authorities of people with protection status in Greece. The court established that they would be at risk of serious danger of inhuman and degrading treatment and be in a situation of extreme material hardship in the country. While It is not possible to appeal the judgment itself, authorities have the option of filing an appeal to the Federal Administrative Court in Leipzig.“ (ECRE, 29. Jänner 2021)

- Ekathimerini: Ministry issuing travel papers for refugees, 17. Juni 2020

<https://www.ekathimerini.com/news/253752/ministry-issuing-travel-papers-for-refugees/>

„The Migration Ministry has opened an office offering travel documents to refugees to help them go to other European Union countries, Migration Minister Notis Mitarakis said on Tuesday, following the departure of hundreds of migrants from state facilities, many of whom have been camping out in city squares.

‘We issue about 200 to 250 travel documents a day,’ Mitarakis told Mega television channel, adding that recognized refugees have the right to travel to other EU member-states. However, although the refugees have the right to stay in another EU country for up to three months, they only have a legal right to work in Greece.

The ministry's plan foresees the departure of at least 11,000 refugees from state reception facilities and subsidized hotels by the end of the year. Although the scheme has been condemned by rights groups, the government insists that it has done its duty to refugees and that space must be made for new asylum seekers." (Ekathimerini, 17. Juni 2020)

- Ekathimerini: Homeless refugees transferred to Athens camp, 9. September 2020
<https://www.ekathimerini.com/news/256740/homeless-refugees-transferred-to-athens-camp/>

„Confirmed refugees who had been sleeping rough on Athens' central Victoria Square since being evicted from overcrowded island camps last month were transferred to a detention center in northeastern Attica on Wednesday morning.

Eighty-one refugees, included children, boarded three busses provided by the Greek Police (ELAS) and were sent to a separate section of the Amygdaleza camp, which houses undocumented migrants." (Ekathimerini, 9. September 2020)

- Eurodiaconia: Perichoresis to Stop ESTIA Programme for Migrants after Ministry Revises Rules, 23. September 2020
<https://www.eurodiaconia.org/2020/09/perichoresis-to-stop-estia-programme-for-migrants-after-ministry-revises-rules/>

„In an open letter to beneficiaries and partners, Perichoresis' Board of Directors explains the inability of the NGO to continue implementing the ESTIA programme under the revised terms and requirements. More specifically, Perichoresis points the finger at the insufficient new funding schemes and the legal implication that might arise as a result of the new regulation according to which beneficiaries must leave their facilities once their refugee status has been accepted." (Eurodiaconia, 23. September 2020)

- Europarat: Report by Commissioner for Human Rights Dunja Mijatovic following her visit to Greece from 25 to 29 June 2018, CommDH(2018)24, 6. November 2018
<https://rm.coe.int/report-on-the-visit-to-greece-from-25-to-29-june-2018-by-dunja-mijatov/16808ea5bd>

„In spite of a favourable legal framework, actual access to health care services is reportedly very complicated in practice. Law 4368/2016 on universal health care legislation, which establishes the right to free access to all public health facilities is applicable to migrants, including asylum seekers, but the public health sector, which has been severely affected by successive austerity measures,¹² is under huge pressure and lacks the capacity to cover all the needs for health care services, be it of the local population or of migrants. Access to health care services is also hampered by a number of administrative barriers, to which the Commissioner's attention was drawn by several of her interlocutors. In August 2017, twenty-five NGOs expressed their concern in a joint statement about the reluctance of the authorities to issue Social Security Numbers to asylum seekers. The Commissioner notes that a Circular of 13 February 2018 clarified the process for issuing these numbers to beneficiaries of international protection and asylum seekers, but its impact on actual access to health care reportedly remains limited." (Europarat, 6. November 2018, S. 8)

- GCR - Greek Council for Refugees: Country Report: Greece; 2020 Update, Juni 2021
https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2021/06/AIDA-GR_2020update.pdf

„A Ministerial Decision issued in September 2016, which was repealed in October 2016 by a Joint Ministerial Decision, established a programme of afternoon preparatory classes (Δομές Υποδοχής και Εκπαίδευσης Προσφύγων, DYEP) for all school-aged children aged 4 to 15.821 The programme is implemented in public schools neighbouring camps or places of residence, with the location and operationalisation of the afternoon preparatory classes being subject to the yearly issuance of a Joint Ministerial Decision (exceptionally a Decision by the Minister of Education and as of 2019 a Decision by the Deputy Minister of Education). Such decisions have been respectively issued for each school year in January and November 2017, August 2018, October 2019, and August 2020, for school years 2016-2017, up to 2020-2021.” (GCR, Juni 2021, S. 183-184)

„Children aged between 6-15 years, living in dispersed urban settings (such as ESTIA accommodation, squats, apartments, hotels, and reception centres for asylum seekers and unaccompanied children), may go to schools near their place of residence, to enrol in the morning classes alongside Greek children, at schools that will be identified by the Ministry. This is done with the aim of ensuring balanced distribution of children across selected schools, as well as across preparatory classes for migrant and refugee children where Greek is taught as a second language. Although the refugee education programme implemented by the Ministry of Education is highly welcome, the school attendance rate should be reinforced, while special action should be taken in order for children remaining on the islands to be guaranteed access to education.” (GCR, Juni 2021, S. 184).

„In October 2019, the estimated number of refugee and migrant children in Greece was 37,000, among whom 4,686 were unaccompanied. Out of the number of children present in Greece, it was estimated that only a third (12,800) of refugee and migrant children of school age (4-17 years old) were enrolled in formal education during the school year 2018-2019. The rate of school attendance was higher for those children living in apartments and for unaccompanied children benefitting from reception conditions (67%)., there were 8,637 children enrolled to education, while as per an April 2021 reply of the Ministry to relevant findings of the Greek Ombudsman (see further bellow), there were 14,423 children enrolled to education by 21 February 2021. In both cases, reference is made to the same “My school” database, albeit in the latter case, it is specified that due to reasons inter alia stemming from the mobility of the specific population (e.g. due to change of status or a transfer decision), relevant ‘accurate quantitative data are not guaranteed’.

In either case, the number of children enrolled to education for the school year 2020-2021 remains well below the number of 20,000 school-aged (aged 4-17) children provided in the Ministry’s April 2021 reply. Moreover, in lack of available, broken-down data, it remains uncertain whether this number includes all refugee and asylum-seeking children present in Greece at the time of the reply, or if it only regards beneficiaries of international protection, as the reply’s wording (“refugees”) seems to imply. Either way, by the end of 2020, a total of 44,000 refugee and migrant children were estimated to be in Greece, which could indicate an even wider gap between the number of refugee and migrant children

present in Greece and the number of those enrolled to education.” (GCR, Juni 2021, S. 184)

„Furthermore, in 2020, children’s’ access to education was further challenged by a number of factors, also related to the Covid-19 pandemic, which led to record levels of exclusion of refugee children from the Greek system of education. As noted by 33 civil society organisations in March 2021, with respect to children accommodated in mainland camps, ‘[i]n some places the issues observed have to do with inconsistent interpretation of COVID-19 related movement restriction policies by the Greek authorities, which ends up discriminating against children who, as a result, are not being allowed to leave these camps [in order to attend school]. At the same time, during the lockdowns, due to the lack of necessary technical infrastructure for online learning at the camps, refugee and asylum-seeking children are further excluded from the education process’. The lack of transportation, understaffing of reception classes and negativity and/or reported reluctance by some local communities, as well as refugee families, to the potential of children attending school, were also amongst reported factors hindering refugee children’s access to education for the school year of 2020-2021. Particularly in what concerns mainland camps, even though slightly more than 62% of school-aged children living in the camps were formally enrolled to education (6,472 out of 10,431 children), only 14.2% (or 1,483) were actually able to attend it, as per findings of the Greek Ombudsman in March 2021.” (GCR, Juni 2021, S. 185)

„The number of children beneficiaries of international protection enrolled in formal education is not known. However, the total number of asylum-seeking and refugee children enrolled is 11,700” (GCR, Juni 2021, S. 249)

„L 4554/2018 introduced for the first time a regulatory framework for the guardianship of unaccompanied children in Greek law. According to the new law, a guardian will be appointed to a foreign or stateless person under the age of 18 who arrives in Greece without being accompanied by a relative or non-relative exercising parental guardianship or custody. The Public Prosecutor for Minors or the local competent Public Prosecutor, if no Public Prosecutor for minors exists, is considered as the temporary guardian of the unaccompanied minor. This responsibility includes, among others, the appointment of a permanent guardian of the minor. The guardian of the minor is selected from a Registry of Guardians created under the National Centre for Social Solidarity (Εθνικό Κέντρο Κοινωνικής Αλληλεγγύης, ΕΚΚΑ). Also, the law provides a best interest of the child determination procedure following the issuance of standard operational procedure to be issued. The law also creates the Supervisory Guardianship Board, which will be responsible for ensuring legal protection for unaccompanied children with respect to disabilities, religious beliefs and custody issues. Additionally, the law established the Department for the Protection of Unaccompanied Minors at ΕΚΚΑ, which had the responsibility of guaranteeing safe accommodation for unaccompanied children and evaluating the quality of services provided in such accommodation. However, since the amendment of IPA by L.4686/2020 and later by L.4760/2020, the authority responsible for the accommodation of unaccompanied minors is the Special Secretariat for the Protection of Unaccompanied Minors of Ministry of Migration and Asylum .

Under Article 18 L 4554/2018, the guardian has responsibilities relevant to the integration of unaccompanied children, which include: ❖ ensuring decent accommodation in special reception structures for unaccompanied children; ❖ representing and assisting the child in all judicial and administrative procedures; ❖ accompanying the child to clinics or hospitals; ❖ guaranteeing that the child is safe during their stay in the country; ❖ ensuring that legal assistance and interpretation services are provided to the child; ❖ providing access to psychological support and health care when needed; ❖ taking care of enrolling the child in formal or non-formal education; ❖ taking necessary steps to assign custody of the child to an appropriate family (foster family), in accordance with the applicable legal provisions; ❖ ensuring that the child's political, philosophical and religious beliefs are respected and freely expressed and developed; and ❖ behaving with sympathy and respect to the unaccompanied child.

In practice, the system of guardianship is still not operating. According to the initial version of L. 4554/2018 (Art. 32), the Guardianship Law should have entered into force at the time that the Ministerial Decision approving the Rules of Procedure of the Supervision Board provided by Art. 19(6) L. 4554/2018 would be issued. Following an amendment introduced in May 2019 (Art. 85(2) L. 4611/2019, Gov. Gazette A 73/17.5.2019), the entry into force of L. 4554/2018 has been postponed until the 1st of September 2019. However, the entry into force of L. 4554/2018 has been further postponed until the 1st of March 2020 (Art. 73 (1) L. 4623/2019, Gov. Gazette A 134/9.8.2019). By the end of March 2021, the system was not in place. In May 2019, the European Committee on Social Rights of the Council of Europe, following a collective complaint lodged by ECRE and ICJ, with the support of GCR, adopted its Decision on Immediate Measures, and indicated to the Greek Authorities, inter alia, to immediately appoint effective guardians. Greek Authorities have not complied with said Decision by the end of March 2021. The fact that the public sector is severely untrained and understaffed hinders the situation even more. Especially, assigning this additional task of guardianship to prosecutors has proved to be disastrous over the years, especially given the number of prosecutors and their actual workload as prosecuting authorities." (GCR, Juni 2021, S. 133-134)

„Article 55 of the IPA, introduced a new a Foreigner's Temporary Insurance and Health Coverage Number (*Προσωρινός Αριθμός Ασφάλισης και Υγειονομικής Περίθαλψης Αλλοδαπού*, PAAΥPA), replacing the previous Social Security Number (AMKA). PAAΥPA is to be issued to asylum seekers together with their asylum seeker's card. With this number, asylum seekers are entitled free of charge access to necessary health, pharmaceutical and hospital care, including necessary psychiatric care where appropriate. The PAAΥPA is deactivated if the applicant loses the right to remain on the territory. Said provisions of the IPA entered into force since 1 November 2019. However, the necessary mechanism for their implementation was not activated until the start of 2020." (GCR, Juni 2021, S. 186-187)

„Indeed, an amendment to the asylum legislation in early March 2020 states that 'after the issuance of the decision granting the status of international protection, material reception conditions in form of cash or in kind are interrupted. Said beneficiaries residing in accommodation facilities, including hotels and apartments have the obligation to leave

them, in a 30-days period since the communication of the decision granting international protection'. Unaccompanied children have the legal obligation to leave the facilities within 30 days of reaching the age of majority. Special categories of beneficiaries for whom the provision of benefits or deadline to leave the facility is extended, and ,in particular persons with a serious health condition', may be foreseen by a ministerial Decision." (GCR, Juni 2021, S. 245)

„However, as mentioned in Reception Conditions: Access to the Labour Market, high unemployment rates and further obstacles that might be posed by competition with Greek-speaking employees, prevent the integration of beneficiaries into the labour market. [...]

Due to the abovementioned shortcomings, a lot of beneficiaries of international protection work as irregular peddlers, since it is very difficult to obtain the special work permit required for this profession. Hence, they risk to be fined and jailed. In a case handled by GCR in October 2020 the First Instance Administrative court of Piraeus ruled that the fine of € 5,000 imposed on a recognised refugee who was working as a street vendor was exorbitant and it had to be adjusted to € 200 due to the amendment of the relative legislation." (GCR, Juni 2021, S. 249)

„A number of Greek language classes are provided by universities, civil society organisations and centres for vocational training. However, as noted by UNHCR, 'Most refugees do not benefit from language courses or integration programmes in Greece'. A pilot programme of Greek language courses funded by the Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF) announced in January 2018 was included in the HELIOS project and has been implemented since June 2019 by IOM and its partners. Moreover, the Municipality of Athens regularly organizes Greek language courses for adult immigrants, as well as IT seminars, for, among others, adult refugees." (GCR, Juni 2021, S. 249-250)

„F. Social welfare

The law provides access to social welfare for beneficiaries of international protection without drawing any distinction between refugees and beneficiaries of subsidiary protection. Beneficiaries of international protection should enjoy the same rights and receive the necessary social assistance according to the terms that apply to nationals, without discrimination." (GCR, Juni 2021, S. 250)

„Free access to health care for beneficiaries of international protection is provided under the same conditions as for nationals, pursuant to L 4368/2016. The new International Protection Act has not changed the relevant provisions." (GCR, Juni 2021, S. 251)

„Furthermore, challenges in accessing healthcare due to the lack of interpreters and cultural mediators in the majority of public healthcare facilities (hospitals, social clinics etc.) have also continued to persist in 2020. Yet even in cases where interpretation was available, this was limited in scope (e.g. only Arabic), and there remain very few civil society actors who can provide interpretation to cover the gap throughout Greece, which usually

lack the capacity to address the level of needs in addition to the limited capacity of the public Health system,[...]" (GCR, Juni 2021, S. 251)

„Moreover, administrative obstacles with regard to the issuance of a Social Security Number (AMKA) also impede access to health care. In addition, according to GCR’s experience, beneficiaries of international protection under the ‘old’ system who possess the ‘old’ residence permit in the form of a ‘booklet’, have encountered problems in the issuance of AMKA, as this old residence permit contains a number written in a different format than the new residence permits. Hence, the employees at the Citizen Service Center (ΚΕΠ) did not know how to process the issuance of AMKA. Finally, it has been clarified that this will happen at the offices of the Single Social Security Entity (ΕΦΚΑ).” (GCR, Juni 2021, S. 251-252)

- Gesetz 4368/2016, Μέτρα για την επιτάχυνση του κυβερνητικού έργου και άλλες διατάξεις [Maßnahmen zur Beschleunigung der Regierungsarbeit und andere Bestimmungen], kundgemacht am 21. Februar 2016 (verfügbar über e-nomothesia)
<https://www.e-nomothesia.gr/kat-ygeia/nomos-4368-2016.html>

„Άρθρο 33

Υγειονομική κάλυψη ανασφάλιστων και ευάλωτων κοινωνικών ομάδων

1.Ανασφάλιστοι και ευάλωτες κοινωνικές ομάδες, όπως προσδιορίζονται στην παράγραφο 2 του παρόντος, έχουν το δικαίωμα της ελεύθερης πρόσβασης στις Δημόσιες Δομές Υγείας και δικαιούνται νοσηλευτικής και ιατροφαρμακευτικής περίθαλψης. [...]

Η φαρμακευτική περίθαλψη παρέχεται από τα συμβεβλημένα με τον Ε.Ο.Π.Υ.Υ. ιδιωτικά φαρμακεία. Φάρμακα υψηλού κόστους, που εμπίπτουν στο πλαίσιο της παρ. 2 του άρθρου 12 του ν. 3816/2010 (Α'6), παρέχονται αποκλειστικά από τα φαρμακεία των Νοσοκομείων και του Ε.Ο.Π.Υ.Υ.

2.Δικαιούχοι των δικαιωμάτων της παραγράφου 1 του παρόντος είναι οι εξής: α) οι μη άμεσα ή έμμεσα ασφαλισμένοι(Έλληνες πολίτες ή ελληνικής καταγωγής ομογενείς, οι πολίτες κρατώνμελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης και λοιπών τρίτων χωρών, οι οποίοι διαθέτουν νομιμοποιητικά έγγραφα παραμονής στην Ελλάδα, καθώς και τα μέλη των οικογενειών (σύζυγος και ανήλικα ή προστατευόμενα τέκνα) όλων των προαναφερομένων, β) οι εγγεγραμμένοι στα Μητρώα ασφαλιστικών ταμείων της χώρας και τα μέλη των οικογενειών τους (σύζυγος και ανήλικα ή προστατευόμενα τέκνα), οι οποίοι έχουν απωλέσει τις ασφαλιστικές τους καλύψεις λόγω οφειλών και δεν δικαιούνται παροχών υγείας, γ) τα πρόσωπα των παρακάτω κατηγοριών, ανεξαρτήτως του νομικού καθεστώτος στο οποίο βρίσκονται και της κατοχής νομιμοποιητικών εγγράφων παραμονής στη χώρα: [...]

ix)οι δικαιούχοι διεθνούς προστασίας (αναγνωρισμένοι πρόσφυγες και δικαιούχοι επικουρικής προστασίας) και οι ανιθαγενείς και τα μέλη των οικογενειών τους (σύζυγος και ανήλικα ή προστατευόμενα τέκνα) είτε είναι κάτοχοι άδειας διαμονής σε ισχύ είτε εκκρεμεί η έκδοση απόφασης επί αιτήσεως ανανέωσης του καθεστώτος διεθνούς

προστασίας ή επί ενδικοφανούς προσφυγής ή ενδίκου μέσου κατά απορριπτικής της αιτήσεως ανανέωσης απόφασης ή κατά το χρόνο κατά τον οποίον υπάρχει δικαίωμα ενδικοφανούς προσφυγής ή ενδίκου μέσου, [...]

χι) αιτούντες διεθνούς προστασίας και τα μέλη των οικογενειών τους (σύζυγος και ανήλικα ή προστατευόμενα τέκνα) από την ημερομηνία εκδήλωσης της βούλησης υποβολής αιτήματος διεθνούς προστασίας (αρχικού ή μεταγενέστερου) και μέχρις ότου η απόφαση επί του αιτήματος διεθνούς προστασίας τους καταστεί τελεσίδικη δηλαδή με απόφαση του αρμοδίου [...]” (Gesetz 4368/2016, 21. Februar 2016, Art. 33)

- Gesetz 4387/2016, ΜΕΤΑΡΡΥΘΜΙΣΗ ΑΣΦΑΛΙΣΤΙΚΟΥ ΣΥΝΤΑΞΙΟΔΟΤΙΚΟΥ ΣΥΣΤΗΜΑΤΟΣ [Pensionsreform], kundgemacht am 11. Mai 2016
https://www.kodiko.gr/nomologia/download_fek?f=fek/2016/a/fek_a_85_2016.pdf&t=ee1927a732388096dd6302531c60563e

„Άρθρο 93

Επίδομα Κοινωνικής Αλληλεγγύης Ανασφάλιστων Υπερήλικων

1. Στους ανασφάλιστους υπερήλικες και σε αυτούς που δεν πληρούν τις προϋποθέσεις συνταξιοδότησης, καταβάλλεται από τον ΟΓΑ, επίδομα Κοινωνικής Αλληλεγγύης Ανασφάλιστων Υπερηλικών, εφόσον πληρούν τις εξής προϋποθέσεις: [...]

γ. Διαμένουν μόνιμα και νόμιμα στην Ελλάδα δεκαπέντε (15) συνεχόμενα έτη πριν από την υποβολή της αίτησης για τη λήψη του επιδόματος ή δεκαπέντε (15) έτη μεταξύ του 17ου και του 67ου έτους της ηλικίας τους, εκ των οποίων τα δέκα (10) συνεχόμενα πριν από την υποβολή της αίτησης και εξακολουθούν να διαμένουν στην Ελλάδα και μετά τη λήψη της παροχής.“ (Gesetz 4387/2016, 11. Mai 2016, Artikel 93)

- Gesetz 4554/2018, ΡΥΘΜΙΣΤΙΚΟ ΠΛΑΙΣΙΟ ΓΙΑ ΤΗΝ ΕΠΙΤΡΟΠΕΙΑ ΑΣΥΝΟΔΕΥΤΩΝ ΑΝΗΛΙΚΩΝ [Rechtsrahmen für die Vormundschaft für unbegleitet Minderjährige], kundgemacht am 18. Juli 2018
https://www.kodiko.gr/nomologia/download_fek?f=fek/2018/a/fek_a_130_2018.pdf&t=138ed492977c8827ec748e2b0e013b04

„ΜΕΡΟΣ Γ΄

ΡΥΘΜΙΣΤΙΚΟ ΠΛΑΙΣΙΟ ΓΙΑ ΤΗΝ ΕΠΙΤΡΟΠΕΙΑ ΑΣΥΝΟΔΕΥΤΩΝ ΑΝΗΛΙΚΩΝ

ΚΕΦΑΛΑΙΟ Α΄

Άρθρο 13

Πεδίο εφαρμογής Ορισμοί

1. Υπό επιτροπεία, κατά τις διατάξεις του παρόντος Μέρους, τίθεται ο αλλοδαπός ή ανιθαγενής ηλικίας κάτω των 18 ετών, ο οποίος φθάνει στο ελληνικό έδαφος, χωρίς να συνοδεύεται από πρόσωπο που ασκεί, σύμφωνα με την ελληνική νομοθεσία, τη γονική του μέριμνα ή την επιμέλειά του ή χωρίς να συνοδεύεται από ενήλικο συγγενή που ασκεί

στην πράξη τη φροντίδα του και για όσο χρόνο η άσκηση των καθηκόντων αυτών δεν έχει ανατεθεί σε κάποιο άλλο πρόσωπο σύμφωνα με το νόμο.

2. Για την εφαρμογή του παρόντος Μέρους ισχύουν οι ακόλουθοι ορισμοί:

α) Αρμόδια αρχή για την προστασία των ασυνόδευτων ανηλίκων και των χωρισμένων ανηλίκων ορίζεται η Γενική Διεύθυνση Κοινωνικής Αλληλεγγύης του Υπουργείου Εργασίας, Κοινωνικής Ασφάλισης και Κοινωνικής Αλληλεγγύης.

β) Ασυνόδευτος ανήλικος είναι ο ανήλικος, ο οποίος φθάνει στην Ελλάδα χωρίς να συνοδεύεται από πρόσωπο που ασκεί, σύμφωνα με την ελληνική νομοθεσία, τη γονική του μέριμνα ή την επιμέλειά του ή χωρίς να συνοδεύεται από ενήλικο συγγενή που ασκεί στην πράξη τη φροντίδα του και για όσο χρόνο η άσκηση των καθηκόντων αυτών δεν έχει ανατεθεί σε κάποιο άλλο πρόσωπο, σύμφωνα με το νόμο. Στον ορισμό αυτό περιλαμβάνεται και ο ανήλικος που παύει να συνοδεύεται μετά την είσοδό του στην Ελλάδα.

γ) Χωρισμένος από την οικογένειά του ανήλικος ή χωρισμένος ανήλικος είναι ο ανήλικος ο οποίος φθάνει στην Ελλάδα, χωρίς να συνοδεύεται από πρόσωπο που ασκεί τη γονική του μέριμνα ή επιμέλεια, σύμφωνα με την ελληνική νομοθεσία ή χωρίς να συνοδεύεται από άλλο πρόσωπο στο οποίο αυτή έχει ανατεθεί σύμφωνα με το νόμο, αλλά συνοδεύεται από ενήλικο συγγενή που ασκεί στην πράξη τη φροντίδα του.

δ) Φορέας παραπομπής είναι κάθε δημόσια αρχή και υπηρεσία, ιδιωτικός φορέας ή διεθνής οργανισμός, που εντοπίζει ανήλικο των περιπτώσεων β' και γ', όπως ιδίως η Υπηρεσία Υποδοχής και Ταυτοποίησης, η Υπηρεσία Ασύλου και η Ελληνική Αστυνομία.

3. Στον ορισμό του ασυνόδευτου ανηλίκου κατά την έννοια των διατάξεων του παρόντος νοείται ο ανήλικος που εγκαταλείπεται ασυνόδευτος μετά την είσοδό του στην Ελλάδα και ο χωρισμένος από την οικογένειά του ανήλικος ή χωρισμένος ανήλικος της περίπτωσης γ' της παραγράφου 2.“ (Gesetz 4554/2018, 18. Juli 2018, Artikel 13)

- Gesetz 4636/2019, Περί Διεθνούς Προστασίας και άλλες διατάξεις [Über den internationalen Schutz und andere Bestimmungen], kundgemacht am 1. November 2019 (verfügbar über e-nomothesia)
<https://www.e-nomothesia.gr/kat-allodapoi/prosphuges-politiko-asulo/nomos-4636-2019-phek-169a-1-11-2019.html>

„Άρθρο 27

(Άρθρο 26 Οδηγίας 2011/95/ΕΕ)

Πρόσβαση στην απασχόληση

1. Επιτρέπεται στους δικαιούχους διεθνούς προστασίας να ασκούν μισθωτή ή ανεξάρτητη επαγγελματική δραστηριότητα, σύμφωνα με τις διατάξεις της παραγράφου 1 του άρθρου 69 του ν. 4375/2016.

2. Οι δικαιούχοι διεθνούς προστασίας μπορούν να συμμετέχουν σε εκπαιδευτικά προγράμματα για ενήλικες τα οποία σχετίζονται με την απασχόληση, επαγγελματική κατάρτιση, συμπεριλαμβανομένων μαθημάτων κατάρτισης για την αναβάθμιση δεξιοτήτων, πρακτική εξάσκηση σε χώρους εργασίας και παροχή συμβουλών από υπηρεσίες απασχόλησης, υπό τους όρους που ισχύουν για τους Έλληνες πολίτες.

3. Για τους δικαιούχους διεθνούς προστασίας εφαρμόζονται οι ισχύουσες διατάξεις σχετικά με την αμοιβή, την πρόσβαση στο σύστημα κοινωνικής ασφάλισης, όσον αφορά τη μισθωτή ή ανεξάρτητη δραστηριότητα, καθώς και τους όρους εργασίας.“ (Gesetz 4636/2019, 1. November 2019, Art. 27)

„Άρθρο 28

(Άρθρο 27 Οδηγίας 2011/95/ΕΕ) Πρόσβαση στην εκπαίδευση

Κάθε ανήλικος στον οποίο έχει χορηγηθεί καθεστώς διεθνούς προστασίας, υποχρεούται να εντάσσεται στις μονάδες παροχής πρωτοβάθμιας και δευτεροβάθμιας υποχρεωτικής εκπαίδευσης του δημόσιου εκπαιδευτικού συστήματος με τους όρους που ισχύουν για τους Έλληνες πολίτες. Σε περίπτωση παραβίασης της υποχρέωσης αυτής επιβάλλονται σε βάρος των ενήλικων μελών της οικογένειας του ανηλίκου, οι κατά τις κείμενες διατάξεις, κυρώσεις που προβλέπονται και για τους Έλληνες πολίτες.“ (Gesetz 4636/2019, 1. November 2019, Artikel 28)

„Άρθρο 31

(Άρθρο 30 Οδηγίας 2011/95/ΕΕ)

Ιατρική περίθαλψη

1. Οι δικαιούχοι διεθνούς προστασίας έχουν πρόσβαση σε ιατρική περίθαλψη, με τους όρους που ισχύουν για τους Έλληνες πολίτες.

2. Στους δικαιούχους διεθνούς προστασίας που έχουν ιδιαίτερες ανάγκες και ιδίως τις εγκύους, τα άτομα με αναπηρία, τα άτομα που έχουν υποστεί βασανιστήρια, βιασμό ή άλλες σοβαρές μορφές ψυχολογικής, σωματικής ή σεξουαλικής βίας ή τους ανηλίκους που υπήρξαν θύματα οποιασδήποτε μορφής κακομεταχείρισης, παραμέλησης, εκμετάλλευσης, βασανιστηρίων, βάνανσης, απάνθρωπης ή εξευτελιστικής μεταχείρισης ή που έχουν υποφέρει εξαιτίας ενόπλων συγκρούσεων, παρέχεται επαρκής ιατρική περίθαλψη, συμπεριλαμβανομένης της θεραπείας για νοητική και ψυχική αναπηρία όπου απαιτείται, με τους όρους που ισχύουν για τους Έλληνες πολίτες.“ (Gesetz 4636/2019, 1. November 2019, Art. 31)

“Άρθρο 55

(Άρθρα 17 και 19 Οδηγίας 2013/33/ΕΕ)

Γενικοί κανόνες για τις υλικές συνθήκες υποδοχής και την ιατροφαρμακευτική περίθαλψη

1. Η αρμόδια Αρχή υποδοχής, σε συνεργασία με τους κατά περίπτωση αρμόδιους κρατικούς φορείς, διεθνείς οργανισμούς και πιστοποιημένους κοινωνικούς φορείς, μεριμνά για την παροχή στους αιτούντες υλικών συνθηκών υποδοχής, μέσω εθνικών, ενωσιακών ή άλλων πόρων. Οι υλικές συνθήκες υποδοχής, μπορεί να παρέχονται σε είδος ή υπό τη μορφή οικονομικού βοηθήματος και εξασφαλίζουν στους αιτούντες ένα επαρκές βιοτικό επίπεδο, το οποίο εγγυάται τη συντήρησή τους και προστατεύει τη σωματική και ψυχική τους υγεία, με γνώμονα το σεβασμό στην ανθρώπινη αξιοπρέπεια. Το ίδιο βιοτικό επίπεδο εξασφαλίζεται και στην περίπτωση των αιτούντων, που τελούν υπό κράτηση. Ιδιαίτερη μέριμνα λαμβάνεται στην περίπτωση των ευάλωτων προσώπων, σύμφωνα με την παράγραφο 1 του άρθρου 58 του παρόντος.

2. Για τις ανάγκες ιατροφαρμακευτικής περίθαλψης, πρόσβασης στις υπηρεσίες υγείας, στην αγορά εργασίας και στην κοινωνική ασφάλιση, αποδίδεται στους αιτούντες διεθνή προστασία, Προσωρινός Αριθμός Ασφάλισης και Υγειονομικής Περίθαλψης Αλλοδαπού (Π.Α.Α.Υ.Π.Α.). Ο Π.Α.Α.Υ.Π.Α. χορηγείται ταυτόχρονα με τον αριθμό που αναγράφεται στο ειδικό δελτίο αιτήσαντος ασύλου, που εκδίδεται από την Υπηρεσία Ασύλου, αντιστοιχείται με αυτόν και παραμένει ενεργός καθ' όλη τη διάρκεια εξέτασης της αίτησης ασύλου. Ο κάτοχος του Π.Α.Α.Υ.Π.Α. έχει πρόσβαση στις υπηρεσίες υγείας βάσει των προβλεπόμενων στο άρθρο 33 του ν. 4368/2016 (Α' 21). Σε περίπτωση απόρριψης της αιτήσεως ασύλου για οποιονδήποτε από τους λόγους που αναφέρονται στον παρόντα νόμο και η οποία δεν έχει ανασταλτικό χαρακτήρα, ο Π.Α.Α.Υ.Π.Α. απενεργοποιείται αυτόματα και ο δικαιούχος παύει να έχει πρόσβαση στις ανωτέρω υπηρεσίες. Κάθε λεπτομέρεια για την εφαρμογή των διατάξεων της παρούσας ορίζεται με κοινή απόφαση των Υπουργών Εργασίας και Κοινωνικών Υποθέσεων, Ψηφιακής Διακυβέρνησης, Προστασίας του Πολίτη, Υγείας και Παιδείας και Θρησκευμάτων." (Gesetz 4636/2019, 1. November 2019, Art. 55)

„Άρθρο 114

1. Προκειμένου να αντιμετωπιστούν οι έκτακτες ανάγκες υποδοχής, που προκύπτουν από την είσοδο και παραμονή στη χώρα, στις περιπτώσεις μαζικών αφίξεων ή κατακόρυφης αύξησης των ροών προσώπων που αιτούνται διεθνή προστασία, από τη δημοσίευση του παρόντος νόμου και εντός προθεσμίας έξι (6) μηνών, οι αναγνωρισμένοι κατά τις διατάξεις του παρόντος πρόσφυγες και δικαιούχοι επικουρικής προστασίας, υποχρεούνται να αποχωρήσουν αμελλητί από τις Ανοικτές Δομές Υποδοχής και Φιλοξενίας. Από την υποχρέωση αυτή εξαιρούνται οι ασυνόδευτοι ανήλικοι.

2. Για την υποχρέωσή τους αυτή, ενημερώνονται σε γλώσσα που κατανοούν, τους παρέχεται δε κάθε συνδρομή από τις Εθνικές Αρχές αλλά και από την Ύπατη Αρμοστεία και άλλους φορείς, προκειμένου να διευκολυνθούν κατά την αποχώρησή τους αλλά και τη μετάβασή τους είτε σε τόπους που επιλέγουν οι ίδιοι είτε σε τόπους που προτείνονται από τις εθνικές αρχές." (Gesetz 4636/2019, 1. November 2019, Art. 114)

- Gesetz 4659/2020, Επίδομα γέννησης και λοιπές διατάξεις [Geburtsbeihilfe und andere Bestimmungen], kundgemacht am 3. Februar 2020
https://www.kodiko.gr/nomologia/download_fek?f=fek/2020/a/fek_a_21_2020.pdf&t=29fba2e314ed7b312a98f4f8760ea4ef

„Άρθρο 7

Κατηγορίες δικαιούχων

1. Το επίδομα γέννησης χορηγείται για παιδιά που γεννιούνται στην Ελλάδα, εφόσον η μητέρα τους ή, εφόσον συντρέχει η περίπτωση του δευτέρου εδαφίου της παραγράφου 2 του άρθρου 1, ο πατέρας τους ή το έτερο πρόσωπο, που ασκεί την επιμέλειά τους, διαμένει νόμιμα και μόνιμα στην Ελληνική Επικράτεια και έχει την ιδιότητα:

α) Έλληνα πολίτη, β) ομογενούς αλλοδαπού που διαθέτει Ειδικό Δελτίο Ταυτότητας Ομογενούς, γ) πολίτη κράτους – μέλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης, δ) πολίτη κράτους που ανήκει στον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο, ή πολίτη της Ελβετικής Συνομοσπονδίας, ε) πολίτη τρίτης χώρας, ο οποίος διαμένει μόνιμα στην Ελλάδα τα τελευταία δώδεκα (12) έτη πριν από το έτος γέννησης του παιδιού. Κατ' εξαίρεση, για παιδιά που γεννιούνται στην Ελλάδα κατά τα έτη 2020, 2021, 2022 και 2023 το επίδομα χορηγείται εφόσον η μητέρα τους, ως πολίτης τρίτης χώρας της παρούσας περίπτωσης, διαμένει μόνιμα στην Ελληνική Επικράτεια από το έτος 2012 και εντεύθεν.

2. Το επί δωδεκαετία μόνιμο της διαμονής στη χώρα των πολιτών τρίτων χωρών της περίπτωσης ε' της προηγούμενης παραγράφου αποδεικνύεται από την υποβολή δήλωσης φορολογίας εισοδήματος των δικαιούχων ή των συζύγων τους καθ' έκαστο φορολογικό έτος ή, εφόσον οι ίδιοι δεν ήταν υπόχρεοι φορολογικής δήλωσης, από τη φορολογική δήλωση, στην οποία εμφανίζονται ως εξαρτώμενα μέλη. Ως υποβολή δήλωσης φορολογίας εισοδήματος νοείται αυτή που έλαβε χώρα κατά τη διάρκεια του έτους, εντός του οποίου τασσόταν η προθεσμία για την υποβολή της και όχι η τυχόν, μετά τη λήξη του έτους, εντός του οποίου έχει ταχθεί η ανωτέρω προθεσμία, υποβολή δήλωσης φορολογίας εισοδήματος παρελθόντος φορολογικού έτους.“ (Gesetz 4659/2020, 3. Februar 2020, Artikel 7)

„Άρθρο 15

Τροποποίηση του άρθρου 214 του ν. 4512/2018

1. Η παράγραφος 11 του άρθρου 214 του ν. 4512/2018 (Α' 5) τροποποιείται ως εξής:

«11. Το επίδομα παιδιού χορηγείται στις ακόλουθες κατηγορίες προσώπων εφόσον, με εξαίρεση την περίπτωση η', διαμένουν νόμιμα και μόνιμα στην Ελληνική Επικράτεια τα τελευταία πέντε (5) έτη πριν από το έτος υποβολής της αίτησης, όπως αυτό προκύπτει από την υποβολή δηλώσεων φορολογίας εισοδήματος των ιδίων ή των συζύγων τους ή, εφόσον οι ίδιοι δεν ήταν υπόχρεοι φορολογικής δήλωσης, από τη φορολογική δήλωση, στην οποία εμφανίζονται ως εξαρτώμενα μέλη και τα εξαρτώμενα τέκνα τους βρίσκονται στην Ελλάδα:

α) Έλληνες πολίτες που διαμένουν μόνιμα στην Ελλάδα,

β) ομογενείς αλλοδαπούς που διαμένουν μόνιμα στην Ελλάδα και διαθέτουν Ειδικό Δελτίο Ταυτότητας Ομογενούς,

γ) πολίτες κρατών-μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης που διαμένουν μόνιμα στην Ελλάδα,

δ) πολίτες των χωρών που ανήκουν στον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο (και πολίτες της Συνομοσπονδίας της Ελβετίας) που διαμένουν μόνιμα στην Ελλάδα,

ε) υπηκόους τρίτων χωρών ή απάτριδες, στους οποίους έχει χορηγηθεί το καθεστώς πρόσφυγα ή το καθεστώς επικουρικής προστασίας, κατά την έννοια των περιπτώσεων στ' και η' του άρθρου 2 του ν. 4636/2019 (Α' 169),“ (Gesetz 4659/2020, 3. Februar 2020, Artikel 15)

„Άρθρο 17

Επίδομα στέγασης [...]

6. Κριτήριο για τη χορήγηση του επιδόματος είναι ο χρόνος διαμονής στην Ελληνική Επικράτεια. Ο δικαιούχος του επιδόματος πρέπει να διαμένει νόμιμα και μόνιμα στην Ελληνική Επικράτεια κατά τα τελευταία πέντε (5) έτη πριν από την υποβολή της αίτησης, όπως τούτο αποδεικνύεται από την υποβολή δηλώσεων φορολογίας εισοδήματος για τα έτη αυτά ή από κάθε άλλο πρόσφορο δικαιολογητικό. Ως υποβολή δήλωσης φορολογίας εισοδήματος νοείται αυτή που έλαβε χώρα κατά τη διάρκεια του έτους, εντός του οποίου τασσόταν η προθεσμία για την υποβολή της και όχι η τυχόν, μετά τη λήξη του έτους, εντός του οποίου έχει ταχθεί η ανωτέρω προθεσμία, υποβολή δήλωσης φορολογίας εισοδήματος παρελθόντος φορολογικού έτους. Τα υπόλοιπα μέλη του νοικοκυριού πρέπει επίσης να διαμένουν νόμιμα και μόνιμα στην Ελληνική Επικράτεια.” (Gesetz 4659/2020, 3. Februar 2020, Artikel 17)

- Gesetz 4674/2020, Στρατηγική αναπτυξιακή προοπτική των Οργανισμών Τοπικής Αυτοδιοίκησης, ρύθμιση ζητημάτων αρμοδιότητας Υπουργείου Εσωτερικών και άλλες διατάξεις [Strategische Entwicklungsperspektive der lokalen Selbstverwaltungsorganisationen, Regelung von Angelegenheiten im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums und andere Bestimmungen], kundgemacht am 11. März 2020 https://www.kodiko.gr/nomologia/download_fek?f=fek/2020/a/fek_a_53_2020.pdf&t=7b861edb88f0f8a2c83e4e6428b12f9c

„Άρθρο 111

Αποχώρηση αναγνωρισμένων δικαιούχων και διακοπή παροχών

Το άρθρο 114 του ν. 4636/2019 (Α' 169) αντικαθίσταται ως εξής:

«Άρθρο 114 1. Από την έκδοση της απόφασης αναγνώρισης παροχής καθεστώτος διεθνούς ή επικουρικής προστασίας διακόπτονται οι υλικές συνθήκες υποδοχής σε μορφή χρηματικού ποσού και σε είδος. Οι ως άνω δικαιούχοι που διαμένουν σε δομές φιλοξενίας, συμπεριλαμβανομένων ξενοδοχείων και διαμερισμάτων, υποχρεούνται να

αποχωρήσουν από αυτές, εντός προθεσμίας τριάντα (30) ημερών από την επίδοση σε αυτούς της απόφασης αναγνώρισης. Ειδικά για τους ασυνόδευτους ανήλικους, η ανωτέρω προθεσμία εκκινεί από την ενηλικίωσή τους.

Σε περίπτωση μη ανεύρεσης του δικαιούχου διεθνούς ή επικουρικής προστασίας, η επίδοση της απόφασης γίνεται στον προϊστάμενο του οικείου κέντρου, καταστήματος ή εγκατάστασης, ο οποίος μεριμνά για την άμεση επίδοσή της, όπως προβλέπεται στις παραγράφους 4 και 5 του άρθρου 82. Με το πέρας είκοσι τεσσάρων (24) ωρών από την επίδοση στον προϊστάμενο, εκκινεί η ανωτέρω προθεσμία των τριάντα (30) ημερών. Με απόφαση του Υπουργού Μετανάστευσης και Ασύλου καθορίζονται ειδικές κατηγορίες δικαιούχων για τις οποίες παρατείνεται η παροχή υλικών συνθηκών υποδοχής ή η προθεσμία αποχώρησης, όπως ιδίως για όσους πάσχουν από σοβαρή ασθένεια.

2. Για όσα ορίζονται στην παράγραφο 1 του παρόντος, οι δικαιούχοι ενημερώνονται σε γλώσσα που ευλόγως κατανοούν, τους παρέχεται δε κάθε συνδρομή όσον αφορά τη διερμηνεία στη γλώσσα που κατανοούν από τις Εθνικές Αρχές, καθώς και την Ύπατη Αρμοστεία του Οργανισμού Ηνωμένων Εθνών.»

- Government of Greece (Autor), veröffentlicht von CRC – UN Committee on the Rights of the Child: Combined fourth to sixth periodic reports submitted by Greece under article 44 of the Convention, due in 2017 [21 December 2018] [CRC/C/GRC/4-6], 5. März 2020
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2047783/G2005909.pdf>

„74. For the education of refugee and migrant children an emergency Action Plan was set up by the Ministry of Education in school year 2016-2017. Currently, in the Ministry of Education a Special Office for refugee education is in place, to deal with refugee education issues. The objective is to ensure the integration of refugee children in the Greek educational system, through psychosocial support after a preparatory, transitional period.

75. The Action plan is differentiated according to the age groups of children and is adapted to the special needs and conditions of children, taking into consideration the types of accommodation for refugee population. It is either “site-based”, in refugee Accommodation Centers, for people placed temporarily in temporary sites or “off-site”, for people residing in rented apartments, hotels or shelters (beneficiaries of the UNHCR accommodation scheme or other accommodations supported by NGOs and municipalities).

76. The Zones of Educational Priority (ZEP) have been introduced to offer special classes of Greek language to children needing support in Greek language (Roma, foreign children, Greek repatriates, refugees – migrants, vulnerable children, etc.) in real classroom environment. In general, alternative and flexible education approaches of differentiated teaching are provided, assuring equal integration in the educational system of pupils coming from countries/regions with low socioeconomic and education status. [...]

79. Children living in “off-site” accommodations, (in flats, hotels etc.) are attending morning classes of mainstream Greek public schools close to their residence, in Reception Classes, where supplementary teaching and tutorial support is being provided. Refugee

children also enroll to Schools of Intercultural Education, where special programmes are applied, emphasizing on intercultural communication and on the educational and cultural particularities of the students. [...] Moreover, refugee children can be enrolled in All-Day Schools with no requirements. Special teacher training, curricula, textbooks and other material have been designed to support refugee education.” (Government of Greece, 5. März 2020, S. 11)

- I Avgi: Προσφυγικό / Στην Αμυγδαλέζα οι άστεγοι πρόσφυγες της πλατείας Βικτωρίας [Die obdachlosen Flüchtlinge auf dem Victoria-Platz in Amygdaleza], 2. März 2021
https://www.avgi.gr/koinonia/380831_stin-amygdaleza-oi-astegoi-prosfyges-tis-plateias-biktorias

„Μια πρώτη απάντηση λάβαμε όπως φαίνεται μέσα στο σαββατοκύριακο, όταν 35 πρόσφυγες, όλοι οικογένειες από το Αφγανιστάν, βρέθηκαν στην πλατεία Βικτωρίας, μην ξέροντας πού να πάνε. Σύμφωνα με αστυνομικές πηγές, οι οικογένειες, 15 ενήλικοι και 19 παιδιά, έφτασαν στην Αθήνα από τη Θεσσαλονίκη ύστερα από έξωσή τους από ξενοδοχείο.

«Μπορούν να φύγουν»

Το απόγευμα της Κυριακής η αστυνομία πήγε στην πλατεία Βικτωρίας και τους μετέφερε στην Αμυγδαλέζα. Σύμφωνα με διευκρινίσεις από την αστυνομία στην ΑΥΓΗ, οι 35 πρόσφυγες δεν κρατούνται εκεί, βρίσκονται σε ξεχωριστό τομέα από τους κρατούμενους και τους προτάθηκε να τους μεταφέρουν εκεί ως μια εναλλακτική λύση για να μην μένουν στον δρόμο, ενώ μπορούν να αποχωρήσουν «όποιοι και όποτε θέλει».“ (I Avgi, 2. März 2021)

- IN: Ύπατη Αρμοστεία ΟΗΕ για πρόσφυγες: Δίκαιη απονομή ασύλου, όχι μόνο γρήγορη [UNHCR: Faires Asyl, nicht nur schnell], 6. Mai 2020
<https://www.in.gr/2020/05/06/greece/ypati-armosteia-oie-gia-prosfyges-dikaii-aponomi-asyλου-oxi-mono-grigori/?fbclid=IwAR3sVfC5d47qRvdJ1GRSrC5xpYUDz-W-d2rKJ2J8ua3w1UPCSutCJxoGyAl>

„Επίσης, τόνισε ότι πρέπει να δοθεί έμφαση στην ένταξή τους, καθώς τα περισσότερα σχετικά προγράμματα, όπως εκμάθησης της ελληνικής γλώσσας ή ένταξής τους στις κοινωνικές παροχές «δεν υλοποιούνται για την πλειοψηφία των προσφύγων».“ (IN, 6. Mai 2020)

- InfoMigrants: Why thousands of refugees in Greece face eviction — and where they can turn, 9. Juni 2020
<https://www.infomigrants.net/en/post/25209/why-thousands-of-refugees-in-greece-face-eviction-and-where-they-can-turn>

„In Greece, over 11,000 refugees could soon be evicted. They have been living in reception facilities for asylum seekers where they are no longer allowed to stay. [...] Theoretically, officially recognized refugees should have access to most of the social services that Greek nationals have. They are also allowed to work. But in practice, the transition out of the asylum reception system is incredibly difficult for many.” (InfoMigrants, 9. Juni 2020)

- InfoMigrants: Victoria Square: 'Greece and Europe have failed, together', 30. Oktober 2020
<https://www.infomigrants.net/en/post/28213/victoria-square-greece-and-europe-have-failed-together>

„Refugees in Greece can't access employment or social services until they have a tax number. To obtain this they need proof of residence, which they can't get if they are homeless. [...] Some of the people who were moved from Victoria Square to reception centers and camps were issued certificates to say that they had been there, so that they could get tax numbers – however many missed out.” (InfoMigrants, 30. Oktober 2020)

- IOM Griechenland: Hellenic Integration Support for Beneficiaries of International Protection (HELIOS), ohne Datum
<https://greece.iom.int/en/hellenic-integration-support-beneficiaries-international-protection-helios>

„**Duration:** June 2019 – August 2021

Description: In close collaboration with national authorities and experienced Partners, through the HELIOS project IOM aims at promoting the integration of beneficiaries of international protection currently residing in temporary accommodation schemes into the Greek society, through the following components:

Integration Courses: Conduction of Integration Courses within Integration Learning Centres set-up across Greece. Each course cycle lasts for 6 months and consists of modules on Greek language learning, cultural orientation, job readiness and life skills.

Accommodation support: Supporting beneficiaries towards independent accommodation in apartments rented on their name, including by providing contributions to rental and move-in costs and networking with apartment owners.

Employability support: Provision of individual employability and job readiness support, including through job counseling, access to job-related certifications and networking with private employers.

Integration monitoring: Regular assessment of the integration progress of the beneficiaries to ensure that they will be in a position to confidently navigate through Greek public service providers once they will exit from the HELIOS project and start living independently in Greece.

Sensitization of the host community: Organization of workshops, activities and events and production of a nationwide media campaign to create exchange occasions between the hosting and the hosted communities, highlighting the value of the integration of migrants into the Greek society.

Objective:

The objective of the project is two-folds:

Increasing beneficiaries' prospects towards self-reliance and supporting them in becoming active members of the Greek society, and;

Establishing an integration mechanism for beneficiaries of international protection, resulting to a rotation mechanism for the current Greek temporary accommodation system.

Target group: The target group of the HELIOS project consists of beneficiaries of international protection recognized after 01/01/2018." (IOM Griechenland, ohne Datum)

- IOM Griechenland: HELIOS: Hellenic Integration Support for Beneficiaries of International Protection, Project Regulation Handbook, 15. Februar 2021
https://greece.iom.int/sites/greece/files/Project%20Regulations%20Handbook_ENGLISH_February%202021_0.pdf

„PROJECT DURATION: 1 JUNE 2019 – 30 JUNE 2021 [...]

The continuation of the service provision beyond 30 June 2021 is subject to funding continuation." (IOM Griechenland, 15. Februar 2021, S. 2)

„ELIGIBILITY CRITERIA

In order to enroll in the HELIOS project, beneficiaries must meet ALL the following criteria:

Be a beneficiary of international protection (recognized refugee or beneficiary of subsidiary protection)

Have been recognized as beneficiary of international protection after 01/01/2018;

Be officially registered and reside in an Open Accommodation Center, Reception and Identification Center (RIC), a hotel of the IOM FILOXENIA project or in an apartment of the ESTIA program at the moment of the notification of the decision granting international protection.

ENROLLMENT

In order to enroll in HELIOS, beneficiaries must sign the Declaration of Participation in the HELIOS project, which states that they understand and accept the rights and obligations resulting from their enrollment in the project. The signature of the Declaration of Participation initiates the enrolment of beneficiaries in the project.

All adult members of each household need to sign the Declaration of Participation. In the framework of the HELIOS project, households are understood as follows: • Adults (18 years of age and above) living alone; • Any members of a nuclear family living together. A nuclear family consists of (a) parent(s) and the dependent children, all living together; second-degree relatives such as aunts, uncles, cousins, nieces, nephews and others are not considered part of a nuclear family. In case of a nuclear family with adult dependents, the latter are to be enrolled in HELIOS separately and as one distinct household; this further includes their spouse and children, if applicable.

Beneficiaries eligible to be enrolled in the HELIOS project are invited to attend information sessions where they have the opportunity to learn more about the project and, should they wish to enroll in it, sign the Declaration of Participation. The information sessions take place on a regular basis in all Open Accommodation Centers, RICs, in the Integration Learning Centers (ILCs) that are operating in the framework of HELIOS and in additional locations that are communicated to the beneficiaries by HELIOS staff upon need.

IMPORTANT! DEADLINE OF ENROLMENT: Beneficiaries notified of the decision granting them international protection until 31/12/2019 can enroll in the project no later than 31/12/2020. Beneficiaries notified of the decision granting them international protection after 01/01/2020 can enroll in the project within 12 months counting from the notification of their recognition – and subject to the duration of the project. For example, for a beneficiary notified of recognition on 11 February 2020, the enrolment deadline is set at 11 February 2021.

SERVICES OFFERED UNDER HELIOS

Beneficiaries of the HELIOS project receive information, assistance, and financial support aiming at supporting and promoting independent living. Specifically, HELIOS beneficiaries are offered support to find an apartment and enter into a lease agreement in their name directly with the apartment owner. This process is facilitated through:

- Specialized workshops and one-to-one sessions which provide information about the procedures and requirements for renting an apartment in Greece;
- Interpretation during apartment visits or translation of housing-related documents;
- Facilitation of contacts with apartment owners interested in renting their apartment;
- Matching with other beneficiaries interested in sharing an apartment;
- Transportation of beneficiaries and their belongings when moving to the newly-leased apartment.

The duration of each lease is a matter of agreement between the beneficiary and the apartment owner (e.g. the lease agreement can have a duration of one, two or three years or any duration agreed between the parties), yet only lease agreements with a duration of more than six (6) months will be accepted in the framework of the project. In addition, the duration of the lease agreement should cover all the period for which the beneficiary is entitled to receive HELIOS rental subsidies. HELIOS beneficiaries have the possibility and are strongly encouraged to consider cohabitation so as to share the cost of the rent and all related expenses with friends or relatives. In order to receive rental subsidies, an adult member of each household needs to electronically accept the lease agreement in TaxisNet clearly stating his/her name.

Beneficiaries who have received or are receiving rental subsidies from other projects cannot receive rental subsidies under HELIOS.

Upon entering into a lease agreement in their name, beneficiaries receive rental subsidies which are paid on their personal Greek bank account. The amounts of the rental subsidies are provided according to the size of each household and consist of:

- A contribution to start-up of independent living, foreseen to contribute to the payment of the rental guarantee and the first settling-in expenses (e.g. purchase of household equipment, furniture).
- A contribution to the rental costs, paid on a monthly basis to contribute towards the costs of renting a house and the expenses associated to basic utility costs.

The initial disbursement consists of the contribution to start-up of independent living and the first monthly contribution to the rental costs and is disbursed in two instalments according to Table 1 below, where also the amounts of the contribution to the rental costs are presented.

Table 1

HOUSEHOLD SIZE	First installment of the initial disbursement <small>(consists of partial amount of Contribution to Start-up of Independent Living)</small>	Second installment of the initial disbursement <small>(consists of remaining amount of Contribution to Start-up of Independent Living plus first month of Contribution to Rental Costs)</small>	Contribution to Rental Costs <small>provided after the initial disbursement (month 2 and onwards)</small>
	Released upon submission of lease agreement and other documents <small>(see below)</small>	Released upon confirmation of exit from Reception System and proof of payment of the first rent	Released monthly upon proof of payment of rental costs
1	301 €	301 €	162 €
2	569,5 €	569,5 €	309 €
3	688 €	688 €	396 €
4 to 5	838 €	838 €	504 €
6+	1.060 €	1.060 €	630 €

Beneficiaries are entitled to a minimum of 6 months and a maximum of 12 months of rental subsidies. The calculation of the subsidies is based on the date of notification of the decision granting international protection and the date of submission of the necessary documents. In other words, the sooner a beneficiary submits all the necessary documents, the more months of rental subsidies he/she will receive. Beneficiaries who submit the documentation after the sixth month from the date of notification will be entitled to six months of rental subsidies.

[...] In order to receive the first installment of the of the initial disbursement of the HELIOS rental subsidies, beneficiaries must meet ALL the following preconditions:

1. Be enrolled in HELIOS by having signed the Declaration of Participation;
2. Provide HELIOS staff with:
 - a. Proof of the Taxisnet submission of rental contract in the portal of AADE, accepted by all parties – lease agreements with a duration of less than six (6) months will not be accepted, nor will lease agreements with initiation date of more than 2 months prior to the beneficiary’s enrollment in HELIOS;
 - b. For each of the household members, a document proving their status as beneficiaries of international protection – namely the Asylum Seeker’s Card stamped with ‘Pending Issuance of Residence Permit’, or the Greek Residence Permit;
 - c. A document presenting the details of the personal Greek bank account of the beneficiary to which the rental subsidies will be transferred – this must clearly indicate the IBAN number and the name of the adult member of the family on whose name the lease agreement is contracted. The rental subsidy cannot be transferred to the card where beneficiaries receive the ESTIA cash assistance for basic needs;
 - d. A banking printout verifying the landlord’s IBAN account.

IMPORTANT: AS SOON AS BENEFICIARIES RECEIVE THE FIRST INSTALLMENT OF THE INITIAL DISBURSEMENT OF THE RENTAL SUBSIDIES, THEY MUST IMMEDIATELY LEAVE THEIR PREVIOUS ACCOMMODATION PLACE AND TRANSFER TO THE APARTMENT IDENTIFIED UNDER HELIOS, OTHERWISE ALL HELIOS SERVICES WILL BE DISCONTINUED AND THE BENEFICIARY WILL BE DE-REGISTERED FROM THE PROJECT WITH NO RIGHT TO RE-ENROLL.

The second instalment of the initial disbursement of the HELIOS rental subsidies is released upon:

1. Confirmation of timely exit from Reception accommodation (Exit Certificate issued from the competent actor and submitted by the beneficiary to HELIOS staff/helpline);
2. Submission of a bank receipt proving the transaction/credit to the landlord's IBAN account for the first monthly rent.

In order to receive each monthly disbursement, beneficiaries must:

1. Provide on a monthly basis HELIOS staff with proofs that payment for the monthly rent was executed to the declared IBAN of the landlord. Documents that will be accepted as proofs of payment are: a. certified confirmation of bank transaction printed upon the beneficiary's request from an officer at a banking branch clearly indicating rental contractual details (beneficiary name, name of landlord, contract number), b. electronic payment confirmation printed by the beneficiary, clearly indicating rental contractual details (beneficiary name, name of landlord, contract number) in the 'notes' field of the online transaction.
2. Attend regularly the mandatory integration courses without exceeding the limit of permitted absences, if requested.

Should beneficiaries fail to timely provide HELIOS staff with proofs of payment for the monthly rent, they automatically lose the entitlement to receive rental subsidies from that moment onwards.

IMPORTANT: PAYMENTS TO THE LANDLORDS IN CASH ARE NOT ACCEPTED. (IOM Griechenland, 15. Februar 2021, S. 2-5)

"PROVISION OF INTEGRATION COURSES

In the framework of the HELIOS project, integration courses are offered in Integration Learning Centers (ILCs) operating across mainland Greece and Crete island. Each course cycle consists of 360 teaching hours for a period of approximately six (6) months, during which beneficiaries attend three (3) hours of classes per day, five (5) days a week. The integration courses are available to all beneficiaries enrolled in HELIOS and of at least 16 years of age, and they are mandatory for beneficiaries receiving rental subsidies.

In order for each household to organize their schedule and childcare according to their needs, the Integration Learning Centers offer courses in up to three (3) shifts of classes per day and have a Recreational Space for Children (RSC) to host children aged 2 to 6/7 years old while the parents attend the courses.

Specifically, the integration courses consist of the following Modules:

- Greek Language Module: For a total of 280 hours, beneficiaries are exposed to the basics of the Greek language by experienced educators without the presence of interpreters. The classes are established taking into consideration the literacy rate of the beneficiaries.
- Soft Skills Module: For a total of 80 hours, beneficiaries attend courses related to Cultural Orientation, Life Skills and Job Readiness by experienced teachers alongside cultural mediators. Outdoor activities are also carried out (e.g. visits to museums) as part of the courses, so as for beneficiaries to have the opportunity to practice their newly acquired skills. In particular, this Module consists of the following components:
 - o Cultural Orientation: Notions concerning Greek culture, history, tradition and contemporary customs;
 - o Life Skills: Classes dedicated to improving the communication and collaboration with others; personal and social responsibility; practical matters necessary for the beneficiaries' everyday life in Greece (e.g. how to use public transport, how to open a bank account, which public service to refer to for any needed matter);
 - o Job Readiness: Information on job search from different sources, such as the Manpower and Employment Agency (OAED), the Internet, through networking or in the newspaper; practical matters on preparing for a job application (e.g. drafting a resume, attending a job interview); soft skills on oral communication, problem-solving, teamwork and interpersonal skills. [...]

The attendance to the courses is mandatory for all beneficiaries receiving rental subsidies, unless they fall into one of the following categories for which the attendance to the courses is optional: 1. Women in a state of pregnancy over 7 months and mothers up to 6 months postnatal; 2. Beneficiaries with disabilities or incurable/serious disease; 3. Beneficiaries over 65 years old; 4. Beneficiaries having identified through the HELIOS project an apartment whose location prevents access to the integration courses (e.g. the time of travel needed to reach the Integration Learning Center is more than 1 hour and/or there is no public transport). The feasibility to attend the courses is determined upon assessment of HELIOS staff; 5. Beneficiaries attending a formal education program (e.g. public school, university). Beneficiaries unable to attend courses in person at the ILCs have the possibility to attend them via a distance learning platform.

Beneficiaries receiving rental subsidies need to present themselves in the Integration Learning Centers so as to enroll in the integration courses within 10 working days the latest, counting from the day when the second installment of the first disbursement was received. Should beneficiaries not comply with this requirement, they are automatically excluded from all the benefits of the HELIOS project.

Upon beneficiaries presenting themselves at an Integration Learning Center, they are requested to undertake a placement test to define the class level they are to be enrolled in and receive specific information about the available classes. Beneficiaries are entitled to justified and unjustified absences throughout the implementation of the integration courses. Specifically, beneficiaries can abstain from courses for a total of 72 hours (no more than 36 unjustified absences) throughout the duration of 6 months. However, within one calendar month, beneficiaries must not exceed 6 hours of unjustified absences. Justified absences are defined as absences linked to exceptional private matters, such as health,

appointments with the Greek public services and job-related issues.” (IOM Griechenland, 15. Februar 2021, S. 5-6)

„JOB COUNSELLING SESSIONS AND OTHER EMPLOYABILITY-RELATED ACTIVITIES

Beneficiaries enrolled in the HELIOS project have the opportunity to benefit from employability support in order to become familiar with the Greek labor market and job research modalities and, in parallel, acquire increased awareness of their professional profile. In this framework, HELIOS beneficiaries are offered five (5) individual job counselling sessions of a duration of one (1) hour each with job counsellors who help them develop a career plan by assessing their interests and abilities and by guiding them through resources on career information and job search. Upon need, beneficiaries are also informed on the possibilities available to them so as to widen their educational profile.

The individual job counselling sessions take place in the Integration Learning Centers and are mandatory in order to benefit from further employability-related activities. As a matter of fact, beneficiaries with relevant education and/or experience have the opportunity to access official certifications (e.g. professional driving licenses, ECDL certifications, foreign language certifications) in order to increase their employment potential. Any costs related to the official certifications and to any other documentation needed for employability purposes (e.g. official translation of documents, urgent medical exams) are covered by the HELIOS project upon assessment of HELIOS staff. The eligibility of each beneficiary is assessed in the job counselling sessions, the attendance of which is a prerequisite in order to have access to this service.

In order to benefit from employability-related activities, beneficiaries must meet ALL the following preconditions: 1. Be enrolled in HELIOS by having signed the Declaration of Participation; 2. Regularly attend the integration courses or have been exempted from mandatory attendance.” (IOM Griechenland, 15. Februar 2021, S. 7)

- Karzi, Vasiliki, Theodoridis, Anthanasios & Tselepi, Naya: Best Integration Practices in Greece. In: Newcomer Integration in Europe. Best Practice and Innovation since 2015 (Hg: Lace, Agnese), 2018, S. 25-38

https://www.feps-europe.eu/attachments/publications/integration_web.pdf

„Apart from providing access to education for children located in the camps, refugee and migrant children who live in apartments or other premises in urban areas, were allowed to attend morning “Reception Classes”, which are part of the formal educational system and are for pupils with limited knowledge of the Greek language. Such classes have been in operation in certain public-school units since 2010 and are located in areas characterised as Zones of Educational Priority (ZEP).” (Karzi/Theodoridis/Tselepi, 2018, S. 28)

- Minister für Migration & Asyl: Response Letter to the Vice-President of the European Commission and the European Commissioner for Home Affairs, 4. Juni 2021 (verfügbar über politico.eu)

<https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2021/06/06/20210604-YMA-Ministers.pdf>

„I need to underline from the outset that, clearly, the situation described in the letter is not one of secondary flows of asylum seekers, as provided in the framework of the Dublin III Regulation. It is about the mobility of persons that have been granted a legal refugee status by an EU Member State on the basis of its obligations under the 1951 Geneva Convention and the EU acquis. It is to be stressed that Greece is fully compliant with its obligations regarding border control, registration of irregular arrivals, reception, asylum process and integration programs. And we are not responsible for any ‘irregular’ secondary flows, as we ensure that only passengers with appropriate travel documents can travel out of Greece. [...]

Second, my esteemed colleagues speak of a ‘flagrant abuse of refugee travel documents’ and of a need to put an end to it. However, issuing travel documents to recognized refugees is an obligation on the state of refuge under the 1951 Geneva Convention, as well as the European asylum acquis. The freedom to travel within the Schengen area for 90 days is also clearly regulated in the acquis. If we are taking fundamental rights seriously, there is very little space for measures restrictive of refugees’ right to a travel document. The problem -it seems- is not the document or the freedom of movement; the problem lies in structural imbalances between Member States as regards the prospects of integration and the level of benefits associated therewith, as well as the prospects of access to the labor market considering the persisting high unemployment rate in Greece. We wonder whether the solution to the situation described in the letter is more mobility, as it were, as opposed to less. If we want to create a system based on solidarity, then the right to mobility of refugees would be the way forth. Third, it is imperative that any solutions operate based on parity. First and foremost, any material or pecuniary assistance/benefit to recognized refugees cannot exceed the assistance/benefits available to Greek and EU citizens. Second, integration programs are available to all, and should not discriminate between refugees present in Greece and refugees readmitted from EU Member States, as these could spark movement by beneficiaries. Overall, Greece cannot be asked to offer more than what it can afford or to offer more than what it would be fair of it to offer in the context of our European asylum system. We had however, since 2010, to restrict our welfare state provisions, in line with our commitment to the European Commission, ECB, IMF and the Member-States who supported the financial assistance programs to Greece. We are still under surveillance and rules apply which restrict our ability to offer more services to all Greek and non-Greek residents.” (Minister für Migration & Asyl, 4. Juni 2021, S. 2-4)

- Ministerialerlass 25132/2016, Ρυθμίσεις για τη διασφάλιση της πρόσβασης των ανασφάλιστων στο Δημόσιο Σύστημα Υγείας [Maßnahmen zur Sicherung des Zugangs Nichtversicherter zum öffentlichen Gesundheitssystem], kundgemacht am 4. April 2016 (verfügbar über e-nomothesia)

<https://www.kodiko.gr/nomothesia/document/580973>

„Άρθρο 1

Παροχή Υπηρεσιών Υγείας στους ανασφάλιστους και τις ευάλωτες κοινωνικές ομάδες

1. Με την παρούσα απόφαση καθορίζονται οι όροι, οι προϋποθέσεις και η διαδικασία ελεύθερης και ανεμπόδιστης πρόσβασης στις Δημόσιες Δομές Υγείας της παρ. 1 του άρθρου 33 του Ν. 4368/2016 (Α' 21) καθώς και παροχής νοσηλευτικής και ιατροφαρμακευτικής περίθαλψης στους ανασφάλιστους (μη άμεσα ή μη έμμεσα ασφαλισμένοι σε οποιοδήποτε ασφαλιστικό φορέα, όσοι έχουν απολέσει τις ασφαλιστικές τους καλύψεις και δεν δικαιούνται παροχών υγείας λόγω οφειλών προς τα ασφαλιστικά ταμεία) και τις ευάλωτες κοινωνικές ομάδες της χώρας, όπως οι δικαιούχοι αυτοί προσδιορίζονται και κατηγοριοποιούνται στην παρ. 2 του άρθρου 33 του Ν. 4368/2016 (Α' 21). [...]

2.α. Η ιατρική περίθαλψη, συμπεριλαμβανόμενων σε αυτήν των εκάστοτε απαιτούμενων κλινικοεργαστηριακών και λοιπών εξετάσεων, των δικαιούχων της παραγράφου 1 του παρόντος παρέχεται σ' αυτούς μέσω των αντίστοιχων ιατρείων και εργαστηρίων όλων των νοσοκομείων του ΕΣΥ, των νοσηλευτικών ιδρυμάτων και των Ν.Π.Ι.Δ. που εποπτεύονται και επιχορηγούνται από το Υπουργείο Υγείας, των Μονάδων Ψυχικής Υγείας του Ν. 2716/1999 (Α' 96), των Μονάδων Πρωτοβάθμιας Φροντίδας Υγείας του ΕΣΥ, των πανεπιστημιακών νοσοκομείων, των δημοτικών ιατρείων καθώς και των ιδρυμάτων αποκατάστασης και κοινωνικής φροντίδας που εποπτεύονται από το Υπουργείο Εργασίας, Κοινωνικής Ασφάλισης και Κοινωνικής Αλληλεγγύης.

β. Η νοσηλευτική περίθαλψη των δικαιούχων της παραγράφου 1 του παρόντος παρέχεται σ' αυτούς μέσω των νοσοκομείων και των λοιπών φορέων παροχής υπηρεσιών υγείας της παραγράφου 2 του παρόντος.

γ. Η φαρμακευτική περίθαλψη των δικαιούχων της παραγράφου 1 του παρόντος παρέχεται σ' αυτούς, κατόπιν αντίστοιχης ιατρικής συνταγής, από τα ιδιωτικά φαρμακεία που είναι συμβεβλημένα με τον ΕΟΠΥΥ, με εξαίρεση τα φάρμακα υψηλού κόστους, που εμπίπτουν στο πλαίσιο της παρ. 2 του άρθρου 12 του Ν. 3816/2010 (Α' 6), τα οποία παρέχονται αποκλειστικά από τα φαρμακεία των νοσοκομείων και τα φαρμακεία του ΕΟΠΥΥ. [...]

Άρθρο 2

Πιστοποίηση ασφαλιστικής ικανότητας

Οι δικαιούχοι του άρθρου 33 του Ν. 4368/2016 (Α' 21) προκειμένου να έχουν πρόσβαση στις παροχές της παρούσας, πρέπει να κατέχουν ή να αποκτούν, εφόσον δεν κατέχουν, Αριθμό Μητρώου Κοινωνικής Ασφάλισης (ΑΜΚΑ). Με τη χρήση του ΑΜΚΑ, μέσω του ηλεκτρονικού συστήματος της «ΗΔΙΚΑ Α.Ε.», πραγματοποιείται η πιστοποίηση της ασφαλιστικής ή μη ικανότητας και κάλυψης αυτών και των μελών της οικογενείας τους (σύζυγος και ανήλικα ή προστατευόμενα τέκνα) καθώς και κάθε τυχόν μεταβολή της.

Δεν απαιτείται η κατοχή ΑΜΚΑ για όσους από τους δικαιούχους των κατηγοριών της περίπτωσης γ του άρθρου 33 του Ν. 4368/2016 (Α' 21) δεν δύνανται να εκδώσουν ή να προσκομίσουν τα απαραίτητα κατά το νόμο δικαιολογητικά για την απόδοση ΑΜΚΑ.

Άρθρο 3

Πρόσβαση ευάλωτων κοινωνικών ομάδων στο Δημόσιο Σύστημα και τις παροχές Υγείας

1. Τα πρόσωπα των κατηγοριών της περίπτωσης γ της παραγράφου 2 του άρθρου 33 του Ν. 4368/2016 (Α' 21), τα οποία δεν διαθέτουν και αδυνατούν να εκδώσουν ΑΜΚΑ, όπως ορίζεται στη δεύτερη παράγραφο του άρθρου 2 της παρούσας, δικαιούνται του συνόλου των παροχών της παρούσας, με την κατοχή και επίδειξη της Κάρτας Υγειονομικής Περίθαλψης Αλλοδαπού (Κ.Υ.Π.Α.). Η Κ.Υ.Π.Α. χορηγείται στους δικαιούχους από τα Γραφεία Προστασίας Δικαιωμάτων Ληπτών Υπηρεσιών Υγείας ή από τις Κοινωνικές Υπηρεσίες των Δημόσιων Δομών Υγείας της παραγράφου 1 του άρθρου 33 Ν. 4368/2016 (Α' 21). Η διάρκεια ισχύος της Κ.Υ.Π.Α. είναι έξι (6) μήνες από την ημερομηνία έκδοσής της, εκτός από την Κ.Υ.Π.Α. των δικαιούχων γυναικών σε κατάσταση εγκυμοσύνης, η οποία ισχύει για ένα έτος. Η προμήθεια Καρτών Υ.Π.Α. θα γίνεται από το Εθνικό Τυπογραφείο και θα διανέμεται στις αρμόδιες για την χορήγησή τους υπηρεσίες μέσω των οικείων Υγειονομικών Περιφερειών.

Ειδικά για τα πρόσωπα των κατηγοριών ix, x, xi και xii της περίπτωσης γ' της παραγράφου 2 του άρθρου 33 του ν. 4368/2016 (Α' 21), μέχρι να αποκτήσουν το δικαίωμα στην εργασία, σύμφωνα με την κείμενη νομοθεσία, τα οποία δεν διαθέτουν και αδυνατούν να αποκτήσουν ΑΜΚΑ, σύμφωνα με τη δεύτερη παράγραφο του άρθρου 2 της παρούσας, δικαιούνται του συνόλου των παροχών της παρούσας, με την κατοχή Προσωρινού Αριθμού Ασφάλισης και Υγειονομικής Περίθαλψης Αλλοδαπού (Π.Α.Α.Υ.Π.Α.). Στα πρόσωπα των ως άνω κατηγοριών ix, x, xi και xii ο Π.Α.Α.Υ.Π.Α. χορηγείται στους δικαιούχους και από τα Περιφερειακά Γραφεία Ασύλου και τα Αυτοτελή Κλιμάκια Ασύλου με διάρκεια ισχύος αντίστοιχη με τη διάρκεια ισχύος των δελτίων τους, εκτός από τον Π.Α.Α.Υ.Π.Α. των δικαιούχων γυναικών σε κατάσταση εγκυμοσύνης, η οποία ισχύει για ένα έτος. Ο Π.Α.Α.Υ.Π.Α. ανανεώνεται μαζί με τα δελτία αιτήσαντος ασύλου κατά τα ειδικότερα οριζόμενα στις ισχύουσες διατάξεις.

‘Όπως τροποποιήθηκε με το Άρθρο 118 ΝΟΜΟΣ 4636/2019 με ισχύ την 1/11/2019’
(Ministerialerlass 25132/2016, 4. April 2016, Art. 1-3)

- Ministerialerlass Nr. 180647/ DG4 / 2016, 'Ίδρυση, οργάνωση, λειτουργία, συντονισμός και πρόγραμμα εκπαίδευσης των Δομών Υποδοχής για την Εκπαίδευση των Προσφύγων (Δ.Υ.Ε.Π.), κριτήρια και διαδικασία στελέχωσης των εν λόγω δομών [Aufbau, Organisation, Betrieb, Koordination und Trainingsprogramm der Aufnahmestrukturen für die Flüchtlingsbildung (DYEP), Kriterien und Besetzungsprozess dieser Strukturen], kundgemacht am 31. Oktober 2016 (verfügbar über e-nomothesia)
<https://www.e-nomothesia.gr/kat-ekpaideuse/koine-upourgike-apophase-180647-gd4-2016.html>

„Άρθρο 1

Ίδρυση και χώροι λειτουργίας Δ.Υ.Ε.Π.

1. Για την παροχή εκπαίδευσης στα παιδιά πολιτών τρίτων χωρών ιδρύονται δομές υποδοχής για την εκπαίδευση των προσφύγων (Δ.Υ.Ε.Π.), οι οποίες ανήκουν στην τυπική εκπαίδευση και θα λειτουργούν, εκτός από τις περιπτώσεις των παραγράφων 2 και 3 του παρόντος άρθρου, εντός των σχολικών μονάδων εκείνων των Περιφερειακών Διευθύνσεων πρωτοβάθμιας και δευτεροβάθμιας εκπαίδευσης της χώρας, στα όρια των οποίων υφίστανται κέντρα φιλοξενίας. Οι Δ.Υ.Ε.Π. ιδρύονται σε συγκεκριμένες σχολικές μονάδες πρωτοβάθμιας και δευτεροβάθμιας εκπαίδευσης, μία (1) ανά σχολική μονάδα, και ανήκουν διοικητικά σε αυτές. Κάθε Δ.Υ.Ε.Π. μπορεί να περιλαμβάνει περισσότερα τμήματα, αναλόγως του αριθμού των μαθητών.“ (Ministerialerlass 180647/DG4/2016, 31. Oktober 2016, Art. 1)

- Ministerialerlass Nr. 16987, Όροι παροχής οικονομικού βοηθήματος σε αιτούντες διεθνή προστασία [Bedingungen für die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Antragsteller auf internationalen Schutz], kundgemacht am 26. Juni 2020 (verfügbar über taxheaven.gr)

<https://www.taxheaven.gr/circulars/33599/16987-2020>

„Άρθρο 6

Παράταση παροχής οικονομικού βοηθήματος

1. Η παροχή του οικονομικού βοηθήματος παρατείνεται για διάστημα δύο (2) μηνών από την επίδοση της απόφασης χορήγησης καθεστώτος διεθνούς προστασίας, κατά το άρθρο 82 ν. 4636/2019, σε οικογένειες, μέλος των οποίων αντιμετωπίζει πολύ σοβαρούς λόγους υγείας, που θέτουν σε κίνδυνο τη ζωή του.

2. Για τις ωφελούμενες σε προχωρημένη (από την 32η εβδομάδα κύησης και εντεύθεν) ή επαπειλούμενη εγκυμοσύνη και σε κατάσταση λοχείας, και για τα μέλη της οικογένειάς τους, η παροχή του βοηθήματος τερματίζεται κατά τη συμπλήρωση δύο (2) μηνών από τον τοκετό.

3. Με απόφαση της αρμόδιας Αρχής Υποδοχής δύναται το οικονομικό βοήθημα να παρέχεται κατ' εξαίρεση για διάστημα έως τριών μηνών σε δικαιούχους διεθνούς προστασίας, οι οποίοι κατά τη διάρκεια της εξέτασης της αίτησής τους δεν ωφελήθηκαν από το πρόγραμμα, και στο πρόσωπο των οποίων συντρέχουν λόγοι ευαλωτότητας.

4. Με την παρέλευση των χρονικών διαστημάτων που προβλέπονται στις ως άνω παραγράφους, ο τερματισμός των παροχών επέρχεται αυτοδίκαια.“ (Ministerialerlass Nr. 16987, 26. Juni 2020, Artikel 6)

- Ministerialerlass Nr. 270, Δράση «ESTIA 2021: Στεγαστικό πρόγραμμα για αιτούντες διεθνή προστασία». [Aktion „ESTIA 2021: Unterkunftsprogramm für Personen, die internationalen Schutz beantragen“], kundgemacht am 5. Februar 2021

https://migration.gov.gr/wp-content/uploads/2021/04/kya_270_2021.pdf

„Άρθρο 22

Παράταση παροχών

1. Οι παροχές υπό το πρόγραμμα παρατείνονται για διάστημα δύο (2) μηνών από την επίδοση της απόφασης αναγνώρισης καθεστώτος διεθνούς προστασίας, κατά το άρθρο 82 του ν. 4636/2019, σε οικογένειες, μέλος των οποίων αντιμετωπίζει πολύ σοβαρούς λόγους υγείας, οι οποίοι καθιστούν απολύτως αναγκαία τη μη αλλαγή περιβάλλοντος λόγω κινδύνου ζωής.

2. Για τις ωφελούμενες σε προχωρημένη ή επαπειλούμενη εγκυμοσύνη και σε κατάσταση λοχείας, και για τα μέλη της οικογένειάς τους, οι παροχές του προγράμματος τερματίζονται κατά τη συμπλήρωση δύο (2) μηνών από τον τοκετό.

3. Οι δικαιούχοι διεθνούς προστασίας που κατά την ενηλικίωσή τους: α) διαμένουν σε κέντρα φιλοξενίας ασυνόδευτων ανηλίκων ή β) διαμένουν σε θέσεις προσωρινής φιλοξενίας ασυνόδευτων ανηλίκων, και συντρέχουν στο πρόσωπό τους λόγοι ευαλωτότητας ή συνέχισης παρακολούθησης σπουδών σε δημόσιες και ιδιωτικές δομές δευτεροβάθμιας, τριτοβάθμιας ή επαγγελματικής, τυπικής και μη τυπικής εκπαίδευσης, στις οποίες έχουν εγγραφεί, δύναται να παραπέμπονται σε θέση στέγασης του προγράμματος για διάστημα τριών μηνών από την ημερομηνία τοποθέτησής τους.“ (Ministerialerlasses Nr. 270, 5. Februar 2021, Artikel 22)

- Ministerium für Migration und Asyl: Λύση στην πλατεία Βικτωρίας δίνει η νέα πιλοτική δράση Υπουργείου Μετανάστευσης και Ασύλου και ΔΟΜ [Das neue Pilotprojekt des Ministeriums für Einwanderung und Asyl und der IOM bietet eine Lösung für den Victoria Square], 24. September 2020
<https://migration.gov.gr/lysi-stin-plateia-viktorias-dinei-i-nea-pilotiki-drasi-ypoyrgeioy-metanasteysis-kai-asyloy-kai-dom/>

„Με σκοπό την αποφυγή συγκέντρωσης αναγνωρισμένων προσφύγων σε πλατείες της Αθήνας, όπως π.χ. στην πλατεία Βικτωρίας, το Υπουργείο Μετανάστευσης & Ασύλου και ο Διεθνής Οργανισμός Μετανάστευσης (ΔΟΜ) προχωρούν σε πιλοτική δράση δίμηνης διαμονής αναγνωρισμένων προσφύγων που εξέρχονται από τις δομές των νησιών, έως ότου βρουν πιο μόνιμη στέγη. Η νέα πιλοτική δράση υλοποιείται από τον Διεθνή Οργανισμό Μετανάστευσης, μετά από πρόταση της Ελληνικής Κυβέρνησης και χρηματοδοτείται από την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Εντάσσεται στο πλαίσιο του προγράμματος HELIOS και θα διευκολύνει τους αναγνωρισμένους πρόσφυγες να φιλοξενηθούν, σε συνθήκες αξιοπρεπούς διαβίωσης και ασφάλειας.“ (Ministerium für Migration und Asyl, 24. September 2020)

- Ministerium für Migration und Asyl: Αποχώρηση αναγνωρισμένων προσφύγων και μη δικαιούχων ασύλου από το ελληνικό σύστημα υποδοχής [Ausschluss von anerkannten Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen aus dem griechischen Aufnahmesystem], 29. Mai 2020
<https://migration.gov.gr/en/apochorisi-anagnorismenon-prosfygon-kai-mi-dikaioychon-asyloy-apo-to-elliniko-systima-ypodochis/>

„01 Νοεμβρίου 2019 δημοσίευση του Ν. 4636/2019 στο οποίο το αρ. 114 προβλέπει την αποχώρηση από τις Ανοιχτές Δομές Υποδοχής και Φιλοξενίας (άρθρο 41, 4636/2019

ορίζονται μόνο τα «κέντρα φιλοξενίας»:είναι κάθε χώρος που χρησιμοποιείται για την ομαδική φιλοξενία αιτούντων και ασυνόδευτων ανηλίκων).

Όπως τροποποιήθηκε με το άρθρο 111 του ν. 4674/2020 με ισχύ 11 Μαρτίου 2020:

Αφορά όλες τις δομές φιλοξενίας (ξενοδοχεία, διαμερίσματα και δομές)

Από την έκδοση της απόφασης αναγνώρισης διακόπτονται οι υλικές συνθήκες υποδοχής σε μορφή χρηματικού ποσού και σε είδος.

Αποχώρηση από την θέση στέγασης εντός τριάντα ημερών (30) από την επίδοση της απόφασης.“ (Ministerium für Migration & Asyl, 29. Mai 2020)

„Ειδικότερα, ο κ. Μηταράκης τόνισε ότι το σύνολο των αναγνωρισμένων προσφύγων που αποχωρούν από το πρόγραμμα στέγασης, έχουν λάβει έγκαιρα γνώση της εν λόγω απόφασης. Στη συνέχεια, ανέφερε ότι ,βάσει του Ν. 4636/19, ο οποίος ψηφίστηκε τον Νοέμβριο, ως αφετηρία για την αποχώρηση αναγνωρισμένων προσφύγων είχε οριστεί ο Απρίλιος. Ωστόσο, δόθηκε παράταση μέχρι τα τέλη Μαΐου, λόγω της πανδημίας του Covid-19, κάνοντας πράξη τα αιτήματα των φορέων. Πλέον, δεν υπάρχει χρόνος για επιπλέον καθυστερήσεις. Οι υπηρεσίες του Υπουργείου μας ήταν και είναι στη διάθεση όλων των εμπλεκόμενων φορέων, για να επιλυθούν όποια διαδικαστικά προβλήματα ανακύψουν.“ (Ministerium für Migration und Asyl, 29. Mai 2020)

- Ministerium für Migration und Asyl: Residence Permits, ohne Datum
<https://migration.gov.gr/en/gas/aitoyntes-kai-dikaioychoi/adeies-diamonis/>

“Residence Permits (ADET type)

If you have been granted refugee status from the Hellenic Republic you can acquire a residence permit that is valid for three (3) years. In order to renew your residence permit you need to apply by email thirty (30) calendar days before it expires at the Asylum Unit of International Protection Beneficiaries.

If you are a beneficiary of subsidiary protection, your residence permit is valid for one (1) year and can be renewed for two (2) more years.

When you obtain international protection (refugee status or subsidiary protection) you have the right to a residence permit. You will receive a document from the supervisor of the Regional Asylum Office that contains the decision of the Asylum Service that states that you have been granted a residence permit (ADET).

After you receive the above decision, in order to obtain the actual physical residence permit you have to submit an application to Passport Offices.

How to submit an application in order to obtain your physical residence permit (ADET):

In order to obtain the printed residence permit, you have to submit an application to a Police Office/Passport Office. Please consult with your Regional Asylum Office regarding

which passport office/police station. See below the available Police Offices/Passport Offices for this type of application

What you must have with you at the Police Office/Office for Passports:

An exact copy of the original decision document provided by the supervisor of the Regional Asylum Office that shows that the Asylum Service has decided the issue of your residence permit.

Your International Protection Applicant's card with the stamp 'Residence Permit is Pending.' You will get this stamp from the Regional Asylum Office.

A recent passport of Greek passport type.

Your fingerprints will also be taken.

You don't have to submit any other document or pay an administrative fee. You will receive a receipt from the Passport Office for the documents you submitted. You should not lose this receipt as you will need to provide it to the Regional Asylum Office or Asylum Unit when you pick up our residence permit.

[...]

The renewal process of your residence permit includes 4 steps/actions:

1. You apply via email to the A.U. of Beneficiaries
2. You receive a reply via email from the A.U. of Beneficiaries
3. You submit supporting documents to the Passport Office (or Alien Office)
4. You pick up your renewed residence permit from the Regional Asylum Office or Asylum Unit

1 You apply via email to the A.U. of Beneficiaries

You have to apply via email to the following email address of the Asylum Unit of International Protection Beneficiaries: GAS.residencepermits@migration.gov.gr

You can find the electronic application hereIt is available in Greek and English.

You also have to attach to the email a recent digital photo for Greek passports (up to 2 MB).

For each member of your family you need to send a separate email with a separate application

You must type in the subject area of the email the word «Renewals.» You also need to type the number of your current residence permit in the subject line (e.g., 'Renewals_P123456789').

There are additional important instructions regarding the application via email that you can read here (INSTRUCTIONS). These instructions are available in: English, Arabic, Farsi, Tigrinia, Urdu and French.

2. You receive a reply via email from the A.U. of Beneficiaries

Make sure you have given your correct email address in your application as you will receive instructions for the next steps.

You will receive a reply via email from the A.U. of Beneficiaries. This reply will be in a language that you understand.

The reply will inform you that a positive decision has been issued with regards to the renewal application of your residence permit. The reply will also contain instructions on the next steps.

The email reply will refer you to Passport Offices of the Greek Police (or Alien Offices) where you will have to submit additional documents.

More specifically, the email reply will mention the specific Passport Office you need to visit and the documents you need to submit to these passport offices.

3. You submit supporting documents to the Passport Office (or Alien Office)

You have to bring with you to the Passport Office the following documents:

- A print out of the email you received
- The attached file in the email with the instructions
- Your current residence permit. In case your residence permit has been lost or stolen you have to bring with you the declaration from the police
- Two (2) recent personal photos (Greek passport type).

You will receive a receipt from the Passport Offices for the documents you have submitted. You must not lose this receipt as you will need it in the last stage when you pick up your residence permit.

4. You pick up your renewed residence permit from the Regional Asylum Office or Asylum Unit

The email you received from the AU of Beneficiaries will specify from which Regional Asylum Office or Asylum Unit you can pick up your renewed residence permit (according to your area of residence).

In order to see if your residence permit has been renewed you have to follow the announcements in Renewed Residence Permits. You have to search these announcements using the number of your initial residence permit.

The announcement that contains the number of your initial residence permit mentions the day and time you can pick up your renewed residence permit.

You have to pick up your residence permit at the specific day and time mentioned in the announcement.

You have to come in person. You can't send someone else on your behalf.

You have to wear a mask when you visit the Regional Asylum Office to pick up your residence permit.

You bring with you the following documents in order to receive your renewed residence permit:

Your current residence permit that you have to submit to the Regional Office.

In case your residence permit was lost or stolen you have to bring the declaration from the police.

The receipt (Barcode) you received from the Passport Office for the documents you submitted." (Ministerium für Migration und Asyl, ohne Datum)

- MIT - Mobile Info Team: The living conditions of applicants and beneficiaries of international protection, Februar 2021
https://static1.squarespace.com/static/597473fe9de4bb2cc35c376a/t/603394e1f73a2518e0a5f48d/1613993239090/Accommodation+Report_MIT.pdf

„Below is an overview of the key accommodation programs open to asylum seekers that operate alongside camps, as well as the only accommodation program available to beneficiaries of international protection, HELIOS." (MIT, Februar 2021, S. 14)

“Many partner NGOs are seeking to distance themselves from the ESTIA II project, citing insufficient funding to ensure dignified conditions in the accommodation for beneficiaries, as well as their refusal to take part in evicting recognised recipients of international protection within the new stringent 30-day time period. Key components of a functional transition are there, yet the short funding cycles and lack of a well-formulated and solid political framework will likely hamper the sustainability and ability of the program to scale up and absorb more beneficiaries." (MIT, Februar 2021, S. 16)

„Beneficiaries of international protection are entitled to travel to, but not settle in, other EU states. Depending upon the type of protection granted, beneficiaries may submit an application to be issued with travel documents or travel with their own national passport. Beneficiaries may remain outside of Greece for up to 90 days during a period of 180 days within the EU states known as the Schengen Zone. If an individual overstays this period,

the state may request them to return to the host country that has granted international protection. If the individual does not agree to voluntarily return to the Member State of which he/she holds a residence permit, a return decision providing for direct return to a third country should be adopted. Alternatively, if a bilateral agreement exists between the two Member States that expressly provides for the return of a third country national holding a valid residence permit it is possible to pass the person back.” (MIT, Februar 2021, S. 26)

„As illustrated in the case studies conducted by the Mobile Info Team, and also by the Refugee Support Aegean (RSA), the difficulties faced by recognised refugees who are returned to Greece from other EU Member States are immense. The already precarious situation of many recognised refugees in Greece is only heightened when individuals are returned to Greece following a period in another EU Member State; they have often missed opportunities to enrol in vital services (such as HELIOS) and lack documentation to access others. Additionally, returned beneficiaries are given no information or support upon re-entry into Greece. One beneficiary reported that upon his return to Greece from Germany he was refused entry to the HELIOS program and was unable to obtain his residence permit and travel documents that had been confiscated by the German police. Many people have no other option but to sleep on the street and fend for themselves in terms of getting water, food and sanitation.

EU countries are making attempts at suspension of transfers of beneficiaries of international protection to Greece. At the start of 2021, two decisions of the Higher Administrative Court of North Rhine Westphalia in Germany effectively prevented returns by authorities of beneficiaries of international protection to Greece. The court established that they would be at serious risk of inhuman and degrading treatment and would be in a situation of extreme material hardship if returned.” (MIT, Februar 2021, S. 26-27)

„O.H. is a single man from Morocco who identifies himself as LGBTQI+ and arrived in Greece in November 2019. [...] He lived in the train for two or three months before an NGO that supports LGBTQI+ asylum seekers provided him with a room in a shared apartment. The NGO provided support to O.H. and other LGBTQI+ individuals he was sharing the apartment with. They assisted the respondent to get an AMKA, AFM and OAED. The respondent reports the apartment is clean and located close to essential services. People who live in the apartment are required to leave within three months after they receive a final decision on their application. The organisation assists them to find new accommodation but they are ineligible for the HELIOS program, since the accommodation provided is not part of the official accommodation scheme. The respondent is extremely happy with his living situation and recognises he is very fortunate; few asylum seekers in Greece have access to the accommodation such as that provided by the NGO supporting LGBTQI+ persons, or are as well supported to obtain necessary documents” (MIT, Februar 2021, S. 28-29)

- MIT - Mobile Info Team: Input by civil society to the 2021 EASO Asylum Report, 25. Februar 2021
https://easo.europa.eu/sites/default/files/Mobile-Info-Team_Combined.pdf

„Lack of support to fulfill administrative requirements in order to apply for social solidarity income (SSI), a general minimum income scheme. Whilst recipients of international protection with a valid residence permit are eligible, the program is aimed at Greek nationals. Extensive documentation is required to be eligible for the program, including a tax number, social security number, Greek bank account, current tax declaration, proof of income of the last six months and a rental contract and utility bill in a place rented for at least six months before submitting the application or certificate of homelessness. In order to obtain all of these documents an individual must have a nuanced understanding of Greek bureaucracy, sufficient command of the Greek language to navigate between different government agencies, or support from a Greek speaker. In the first-hand experience of the Mobile Info Team, these requirements are onerous to the extent that they exclude the vast majority of recipients of international protection from receiving the SSI.” (MIT, 25. Februar, S. 9)

„Lack of access to accommodation structures, leading to destitution and homelessness for beneficiaries of international protection and asylum seekers once returned to Greece. Returnees often have to reach out informally to other asylum seekers/refugees to be hosted temporarily. Often, they end up living on the streets without access to services, even to cover basic necessities such as food, milk for small children, as reported by beneficiaries who contacted MIT in 2020. Additionally, beneficiaries who had sufficient financial resources to rent a space, have reported lack of integration measures available to them, in order to be included in the labor market and sustain the rent for longer than some months. HELIOS, the accommodation program available for beneficiaries of international protection, restricts access to returnees since they have either passed the deadline for application or do not fulfill the requirements, such as having been accommodated in a camp, ESTIA accommodation, or IOM hotel under FILOXENIA at the time of the receipt of the positive decision. [...]

An additional challenge in 2020 has been the lockdown and the subsequent closure of public offices, delaying the obtainment of the necessary documentation to submit an application for SSI. Source: MIT accommodation report 10 Documents, such as residence permits and travel documents, being lifted upon transfer from Member State to Greece, and not being returned upon re-entry by Greek authorities, leading to delays in accessing services and leaving persons undocumented, and, as a result, exposing beneficiaries of international protection to precarity. Loss of documents, such as residence permits or travel documents, issued to beneficiaries for international protection, leads to lack of access to services. New documents are being issued with great delay. Additionally, in 2020, with the closure of the asylum service, further delays were observed in applying and issuing new residence permits and travel documents. Vulnerable persons are further at risk when returned and they are not in possession of valid documents, since access to services, such as medical care and psycho-social support is dependent on valid documentation. Existence or lack of valid documentation is not a weighted criteria when returning vulnerable persons to Greece.” (MIT, 25. Februar, S. 9-10)

- ΟΡΕΚΑ: Ελάχιστο Εγγυημένο Εισόδημα: Πληροφορίες [Garntiertes Mindesteinkommen: Information], ohne Datum
<https://opeka.gr/elachisto-engyimeno-eisodima-kea/pliροφοries/>

„Τι είναι το Κοινωνικό Εισόδημα Αλληλεγγύης ;

Το Ελάχιστο Εγγυημένο Εισόδημα είναι ένα προνοιακό πρόγραμμα που δίνεται σε περίπου 273.000 ευάλωτα νοικοκυριά. Αποτελεί ένα αναγκαίο δίκτυ προστασίας για την αντιμετώπιση των συνεπειών της φτώχειας και την αποφυγή του κοινωνικού αποκλεισμού.

Το πρόγραμμα βασίζεται σε τρεις πυλώνες: α) την εισοδηματική ενίσχυση, β) τη διασύνδεση με υπηρεσίες κοινωνικής ένταξης, και γ) τη διασύνδεση με υπηρεσίες ενεργοποίησης που στοχεύουν στην ένταξη ή επανένταξη των δικαιούχων στην αγορά εργασίας και στην κοινωνική επανένταξη. [...]

Παρατίθενται, ενδεικτικά, περιπτώσεις με τα αντίστοιχα ποσά ανά κατηγορία:

Πίνακας 1

Σύνθεση Νοικοκυριού	Εξαμηνιαίο Εισόδημα
Μονοπρόσωπο νοικοκυριό	1.200€
Νοικοκυριό αποτελούμενο από δύο ενήλικα μέλη ή μονογονεϊκή οικογένεια με ένα ανήλικο μέλος	1800€
Νοικοκυριό αποτελούμενο από δύο ενήλικα και ένα ανήλικο μέλος	2.100€
ή μονογονεϊκή οικογένεια με δύο ανήλικα μέλη	
Νοικοκυριό αποτελούμενο από τρία ενήλικα μέλη ή δύο ενήλικα και δύο ανήλικα μέλη	2.400€
ή μονογονεϊκή οικογένεια με τρία ανήλικα μέλη	
Νοικοκυριό αποτελούμενο από τρία ενήλικα και ένα	2.700€

ανήλικο μέλος ή δύο ενήλικα και τρία ανήλικα μέλη

ή μονογονεϊκή οικογένεια με τέσσερα ανήλικα μέλη

Νοικοκυριό αποτελούμενο από τέσσερα ενήλικα μέλη

ή δύο ενήλικα και τέσσερα ανήλικα μέλη

3.000€

ή μονογονεϊκή οικογένεια με πέντε ανήλικα μέλη

Για κάθε επιπλέον μέλος προστίθεται το εξαπλάσιο του αντίστοιχου εγγυημένου ποσού, όπως ορίζεται στο άρθρο 2 της παρούσης.

Το δηλούμενο εισόδημα δεν μπορεί να υπερβαίνει το ποσό των 5.400 ευρώ, ανεξαρτήτως του αριθμού των μελών του νοικοκυριού. (ΟΠΕΚΑ, ohne Datum)

- Raphaelswerk: Griechenland Informationen für Geflüchtete, die nach Griechenland rücküberstellt werden, Dezember 2019

https://www.raphaelswerk.de/cms/contents/raphaelswerk.de/medien/dokumente/information-griechen/gr_12_2019_dublin_info_raphaelswerk.v4.pdf?d=a&f=pdf

„Das öffentliche Gesundheitssystem in Griechenland ist infolge der Finanzkrise stark beeinträchtigt. Es gibt lange Wartezeiten, es fehlen Personal und Medikamente und es werden Zuzahlungen verlangt. Außerdem fehlen Dolmetschende in den Krankenhäusern und anderen Einrichtungen.“ (Raphaelswerk, Dezember 2019, S. 10)

- Refugee.info: Health Care in Greece, Health Insurance, 5. August 2021

<https://www.refugee.info/greece/health-services--greece/getting-health-insurance?language=en>

„In general, health care is free for people who live legally in Greece. For people who are undocumented and they don't have Social Security number in case of a medical emergency, they are able to address hospitals that are on duty in order to receive medical care and treatment.“ (refugee.info, 5. August 2021)

- Refugees International: Blocked at every pass: How Greece's policy of exclusion harms asylum seekers and refugees, 24. November 2020

<https://www.refugeesinternational.org/reports/2020/11/20/blocked-at-every-pass-how-greeces-policy-of-exclusion-harms-asylum-seekers-and-refugees>

„UNHCR and NGOs warned that the change to ESTIA would cut off aid prematurely and leave ousted refugees facing poverty, hunger, and homelessness. They further cautioned that HELIOS was unprepared to handle an increase in beneficiaries. They were right. [...]

In late September, the government announced a new pilot as part of the HELIOS program to provide refugees with two months' accommodation. Although a positive step, it is unlikely to suffice. One NGO worker lamented that the effort seems mainly meant to

resolve the public image problem that Victoria Square created. Two months is simply not enough time for newly arrived refugees to establish themselves.“ (Refugees International, 24. November 2020)

- RESPOND: Integration Policies, Practices and Experiences; Greece Country Report [Paper 2020/53], (Autor:innen: Nadina Leivaditi, Evangelia Papatzani, Aggelos Ilias, Electra Petracou), Juni 2020

https://www.ecoi.net/en/file/local/2032753/WP5_Greece_Integration.pdf

„Reception/Preparatory Structures for the Education of Refugees (DYEP) were formed for the first time in 2016 (Common Ministerial Decision 152360/ΓΔ4/2016). Law 4547/2018 (Chapter 7) further regulated the issue of the Structures. Reception/Preparatory Structures for the Education of Refugees (DYEP) were also formed for the current academic year with a Common Ministerial Decision issued in October 2019 (Decision 147357/Δ1/2019).“ (RESPOND, Juni 2020, S. 17-18)

„At present, the Reception/Preparatory Structures (DYEP) are integrated within school units of the primary and secondary education system and include specified preparatory study courses of a short duration for children aged 4-15 years old. The educational programme aims to facilitate the integration of refugee and migrant children into the educational process in a way that will gradually allow them to join mainstream classes in Greek schools. The implementation of the programme’s first year entailed a weekly educational session of twenty hours covering four main subjects: Greek, Mathematics, English and Information Technology. Arts and sporting activities were also included.

In addition, based on Law 3879/2010 (art 26), Reception Classes were created in areas characterised as Zones of Educational Priority (ZEP), as part of the formal educational system. The Zones of Educational Priority (ZEP) aim to enhance active participation and effective learning among primary and secondary education students who do not have the required level of attainment in Greek, including refugee students, in order to integrate them into the Greek education system (Karzi and Tselepi, 2018). Such classes have been in operation in certain public primary and secondary schools since 2010. The classes are integrated in the mainstream education system and are attended by the students in parallel, alongside Greek students. The schools where Reception Classes are currently operating are specified by Ministerial Decisions Φ1/108909/Δ1/2019 and Φ1/170112/Δ1/2019.“ (RESPOND, Juni 2020, S. 18)

„Beneficiaries of international protection are treated in the same way as Greek nationals in relation to the recognition of foreign diplomas, certificates and proof of formal qualifications; if they cannot provide evidence, the relevant Greek authorities should facilitate the process (art 29 of Presidential Decree 141/2013, Law 4636/2019 art 29). Notably, no relevant procedure has been regulated for refugees and beneficiaries of subsidiary protection. Law 4540/2018 and Law 4636/2019 (art 54) provide that the conditions for the assessment of the skills of asylum seekers who do not have the necessary documentation will be set by a Joint Ministerial Decision (art 16). Such a decision has not

been issued and therefore no official regulated procedure is in place for the validation of skills either.

At present, skill validation remains a task that must be carried out by public actors. Generally speaking, the competent public institutions for the facilitation of the recognition of foreign diplomas are the Department of Studies, Programmes and Scholar Issues of the Ministry of Education (for the recognition of titles of primary and secondary education), the Interdisciplinary Organisation for the Certification of Qualifications and Vocational Guidance (EOPPEP) and the Hellenic National Academic Recognition Information Centre (DOATAP).

EOPPEP is the National Organisation for the Certification of Qualifications and Vocational Guidance, an all-encompassing statutory body investing on better quality and more efficient & reliable lifelong learning services in Greece. EOPPEP operates under the supervision of the Minister of Education, Research and Religious Affairs and is seated in Athens; it is responsible for recognizing the qualifications of all citizens, including third-country nationals. It has derived from the amalgamation of three national bodies, all under the supervision of the same Ministry: the National Centre for the Accreditation of Lifelong Learning Providers (EKEPIS), the National Organisation for the Certification of Qualifications (EOPP) & the National Centre for Vocational Guidance (EKEP).

However, the relevant general procedures do not take into consideration the special circumstances of asylum seekers and international protection beneficiaries – such as the impossibility of obtaining/accessing/translating relevant documentation and – and no specific procedure has been regulated for them; as a result, the validation of their skills and the recognition of their qualifications is greatly hindered.” (RESPOND, Juni 2020, S. 26-27)

„NGOs are the main and very often the only providers of employability services and vocational training. It has been stressed that NGOs are primarily oriented towards privatesector companies, where refugees and asylum seekers are mostly employed as unskilled workers. Their interventions and activities are based on established patterns of employment services, including the preparation of a CV, preparation for job interviews, information on employment services of the Greek state and private agencies which promote employment, creation of a register of businesses wishing to employ refugees and asylum seekers (‘active matching’) and the organisation of events promoting employment with the participation of employers and the unemployed (Numerato et al., 2019). On the other hand, solidarity initiatives engaged in employability projects and activities focus on social solidarity, developing employment opportunities in the field of the social and solidarity economy, mostly in social cooperatives.

In this framework, it appears that Greece is faced with an absent or at least fragmented policy as regards refugees’ employment. Most employability and vocational training initiatives are project-based, depend on funding, lack sustainability and do not form part of a general planning and strategy. Taking into consideration the overall economic situation, the unemployment rate and the fact that available funding is mostly focused on humanitarian response rather than integration, it becomes apparent that the access of

refugees and asylum seekers to the labour market is seriously hindered.” (RESPOND, Juni 2020, S. 28)

„The unemployment rate increased dramatically since 2008, reaching 24.9% (24.5% Greeks, 32.2% foreigners originating outside the EU) in 2015; it has slightly decreased to 19.3% (18.8% Greeks, 27.4% foreigners originating outside the EU) in 2018. The long-term unemployment rate as a percentage of total unemployment rose from 49.9% (51.3% Greeks, 38.8% foreigners originating outside the EU) in 2011 to 73.1% (73.8% Greeks, 66.4% foreigners originating outside the EU) in 2017 (Eurostat, 2020). A percentage of 59.6% of the population aged 20-64 (48.7% female, 70.8% male – 59.3% Greeks, 62.5% foreigners originating outside the EU) was employed in 2011; the percentage decreased up to 52.9% (43.3% female, 62.7% male – 53.1% Greeks, 49.4% foreigners originating outside the EU) in 2013; since then it has been slightly increasing, reaching 59.5% (49.1% female, 67.7% male – 59.7% Greeks, 56.5% foreigners originating outside the EU) in 2018 (Eurostat, 2020).

As noticed, available statistics only distinguish between Greek citizens and foreigners originating from EU Member States or from outside the EU. Therefore, no statistical data referring specifically to beneficiaries of international protection and asylum seekers are available. Research conducted among young Syrian refugees showed that only 7.25% were full time employed in Greece in 2017, of whom more than half worked without social insurance (Council of Europe, 2018). In any case, the discussed data reveal that foreigners are more severely affected by unemployment compared to Greek citizens. The share of non-EU citizen participation in Greece’s labour force has also decreased since before the crisis.” (RESPOND, Juni 2020, S. 29)

„Mental health and psychosocial support services are not easily accessible for refugees and asylum seekers due to the limited capacity of the public sector in terms of intercultural competence, staff shortages and lack of proper infrastructure. The third sector is highly mobilised and active in the area of MHPSS. However, the vast majority of the activities are restricted projects, and NGOs cannot engage in the long term. Since 2016 a cluster approach has been adopted according to humanitarian coordination principles, resulting in local MHPSS [Mental Health and Psychosocial Support] and protection working groups (Attika, Lesvos, Thessaloniki) chaired by UNHCR, EODY and BABEL-SYNEIRMOS with the participation of all the MHPSS actors active in the field. At the same time, NGOs put in significant effort in order to capacitate the system and raise awareness for the mental health of refugees and asylum seekers in Greece (UNHCR, 2018). According to the Mental Health directorate of the Hellenic Ministry of Health, in the second and third phase of PSYCHARGOS programme, the PSYCHADELFEIA programme was implemented to cover the mental health needs of migrants, asylum seekers and refugees and national minorities such as Roma and Greek Muslims. And, as described above, there is the PHILOS project implemented by EODY, which is the main provider of MHPSS services in the Reception and Identification Centres and accommodation facilities countrywide”. (RESPOND, Juni 2020, S. 56)

„Furthermore, several refugees and asylum seeker respondents mentioned that they often have no access to interpreters during their appointments with doctors.“ (RESPOND, Juni 2020, S. 58)

„The reported shortages in staff and equipment and the disruptions in the Greek healthcare system (resulting from the successive austerity measures adopted since the beginning of the economic crisis) undermine the right to health enshrined in Article 11 of the European Social Charter, of which Greece is part. This requires acknowledgment of the systemic failure of KEELPNO/EODY to deliver adequate results through the PHILOS 1 and 2 projects (RSA, 2019). The ineffective implementation of the PHILOS 1 and 2 projects shows that an overhaul of the strategy for the health coverage of asylum seekers and refugees is urgently needed.“ (RESPOND, Juni 2020, S. 58)

- RSA - Refugee Support Aegean/Stiftung Pro Asyl: Lebensbedingungen international Schutzberechtigter in Griechenland, 23. Juni 2017

https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2017/10/RSA_PRO-ASYL_STELLUNGNAHME_Anerkannte_2017.pdf

„Gemäß Artikel 28 Abs. 1 PD141/2103 (siehe auch Artikel 27 Abs.1 der Richtlinie 2011/95/EU) haben minderjährige international Schutzberechtigte das gleiche Recht auf Zugang zu Bildung wie griechische Staatsangehörige. Laut Artikel 28 Abs. 2 desselben Gesetzes sollen erwachsene Schutzbedürftige Zugang zum Bildungssystem und zu Schulungsprogrammen zu den gleichen Bedingungen wie in Griechenland lebende Drittstaatsangehörige haben. Im Jahr 2016 führte das Bildungsministerium (MoE) durch eine Reihe von ministeriellen Beschlüssen und Rundschreiben ein flexibles Unterrichtsprogramm für Flüchtlingskinder ein. Der neue Rechtsrahmen reguliert die Einschreibung in Schulen durch das MoE Rundschreiben 108457/Δ204/07/2016 “Reception Classes of Educational Priority Zones” (ZEΠ) und “Facilities for the Reception and Education of Refugees” (DYEP) durch ministerielle Entscheidung No. 131024/Δ1 vom 08.08.2016 (Offizielles Amtsblatt 2687/B/29.08.2016) und durch die gemeinsamen ministeriellen Entscheidungen DYEP 152360/ΓΔ4/2016 – (Offizielles Amtsblatt 3049/B/23.09.2016) und 180647/ΓΔ4/2016 (Offizielles Amtsblatt 3502/B/31.10.2016). Zugang zu Bildung ist trotzdem nicht für alle minderjährigen international Schutzberechtigten garantiert.“ (RSA/Stiftung Pro Asyl, 23. Juni 2017, S. 27-28)

„Nach diesem Gesetz werden in Griechenland derzeit zwei verschiedene Schulsysteme umgesetzt, je nach dem Wohnort des Kindes:

1. Kinder, deren Familien in den provisorischen Lagern auf dem griechischen Festland untergebracht sind, haben das Recht, eine Nachmittagsschule in „Einrichtungen für die Aufnahme und Bildung von Flüchtlingen“ (DYEP) zu besuchen. [...] Die Kinder, die vorübergehend in Lagern untergebracht sind, haben wegen der dortigen erbärmlichen Zustände und fehlenden Transportmöglichkeiten auch nicht immer Zugang zum DYEP Programm.

2. Kinder, deren Familien außerhalb der provisorischen Lager leben, müssen eine reguläre Schule besuchen (Vormittagsunterricht). Um die Kinder einschreiben zu können und

sicherzugehen, dass sie in die nächste Klasse aufsteigen können, müssen Eltern einen Impfpass, eine Gesundheitsbescheinigung und eine Bestätigung über ihren Wohnort vorweisen, wobei Probleme entstehen können, wenn der Mietvertrag oder die Betriebskostenabrechnung nicht auf den eigenen Namen ausgestellt sind.

Obwohl es zu diesen Themen zwei Rundschreiben gegeben hat, stellt der griechische Ombudsmann immer noch fest, dass „Flüchtlinge Ende 2016 weiterhin auf schwerwiegende Verzögerungen und Schwierigkeiten stoßen, trotz der obigen Bestimmungen“. Schüler:innen kann wegen Verzögerungen oder fehlenden Begleitunterlagen weiterhin der Zugang zu Bildung verwehrt werden.“ (RSA/ Stiftung Pro Asyl, 23. Juni 2017, S. 28)

„Mit der Gründung der „Aufnahmeklassen für Bildungszonen mit Priorität“ (ΖΕΠ) im Sommer 2016 versuchte Griechenland das Bildungssystem für Flüchtlingskinder zu verbessern. Da die Laufzeit dieser Klassen auf ein Jahr beschränkt ist, diese beschränkte Kapazitäten haben und nur in Grundschulen bestehen, ist dieses Programm für die Integration von Kindern gänzlich unzureichend und schließt Jugendliche aus, die älter als 15 Jahre sind.

In weiterführenden Schulen ist die Situation noch schwieriger, da die bestehenden interkulturellen Schulen nicht ausreichen und es keine Anzeichen für die Gründung eines ΖΕΠ Programms in diesen Schulstufen gibt. Ein bis heute ungelöstes Problem ist die Anerkennung der verschiedenen Sekundarschulabschlüsse, die Voraussetzung dafür wäre, dass Jugendliche ab 16 Jahren die Oberstufe oder eine berufsbildende Schule besuchen können.“ (RSA/Stiftung Pro Asyl, 23. Juni 2017, S. 28-29)

- RSA – Refugee Support Aegean/Stiftung Pro Asyl: Beneficiaries of international protection in Greece. Access to documents and socio-economic rights, März 2021

https://rsaegean.org/wp-content/uploads/2021/03/2021-02_RSA_BIP-1.pdf

„As a rule, readmission of beneficiaries of international protection from other European countries to Greece is carried out via Athens International Airport.² Upon readmission at Athens International Airport, beneficiaries of international protection are provided with no information or referral regarding accommodation possibilities or steps to access their rights in Greece, though they may be given a note in Greek to approach the Asylum Service if they do not hold documents.³ Moreover, Migrant Integration Centres (Κέντρα Ένταξης Μεταναστών, KEM) run by municipalities and offering information and counselling to beneficiaries on how to access documentation and certain social rights are not accessible to those who do not speak Greek, English and Urdu due to a lack of interpretation services in Athens.

In light of this, RSA and Stiftung PRO ASYL recall that Attica is the main region in which status holders are likely to find themselves upon return to Greece and that obstacles prevailing predominantly in the Attica region are liable to particularly affect returnees as regards access to social welfare, housing, health care and employment.“ (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 2)

„Barriers to accessing the necessary documentation

5. Status holders in Greece continue to face specific challenges posed by severe administrative barriers to access to different categories of official documentation. These obstacles prevent people from fulfilling the necessary documentation prerequisites for accessing key rights such as health care, housing, social welfare and access to the labour market under equal conditions to nationals.

Residence permit (ADET)

6. The residence permit (Άδεια Διαμονής Ενιαίου Τύπου, ADET) is a prerequisite to obtaining a Social Security Number (Αριθμός Μητρώου Κοινωνικής Ασφάλισης, AMKA) and social benefits. Until its issuance, the person retains their International Protection Applicant Card (Δελτίο Αιτήσαντος Διεθνούς Προστασίας, DADP). This is not the case in procedures for renewal of an expired ADET.

7. The procedure for the issuance and/or renewal of ADET to persons granted international protection entails the issuance of an ‘ADET Decision’ i.e. a decision by the competent Regional Asylum Office (RAO) calling for the issuance of the permit. The decision is not always notified upon the granting of status, in which case beneficiaries have to book an appointment with the RAO to obtain an ADET Decision.

8. In this regard, it is important to note that certain RAO such as Lesbos subject the issuance of an ADET Decision to additional requirements such as a valid employment contract of at least 6 months and a tax declaration for the previous financial year. Without those, the Office does not issue an ADET Decision. On the other hand, many persons whose claims have been processed on the islands and who travel to Attica after being granted international protection, including beneficiaries ending up homeless in Athens as discussed below, are not given appointments with the RAO of Piraeus to obtain an ADET Decision on the ground that they do not have a registered address in Attica.⁶ At the time of writing, RAO in Attica are currently closed to the public due to the COVID-19 pandemic.

9. Only following the notification of the ADET Decision can the individual request an appointment with the territorially competent Passport Office of the Hellenic Police to apply for the permit. On the appointment day given by the Office, the beneficiary appears in person at the Office and produces the ADET Decision, together with the DADP (or the expired ADET) and photographs, before the for the purpose of requesting the permit itself. Fingerprints are also taken at the Passport Office.

10. In practice, the ADET issuance and/or renewal procedure is marred by serious delays reaching several months and even a year in some cases. The Hellenic Police has explained that the abolition of the Ministry of Migration Policy and transfer of competences to the Ministry of Citizen Protection in July 2019, followed by the subsequent re-establishment of the Ministry of Migration and Asylum in January 2020, created an institutional gap vis-à-vis responsibility for handling applications for issuance and renewal of ADET, while the Hellenic Police only regained competence to examine such applications following a July

2020 legislative amendment.⁹ In cases known to RSA, beneficiaries were informed by the authorities that they had to re-submit their applications for ADET after said amendment.

11. The Hellenic Police has noted that this gap has resulted in a substantial backlog of pending applications and difficulties in the social and economic life of the persons concerned.¹⁰ The Ombudsman has reported cases of beneficiaries whose applications have been pending for over a year. These delays have resulted inter alia in barriers to accessing social benefits and health care and in loss of employment. RSA follows different cases of beneficiaries in the Attica region who have been waiting for the issuance and/or renewal of their ADET for over 6 months from their application, and in some cases one year. In the meantime, the persons cannot access their rights as status holders and, if they hold an expired ADET or hold no documentation at all, cannot certify their signature so as to authorise a legal representative.

12. In the cases of beneficiaries returned from other European countries in recent months, monitored by RSA, persons await the renewal or reissuance of their ADET and have not been issued any other documentation pending the delivery of the ADET.

13. Importantly, the start date of validity of the ADET corresponds to the date of issuance of the ADET Decision by the Asylum Service, not the issuance of the ADET itself. This creates serious risks for holders of subsidiary protection whose ADET has a one-year validity period,¹² given that the ADET issued to them are often close to expiry and need to be immediately renewed due to the delays described above.

14. On account of the substantial backlog of cases before the Aliens Police Directorate of Attica, beneficiaries of international protection who do not hold a valid ADET upon return to Greece are liable to face particularly lengthy waiting times for the issuance and/or renewal of their ADET, without which they cannot access social benefits, health care and the labour market.” (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 2-4)

„Tax Identification Number (AFM)

15. The Tax Identification Number (Αριθμός Φορολογικού Μητρώου, AFM) is a prerequisite for acts such as opening of a bank account, rental of property, issuance of AMKA and access to the labour market and social assistance in Greece.

16. Individuals wishing to register with a Tax Office (Διεύθυνση Οικονομικών Υποθέσεων, DOY) with a view to obtaining AFM are required to certify their residence address through a certificate from a reception centre, an electricity bill or a copy of a rental contract in their name. Accordingly, beneficiaries of international protection who do not hold a residence certificate and/or are homeless are unable to obtain AFM. As a result, they cannot submit a tax declaration or obtain a tax clearance certificate. [...]

18. Severe delays persist with regard to the issuance of AFM and online login credentials (κλειδάριθμος), also known as ‘TAXISnet’ codes, necessary for receiving tax clearance. The credentials are also necessary for persons who have AFM but do not hold their AFM issuance certificate (Βεβαίωση Απόδοσης ΑΦΜ). Illustratively, RSA is following the case of

a beneficiary returned from Germany in August 2020 whose request for a copy of her AFM certificate was denied by the DOY on the ground that she did not possess a valid residence permit.” (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 4-5)

„19. AMKA is a prerequisite for access to both health care and the labour market. According to the Ministry of Labour and Social Affairs Circular in force since October 2019, beneficiaries of international protection can request AMKA from any Citizens’ Service Centre (Κέντρο Εξυπηρέτησης Πολιτών, ΚΕΠ) if they hold a residence permit, a correspondence address and AFM. Asylum seekers are not eligible for AMKA,¹⁸ but obtain a Provisional Foreigner’s Insurance and Health Care Number (Προσωρινός Αριθμός Ασφάλισης και Υγειονομικής Περίθαλψης Αλλοδαπού, ΠΑΑΥΠΑ). This number is issued upon the issuance of the DADP, and is converted into AMKA within 1 month of the delivery of the ADET.²⁰ Therefore, that the obstacles to and prolonged waiting times for obtaining a residence permit affect the issuance of AMKA, resulting in depriving beneficiaries of international protection of the necessary documentation to access the health care system.

20. Moreover, additional requirements for AMKA have been imposed by authorities in practice. Certain ΚΕΠ require beneficiaries of international protection to provide them a ‘certificate of ADET delivery date’ (βεβαίωση ημερομηνίας παραλαβής ΑΔΕΤ) in addition to their residence permit. However, this document is not issued to people upon the delivery of their residence permit, therefore they are unable to produce it.

21. The issuance of AMKA to beneficiaries is also marred by technical problems encountered by the authorities in adapting their personal details registered in residence permits into Greek characters, even though no such obligation is set out in domestic legislation.

22. Finally, practical obstacles to accessing health care currently face ΠΑΑΥΠΑ holders as well, due to the fact that the Provisional Number is automatically de-activated upon the expiry of the DADP.²² In the peculiar context of the COVID-19 pandemic, since June 2020 Greece has introduced successive legislative extensions of the duration of validity of DADP, the latest extending validity until the end of March 2021,²³ without ensuring that the corollary ΠΑΑΥΠΑ will remain active. As a result, asylum seekers and beneficiaries of international protection awaiting their residence permit are unable to make use of their ΠΑΑΥΠΑ in order to access health services and medicine.” (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 5)

„23. There is no dedicated social benefit for status holders in Greece to guarantee their transition into the social welfare system in view of their particular circumstances. Financial allowances (‘cash assistance’) provided to asylum seekers as part of material reception conditions is automatically ceased within 30 days of the granting of international protection.

24. The guaranteed minimum income (ελάχιστο εγγυημένο εισόδημα), formerly known as Social Solidarity Income (Κοινωνικό Επίδομα Αλληλεγγύης, ΚΕΑ),²⁶ is a 200 € monthly allowance per household, plus 100 € per additional adult and 50 € per additional child. The guaranteed minimum income is formally available to beneficiaries of international protection. However, the competent authority does not keep disaggregated statistics on

the number of beneficiaries of international protection receiving the guaranteed minimum income.

25. Access to the guaranteed minimum income is conditioned inter alia on possession of ADET, AFM, tax clearance, AMKA and bank account.

26. Eligibility for guaranteed minimum income is reserved to 'households' with a registered address proven by a rental contract signed 6 months prior to the application, and to 'homeless persons' living below the poverty line. As highlighted by the Ombudsman, the reference to 'households' in the law results in excluding from guaranteed minimum income many persons or families who, owing to a lack of resources, have to move in with a person or household living above the poverty line or are hosted without receiving any form of social welfare, without being members of the same household. Persons hosted in facilities due to homelessness are equally excluded from the scope of 'household'. The Ministry of Labour and Social Affairs has not responded to the Ombudsman's recommendations of legislative reform to ensure coverage of these groups at the time of writing.

27. 'Homeless persons' must provide a homelessness certificate by a municipality or a certificate of use of services of a municipality drop-in centre for the homeless or a municipality temporary shelter or women's shelter. Residence in a refugee camp does not constitute proof of address for this purpose. As a rule, a homelessness certificate is issued by the Municipality of Athens only to persons living on the streets as identified by Centre for Reception and Solidarity of the Municipality of Athens (Κέντρο Υποδοχής και Αλληλεγγυής Δήμου Αθηναίων, KYADA) staff in the course of their street work.³³ This excludes the homeless living in 'squats', living unregistered in refugee camps, moving between houses of co-nationals in order to avoid the streets, or regularly changing locations along with their belongings for security reasons. In addition, KYADA issues a homelessness certificate for specific reasons e.g. social benefits, only as long as all other conditions for access thereto are met. Therefore, many homeless persons are unable to obtain such a certificate so as to fulfil the conditions for guaranteed minimum income." (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 6-7)

„28. The housing allowance (επίδομα στέγασης) is available to up to 600,000 households living in rented accommodation or paying a mortgage on their main family home. Eligible persons must legally and permanently reside in Greece for a minimum of 5 years prior to applying for a rental allowance. This condition renders the allowance inaccessible to beneficiaries who obtained status in recent years and/or to those who have not managed to submit tax declarations on time and/or who have not remained in Greece without interruption." (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 7)

„The one-off child-birth allowance introduced in 2020 is available to mothers who are third-country nationals, including beneficiaries, upon condition that they establish 12 years of permanent and uninterrupted residence in Greece, as demonstrated through the submission of tax declarations. Accordingly, the vast majority of status holders are excluded from this benefit. The monthly child support allowance – ranging from 28 € to 70 € per child according to income and household size – is expressly available to persons who

fulfil 5 years of permanent and uninterrupted residence in Greece, as demonstrated through the submission of tax declarations. Disability benefits are conditioned upon examination by the Disability Accreditation Centre and establishment of over 67% of disability for a person to be eligible for the severe disability allowance. The uninsured retiree benefit, up to a maximum of 360 € for an uninsured person aged 67, is available to persons who have had permanent and uninterrupted residence in Greece for 15 years.

29. The lengthy residence requirements underpinning most benefits do not take into account the particular situation of refugees and thereby entail differential treatment against beneficiaries of international protection compared to nationals and effectively exclude them from most forms of social assistance.” (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 7)

„The only official integration programme currently operating in Greece is the Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF) supported ‘Hellenic Integration Support for Beneficiaries of International Protection’ (HELIOS)” (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 8)

„In light of this, beneficiaries of international protection who were not in Greece upon the approval of their asylum application are not eligible for enrolment on the HELIOS programme. [...]

In addition to the precondition of possession of AFM and a bank account, severe barriers to securing a rental agreement persist. Beneficiaries of international protection continue to report problems in communicating with landlords, as well as discrimination in the housing market and xenophobic stances from local authorities. Moreover, most beneficiaries cannot find an apartment to rent due to the lack of affordable properties and to high demand, particularly in Attica. Over the past two years, rent prices have increased by 20% to 30% in central Athens and by 10% to 15% in the Attica suburbs. In addition to rent, beneficiaries have to cover utility bills and other expenses. Therefore, the HELIOS rent subsidy alone is often insufficient to ensure their subsistence.

According to the Ministry of Migration and Asylum, HELIOS has capacity to offer rental subsidies to 5,000 households, reaching up to 11,200 people depending on household composition. According to IOM, the project aims to cover 7,200 households by the end of June 2021. From its launch to 5 February 2021, HELIOS had provided rental subsidies to 4,304 households, totalling 11,009 beneficiaries. There is no available breakdown of rental subsidies by duration. Based on the aforementioned figures, it remains clear that accommodation support under HELIOS has only been provided to a small fraction of the refugee population in Greece. From the start of the reference period covered by the programme, 1 January 2018, until the end of 2020, 71,812 persons received international protection at first and second instance.⁵⁵ Therefore, only one out of seven people granted status in Greece has been able to access rental subsidies under the HELIOS programme. [...]

RSA is not aware of other programmes run by non-governmental organisations to support beneficiaries of international protection in accessing housing. Organisations Greek Council

for Refugees, Solidarity Now, Arsis and PRAKSIS have informed RSA that they do not currently provide housing or housing support to beneficiaries outside HELIOS. There is no known list of organisations offering housing to status holders.” (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 8-9)

„Against the backdrop of increasing numbers of people ending up homeless in Attica, IOM launched in September 2020 a pilot project under its FILOXENIA programme to offer emergency accommodation in hotels for 2 months to beneficiaries exiting reception facilities on the islands, to assist their transition into housing. By the end of 2020, 1,838 beneficiaries of international protection were accommodated in hotels under the ‘FILOXENIA-INTEGRATION’ project. This project will end in February 2021 and will not be renewed, without any arrangements for the persons hosted therein.” (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 11)

„In addition, RSA is monitoring cases of status holders returned from other countries in recent months remain in prolonged destitution. A beneficiary returned from Germany in August 2020 has been sleeping rough in Athens for seven months. Another returned from Germany in January 2021 has secretly moved back into a refugee camp as an unregistered resident in precarious conditions, and was informed by the camp management in February 2021 that she was not allowed to stay in the camp.

Status holders could seek access to short-term homeless shelters offering accommodation for 3 to 6 months. However, homeless shelters operated throughout the country do not specifically target beneficiaries of international protection, although some are open to them.⁶⁹ The observations made by RSA and Stiftung PRO ASYL in Kurdistan Darwesh remain valid at the time of writing: access to the shelters is restricted by a number of criteria, given that (1) the majority of shelters only accept Greek or English speakers due to a lack of interpreters; (2) all shelters (except one for refugees with serious mental problems) are unavailable to persons with mental health conditions; (3) the only shelter designed for families has been suspended, only two shelters exceptionally admit families and one accepts women with children, notably victims of domestic violence; (4) state-run shelters require AFM and a tax clearance and medical examinations, including a COVID-19 test; and (5) their capacity is consistently extremely restricted. The KYADA Multi-Purpose Shelter does not currently accept placements. Some of the shelters only offer dormitories and thus require residents to leave during daytime, while the period of stay in dormitories cannot exceed 15 days to one month.⁷² The Greek Housing Network recently stressed the absence of measures in Athens to shelter the homeless ‘living on the street, at store entrances, in church yards, squares, tents and parks’, including many arriving from other municipalities. [...]

Access to food distributed by the few soup kitchens in operation is restricted in practice. Out of 5 soup kitchens operating in the Attica region: ‘Equal Society’ requires documents including a tax declaration, a registered address or a homelessness certificate, and AMKA; ‘Helping Hand – Evangeliki’ does not accept new persons for the next two months; ‘Caritas’ has no interpretation services and requires registration.

In light of the above, beneficiaries of international protection, including those returned to Greece from other countries, run a real risk of destitution, extreme material deprivation and a complete lack of accommodation engaging Article 3 ECHR. (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S. 11-12)

„The observations made by RSA and Stiftung PRO ASYL in Kurdistan Darwesh remain valid at the time of writing. Vocational training programmes and employment programmes in the agricultural sector previously announced by the government have never been implemented to date.“ (RSA/Stiftung Pro Asyl, März 2021, S, 12)

- RSA – Refugee Support Aegean/Stiftung Pro Asyl: Zur aktuellen Situation von international Schutzberechtigten in Griechenland. Stellungnahme, April 2021

https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Stellungnahme-International-Schutzberechtig-Griechenland-PRO-ASYL_RSA-April-2021.pdf

„International Schutzberechtigte müssen in Griechenland im Besitz einer gültigen Aufenthaltserlaubnis (*Άδεια Διαμονής Ενιαίου Τύπου*, kurz ADET) sein, um ihnen gegebenenfalls zustehende Sozialleistungen beantragen zu können (siehe Kapitel: Sozialleistungen). Darüber hinaus wird die Aufenthaltserlaubnis auch für die Beantragung einer Sozialversicherungsnummer (*Αριθμός Μητρώου Κοινωνικής Ασφάλισης*, kurz AMKA) benötigt. Diese wiederum ist Grundvoraussetzung, um Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem und zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass alle international Schutzberechtigten, die keine gültige Aufenthaltserlaubnis besitzen, keinen Zugang zu Sozialleistungen, zur Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt erhalten.

Anders als in Deutschland reicht ein bestandskräftiger Anerkennungsbescheid der Asylbehörde, mit dem einer Person internationaler Schutz zuerkannt wurde, in Griechenland nicht aus, um die entsprechende Aufenthaltserlaubnis zu beantragen. Zusätzlich wird ein sogenannter ‚ADET-Bescheid‘ benötigt. Bei diesem handelt es sich um einen Bescheid des zuständigen Regionalbüros der Asylbehörde, durch den die Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis angewiesen wird. Der ADET-Bescheid wird nicht immer zusammen mit dem Anerkennungsbescheid zugestellt. In diesem Fall müssen Schutzberechtigte einen Termin beim zuständigen Regionalbüro vereinbaren, um sich den ADET-Bescheid aushändigen zu lassen. (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 13)

„Schutzberechtigte, die bereits eine Aufenthaltserlaubnis besitzen und die Verlängerung dieser beantragen, bleiben bis zur Erteilung der neuen Aufenthaltserlaubnis im Besitz der bisherigen – auch wenn diese bereits abgelaufen ist. [...] Die Wahrnehmung der Rechte, die international Schutzberechtigten, die im Besitz einer gültigen Aufenthaltserlaubnis sind, formell zustehen, ist mit einer abgelaufenen Aufenthaltserlaubnis nicht möglich.“ (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 13-14)

„Schutzberechtigte, denen schon mal eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, die aber nicht mehr im Besitz dieser sind, bleiben bis zur Ausstellung einer neuen Aufenthaltserlaubnis ohne Dokumente und sind bis dahin von allem ausgeschlossen.

Schutzberechtigte, die noch nie im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis waren, weil sie zum Beispiel direkt nach oder noch vor Erhalt des Anerkennungsbescheids Griechenland verlassen haben, und die daher nach der Rückkehr zum ersten Mal eine Aufenthaltserlaubnis beantragen, können bis zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis theoretisch eine Aufenthaltsgestattung beim zuständigen RAO beantragen. Das Verfahren zum Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis entspricht dabei dem Verfahren bei international Schutzberechtigten, die kurz zuvor erst ihren Anerkennungsbescheid erhalten haben. Entsprechende Fälle sind PRO ASYL und RSA nicht bekannt.“ (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 14)

„International Schutzberechtigte, die ohne gültige Aufenthaltserlaubnis nach Griechenland zurückkehren beziehungsweise abgeschoben werden, haben bis zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis keinen Zugang zu Sozialleistungen, zur Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt, selbst wenn alle anderen Voraussetzungen erfüllt sein sollten. Zudem können sie keine anwaltliche Vertretung bevollmächtigen, da die hierfür benötigte behördliche Beglaubigung ohne beziehungsweise mit abgelaufener Aufenthaltserlaubnis nicht möglich ist.“ (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 15)

„Asylbewerber*innen erhalten seit April 2020 bei Ausstellung beziehungsweise Verlängerung der Aufenthaltsgestattung eine vorläufige Sozialversicherungsnummer (Προσωρινός Αριθμός Ασφάλισης και Υγειονομικής Περίθαλψης Αλλοδαπού, kurz PAAYPA), 56 die ihnen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt ermöglichen soll. Bei Schutzzuerkennung soll diese vorläufige Nummer innerhalb eines Monats nach Erteilung der Aufenthaltserlaubnis automatisch in eine reguläre Sozialversicherungsnummer umgewandelt werden.⁵⁷ Läuft das Gültigkeitsdatum der Aufenthaltsgestattung ab, wird die vorläufige Sozialversicherungsnummer automatisch deaktiviert⁵⁸ (zum faktischen Ausschluss von Asylbewerber*innen mit abgelaufener Aufenthaltsgestattung von der Gesundheitsversorgung infolge von Covid-19-Schutzmaßnahmen siehe Kapitel: Aufenthaltserlaubnis).

International Schutzberechtigte, die ohne Aufenthaltserlaubnis nach Griechenland zurückkehren oder abgeschoben werden, können keine Sozialversicherungsnummer erhalten. Eine Beantragung ist erst möglich, wenn ihnen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde – was angesichts der aktuellen Wartezeiten aber bis zum einem Jahr dauern kann. Bis zum Erhalt der Sozialversicherungsnummer haben sie weder Zugang zur Gesundheitsversorgung noch zum Arbeitsmarkt.“ (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 17)

„Wer weder über eine reguläre noch über eine vorläufige Sozialversicherungsnummer verfügt [...], hat im Krankheitsfall keinen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung. Ärztliche Untersuchungen und Behandlungen sowie ggf. benötigte Medikamente müssen in diesem Fall privat bezahlt werden.“ (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 20)

„Hürden beim Zugang zur Gesundheitsversorgung können aufgrund von Sprachbarrieren zudem auch bei Vorliegen aller formellen Voraussetzungen bestehen. In den wenigsten Krankenhäusern gibt es Übersetzer*innen, wie eine Abfrage von PRO ASYL und RSA bei Krankenhäusern der Region Attika im September 2020 ergab. Eine Kommunikation mit

„Ärzt*innen ist für Betroffene daher nur möglich, wenn sie eigene Übersetzer*innen mitbringen können.“ (RSA/Stiftung Pro Asyl, April 2021, S. 20)

- RSA – Refugee Support Aegean: Excluded and Segregated; The vanishing education of refugee children in Greece, 13. April 2021

<https://rsaagean.org/en/excluded-and-segregated-the-vanishing-education-of-refugee-children-in-greece/>

„Refugee children’s education prospects are equally marred by acute risks of homelessness and destitution upon obtaining international protection in Greece.[45] In all cases of families of beneficiaries of international protection monitored by RSA since the summer of 2020, children have not been able to attend public schools during their stay in the RIC, reception facilities on the mainland, or their subsequent homelessness in Athens.“ (RSA, 13. April 2021)

- RSA – Refugee Support Aegean: Recognised but unprotected: The situation of refugees in Victoria Square, 3. August 2021

<https://rsaagean.org/en/recognised-but-unprotected-the-situation-of-refugees-in-victoria-square/>

„In early July 2020, the authorities started carrying out transfers to other reception facilities such as Schisto, Skaramangas and Thiva. In Schisto, the families interviewed said that they were placed under a metal shed in the middle of the camp. They described how they slept on blankets on the sand as they were not provided tents, and received food for the entire day in one set, without being able to protect food from the heat. They were informed that camp management was not responsible of them as they were not regular residents.

In Skaramangas, the authorities placed status holders in two metal storage buildings, one of which has no air conditioning. Those interviewed described how they slept on the floor amid filth and worms. These conditions were unbearable for the child of the Rahimi* family, who suffers from a rare genetic disorder. They said that the camp manager told them she could not help with the child’s illness. The family left the camp, fearing a deterioration of their child’s health, and slept rough on the streets once again. ‚After one night there we were again homeless. We went to a camp, but there it was worse than in Victoria square. We don’t know where to go now. We need medical treatment for our child’, stated Noori*, the father of the family.“ (RSA, 3. August 2020)

- Skleparis, Dimitris: Refugee Integration in Mainland Greece: Prospects and Challenges (Policy Brief), März 2018

https://unescochair.yasar.edu.tr/wp-content/uploads/2018/02/Dimitris_PB02March2018.pdf

„As a consequence, those few who manage to find a job are usually employed in the informal economy, which deprives them of access to social security, and subjects them to further precariousness and vulnerability. Henceforth, the vast majority of international protection beneficiaries and applicants rely on food, non-food item and financial assistance

distributions to meet their basic needs.⁷ This often forces them into dangerous income generating activities, and extends the need for emergency services, increases the risk of exploitation, and hinders their integration prospects.” (Skleparis, März 2018, S. 3)

„The Greek state currently faces the major challenges of a generally overwhelmed and underfunded health system, and the curtailment of social welfare provisions within the context of financial crisis and subsequent austerity measures. In principle, international protection beneficiaries and applicants are entitled to free access to pharmaceuticals and healthcare in medical centres and hospitals. In practice, however, accessibility remains an important challenge as there is a lack of female medical staff, interpreters are not always available in healthcare facilities, drugs and medical examinations are not provided for free, hospital personnel are not always informed, and transportation to hospitals from remote sites is virtually non-existent. As a result, mainly NGOs together with some municipal authorities and volunteers provide basic health services and medical and psychological support.” (Skleparis, März 2018, S. 4)

„In practice, however, only a limited number of international protection beneficiaries and applicants make use of these provisions, since lack of communication by the Ministry of Migration Policy about availability of social security mechanisms limits their prospects to access social welfare provisions. What is more, at least one year of work experience with social security is a prerequisite to access these provisions, which is extremely hard to secure, as was stated above. On top of these obstacles, international protection beneficiaries and applicants also face difficulties in registering in the unemployment register due to the fact that they don't always possess official rental contracts, while they occasionally encounter the refusal of public services to issue them social security and tax registration numbers, which constitute additional prerequisites to access social welfare provisions.” (Skleparis, März 2018, S. 4)

- StoNisi: Αποσυμφόρηση, αλλά με αυτούς που επιστρέφουν τι γίνεται [Entlastung, aber was ist mit denen, die zurückkehren?], 2. Oktober 2020
<https://www.stonisi.gr/post/11842/aposymforhsh-alla-me-aytoys-poy-epistrefoyn-ti-ginetai#.X3dLfJhObT1.twitter>

„Καθημερινά περίπου 20 με 30 αναγνωρισμένοι πρόσφυγες με δικαίωμα μετακίνησης που έφυγαν από τη Μυτιλήνη το προηγούμενο διάστημα στα πλαίσια της επιχειρούμενης αποσυμφόρησης, επιστρέφουν στο νησί. Όπως λένε δεν μπορούν να φύγουν από την Ελλάδα ενώ δεν υπάρχει και δυνατότητα στοιχειώδους παραμονής στη μεγαλόπολη.

Υπολογίζεται ότι περί τα 400 άτομα επέστρεψαν μέσα στο Σεπτέμβριο. Επιστρέφοντας κατευθύνονται είτε σε σπίτια της πόλης όπου διαμένουν συμπατριώτες τους, είτε στα καμένα της Μόριας όπου στήνουν παράγκες ή χρησιμοποιούν κάποιες εγκαταλεημένες που δεν κάρηκαν, είτε σε άλλα σημεία.“ (StoNisi, 2. Oktober 2020)

- The Guardian: 'How can I find a home?' Promise of Athens turns to despair for refugees, 23. Juli 2020
<https://www.theguardian.com/global-development/2020/jul/23/how-can-i-find-a-home-promise-of-athens-turns-to-despair-for-refugees>

„The problem is there is no system to shock, it's so disorganised, so dysfunctional, it's like trying to reboot a broken PC,' says Lefteris Papagiannakis, the former vice-mayor of Athens who helped set up Elaionas. [...]

Since Greece's prime minister Kyriakos Mitsotakis assumed power on a tough law and order platform, integration 'even as a word' had barely been mentioned, says Papagiannakis, who now works for the humanitarian organisation, Solidarity Now. 'The rationale would seem to be to get them out of the camps, out of the system and push them politely out of Greece because once they have papers they are free to travel abroad and, as we know, most never come back.'" (The Guardian, 23. Juli 2020)

„A collection of colourfully painted cabins, set either side of concrete pathways, Elaionas was built on former wasteland off the Sacred Way, ancient Greece's oldest road. It opened in 2015, at the height of the refugee crisis. But in the rush to house families ordered to leave Moria, the infamous holding centre on Lesbos, authorities have turned the facility's football ground into a tent city that has become synonymous with desperation and despair. [...] 'Other people in Elaionas, who haven't got asylum, live in containers with electricity and air-conditioning. It's crazy but they are in a much better situation. In Moria there was a lot of fighting. Here there is peace but life is so difficult,' he says.

The plight of refugees forced to leave camps as the centre-right government tries to ease the pressures on a vastly overcrowded reception system has led to growing concern. Volunteers working with refugees speak of hunger and dehydration. Yet Greece currently chairs the Council of Europe, the EU's leading human rights organisation.

Around 11,000 people who were granted asylum since entering Greece have been asked to leave managed accommodation in island camps, hotels and apartments under the Estia scheme run by the UN refugee agency. Citing the need to free up space in migrant facilities, officials describe the exit strategy as the long overdue 'shock' that will shake the system into action. Families have ended up in the street in Athens, gathering under the mulberry trees in Victoria Square. Critics claim Greece's problem-plagued migration system is simply not up to the job. [...] 'The problem is there is no system to shock, it's so disorganised, so dysfunctional, it's like trying to reboot a broken PC,' says Lefteris Papagiannakis, the former vice-mayor of Athens who helped set up Elaionas. 'So these poor people, who should have been integrated long ago, end up on the street, collateral damage in a system whose solution will be to move them from one camp to another before they are moved again.' The International Organization for Migration (IOM) concedes there are problems. 'We are dealing with a system that got up and running late,' its mission chief, Gianluca Rocco, says. 'All this time there have not been regular exits [from camps] and now we're seeing big groups leaving all at once and that is creating challenges.' [...]

Among those recently transferred from Victoria Square to Schisto with her husband and baby daughter is Somayeh Hashemi. 'It's very cramped. We are many families but they have put us in the cinema room and not in a tent,' she said through her husband, Saeed. 'Now we are sleeping on the floor but we worry about the future. We don't have a tax number or a bank account. We don't speak the language. How will we find a home?'" (The Guardian, 23. Juli 2020)

- TNH – The New Humanitarian: Ending detention, Greece still accused of failing to protect migrant children, 18. Dezember 2020
<https://www.thenewhumanitarian.org/news-feature/2020/12/18/Greece-detention-migrant-children>

„Greece has announced it is ending its longstanding practice of holding unaccompanied migrant children in police custody, but critics say it is still failing to support thousands of minors who often undertake dangerous journeys to flee instability and war and seek asylum in Europe.

Human rights advocates hailed the government's move last month to end detentions as a major victory for child rights, but cautioned that the supposedly protective practice is only one of many Greek policies that leave children in danger and unsupported even after reaching the EU. [...]

Unaccompanied minors who avoid problems with the smuggling networks and the Greek legal system still face a lack of support.

Even as the Greek government has moved away from holding children in police stations, one of the biggest issues is the absence of safe housing alternatives.

Around 25 percent of the more than 4,000 unaccompanied minors in Greece live in squats, shared apartments, or on the streets, according to the National Center for Social Solidarity.

Housing insecurity exposes children to numerous dangers, including violence, sexual abuse, and various forms of exploitation, according to a 2019 report by the Germany-based Rosa Luxemburg Foundation." (TNH, 18. Dezember 2020)

„Unaccompanied minors who complete the first year of high school and receive asylum are able to apply for apprenticeship programmes at vocational schools and begin earning some money.

Otherwise, job prospects are limited.

Many people who arrive in Greece as children end up in exploitative labour situations – in agricultural fields, or in factories earning 20 euros (\$24) or less for 10-hour work days, or getting pulled into criminal networks selling illegal cigarettes or drugs, according to Verginis [coordinator with the Greek NGO ARSIS]." (TNH, 18. Dezember 2020)

- Tramountanis, Angelo: Addressing the protection gap in Greece, 21. Juli 2021 (Blogbeitrag auf der Website des Overseas Development Institutes)
<https://odi.org/en/insights/addressing-the-protection-gap-in-greece/>

„A protection gap also exists in the challenges refugees face when transferring from humanitarian assistance to the national protection system. In principle, beneficiaries of international protection have the same rights to access and benefit from the national social protection system as the host population—including the Guaranteed Minimum Income, rent subsidies, child benefit and unemployment or disability benefits.

However, preliminary findings by the Social protection responses to forced displacement project, based on research in Greece, suggest that refugees are either unaware of these programs, or they face significant entry barriers to accessing them. Often, they lack a social security number, a tax registration number or a bank account— prerequisites for registering in the state benefits programs. A survey conducted during our research found that out of 310 refugees interviewed in Attiki and Ioannina regions, only 2 individuals were receiving any form of state benefit.

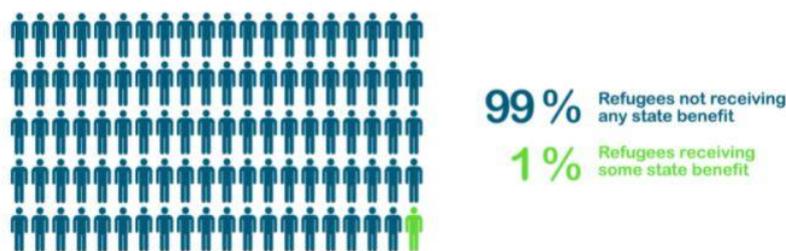


Image: Tramountanis Angelo

Undoubtedly, the Covid-19 pandemic and the successive lockdowns have further impeded the prospects for refugees and asylum seekers, as it becomes increasingly difficult for them to communicate with NGOs, who could provide information and guidance.

These findings indicate that a crucial protection gap exists for the refugee population in Greece. Paradoxically, in gaining refugee status individuals are less protected compared to asylum seekers. This situation is likely to deteriorate further, since significant budget cuts are expected in the assistance provided by the EU in the coming years.” (Tramountanis, 21. Juli 2021)

- UNHCR – UN High Commissioner for Refugees: Country Report Greece 2018; Inter-agency Participatory Assessment Report, Oktober 2018
<https://data2.unhcr.org/en/documents/details/66441>

„Information provision and interpretation: Participants in most FGDs noted difficulties accessing information. This included a lack of interpreters for certain languages (e.g. Somali, Farsi, Kurmanji, Panjabi, Bangla, Urdu, Sorani, Amharic, Tigrinya, etc.), lack of consistent and simplified information on services and procedures (in the form of leaflets, FGD, information desk, information sessions). This applies to sites, RICs and urban locations and to information provision upon arrival.” (UNHCR, Oktober 2018, S. 3)

- UNHCR - United Nations High Commissioner for Refugees: Greece must ensure safety net and integration opportunities for refugees, 2. Juni 2020
<https://www.unhcr.org/news/briefing/2020/6/5ed603924/greece-must-ensure-safety-net-integration-opportunities-refugees-unhcr.html>

„A new law adopted in March 2020 reduces the grace period for recognized refugees from six months to 30 days to make a transition from organized accommodation and basic support to an independent living.“ (UNHCR, 2. Juni 2020)

„UNHCR, the UN Refugee Agency, is deeply concerned over government-arranged exit of some 9,000 recognized refugees from Greece’s reception system which began yesterday (1 June). In the coming months another 11,000 refugees will have to transit from assistance for asylum seekers to general social welfare, once recognized as refugees by Greece’s asylum authorities. [...] Refugees are eligible for several national schemes providing minimum guaranteed income, housing support and other benefits to the most vulnerable. In practice, however, refugees face barriers in accessing support.“ (UNHCR, 2. Juni 2020)

- UNHCR - United Nations High Commissioner for Refugees: Towards ESTIA II: UNHCR welcomes Greece’s commitment to ensure the continuation of flagship reception programme for asylum-seekers, 15. Juli 2020
<https://www.unhcr.org/gr/en/15985-towards-estia-ii-unhcr-welcomes-greeces-commitment-to-ensure-the-continuation-of-flagship-reception-programme-for-asylum-seekers.html>

„The Ministry of Migration and Asylum, the European Commission and UNHCR, the UN Refugee Agency, signed today in Athens a Grant Agreement on the implementation of ESTIA II rental accommodation scheme for asylum-seekers. The agreement affirms the transition of the accommodation component of ESTIA, currently managed by UNHCR, to the Ministry of Migration and Asylum within 2020, starting with the transition of 12,000 places – nearly half the entire project – on 1 September 2020.“ (UNHCR, 15. Juli 2020)

- UNHCR – UN High Commissioner for Refugees: Fact Sheet; Greece; 1-30 September 2020, 30. September 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2040875/2020.09+-+Greece+Factsheet_final_opt.pdf

„UNHCR with UNICEF and other actors support the Ministry of Education to include refugee boys and girls in public education. ■ The school year started with special prevention measures against the spread of COVID-19 in place. In the current school year, 78% of recognized refugee children in ESTIA accommodation are enrolled into public schools alongside their Greek peers. [...] UNHCR foresees that unless immediate and bold action is taken by the international community to beat back the catastrophic effects of COVID-19 on refugee education, the prospects for young refugees will be further threatened.“ (UNHCR, 30. September 2020, S. 4)

- UNHCR – UN High Commissioner for Refugees: Fact Sheet; Greece; 1-31 December 2020, Dezember 2020
<https://www.ecoi.net/en/file/local/2044255/2020.12+-+Greece+Factsheet.pdf>

„In the current school year, 83% of recognized refugee children in ESTIA accommodation are enrolled into public schools alongside their Greek peers. Several hurdles continue hindering education opportunities on the islands, where out of 3,800 school-aged children (4-17), only a handful attend public schools. In addition, quarantine and restriction of movement measures significantly affect the transportation of students, physical presence in schools has been closed during the month, while special reception classes on the islands remain idle.” (UNHCR, Dezember 2020, S. 4)

„Access to health care for asylum-seekers and refugees continued to be limited at several locations across Greece, in particular on the islands, mainly due to the limited public sector medical staff and difficulties in obtaining the necessary documentation. (UNHCR, Dezember 2020, S. 4)

„UNHCR supported primary healthcare and psychosocial support services in Lesbos and mental health services in Attika and Thessaloniki. UNHCR continued to work with experts towards refugee skills building and training, in order to provide essential psychosocial support and to empower vulnerable refugees, including those with mental health conditions.” (UNHCR, Dezember 2020, S. 4-5)

- UNHCR Griechenland: Access to Employment, ohne Datum (a)
<https://help.unhcr.org/greece/living-in-greece/access-to-employment/>

„Do I Have the right to work in Greece?

Yes. If you are a recognised refugee or a beneficiary of subsidiary protection and you hold a valid residence permit, you have access under the same conditions as Greek nationals to:

salariated employment;
provision of services or work;
exercise an independent economic activity.

Your family members have the same rights as you, upon them getting a valid residence permit.

Note that to be legally employed, your residence permit must be valid, therefore do not forget to renew your residence permit as it expires.

Do I need a work permit?

No. The ‘work permit’ was previously a prerequisite for refugees in Greece but under the law 4375/2016 (article 69), it has been abolished.

Note that employers and accountants are not always aware of legal developments. You may need to clarify, refer to specific details of the law as noted above, or request assistance from an NGO in your location to discuss your case with employers and accountants.

What are the other requirements to work legally in Greece?

To work legally, you must have a tax number (AFM) and a social security number (AMKA).

How do I obtain a Tax Number (AFM)?

To obtain a tax number in Greece, you must visit the tax office (DOY) of your place of residence. You can find your tax office (DOY) here <https://www.aade.gr/eyretirio-horikis-armodiotitas-ton-doy>. Note that the information in this link is in Greek.

At the tax office (DOY) you must present the following documents:

Filled in M1 application form; M1 forms are also available at the tax offices or can be downloaded here <https://www.aade.gr/sites/default/files/2017-01/M1.pdf>

The original and a copy of your residence permit.

Proof of your residence (House rental contract/Power or Water supply bill issued on your name etc.) if your residence permit does not indicate your current address.

Note that the tax number is necessary for all transactions with public services, to rent/buy a house/apartment, to buy a car or a motorbike and in general, it facilitates all transactions with service providers.

[...] How do I obtain a Social Security Number (AMKA)?

You must have a Social Security Number (AMKA) in order to work legally in Greece. You also need an AMKA to be insured and benefit from the Social Security provisions for employment injury, maternity, sickness, disability, unemployment and family responsibilities.

Your AMKA ensures your rights related to labour and a pension and also facilitates your access to hospital and pharmaceutical care. More details about the AMKA can be found here. Note that the information in the link is in Greek.

You may submit an application for an AMKA at a Social Security Agency AMKA office, or at a Citizens' Service Centre (KEP-KEΠ). Note that information in the links is in Greek.

When you submit the application, you need to present your valid 'residence permit' and proof of your address

Note that the experience of applying for the AMKA varies from person to person. In some locations the AMKA is granted quickly to refugees, in some other locations the authorities request additional documentation. If you face difficulties, you may request assistance from an NGO in your location." (UNHCR Griechenland, ohne Datum (a))

- UNHCR Griechenland: Access to Welfare, ohne Datum (b)
<https://help.unhcr.org/greece/living-in-greece/access-to-welfare/>

„Access to the welfare system and allowances for refugees in Greece:

If you are a recognised refugee or a beneficiary of subsidiary protection, you have the right by law to receive the necessary social assistance under the same conditions as Greek nationals. The Greek welfare system is supervised by the Ministry of Labour, Social Security and Social Solidarity, Welfare General Secretariat. [...]

Can I access national financial support?

If you are a recognised refugee or a beneficiary of subsidiary protection with a valid residence permit, you may be able to access the national welfare system. It is titled Social Solidarity Income (SSI) and it combines:

Financial support (maximum of 200€ for the head of the family, plus 100€ for any additional adult, plus 50€ per child of the same family; the maximum monthly amount is 900€, regardless of the composition of the household).

Access to complementary social services, benefits and goods such as free medical care, inclusion in social care facilities and support;

Services that promote integration into the labour market.

If a member of my family has a disability, can we find support in Greece?

If you are a recognised refugee or a beneficiary of subsidiary protection with a valid residence permit, or an applicant of international protection – an asylum seeker with a valid asylum seeker’s card not hosted in a Reception Centre, you may go through an assessment procedure to determine whether you qualify for a disability allowance.

To receive the disability benefit you should take the following steps.

Step 1: Submit your application. You can do this online here. Note that information in the link is in Greek. Or you can submit an application to the Centre of Disability Accreditation (KE.P.A.) in your area. You can find the list of offices of KE.P.A. in Greece here. Note that information in the link is in Greek. The relevant details and guidelines are provided here in Greek.

With your application, you must also submit:

A complete file from your doctor, signed and stamped, as well as with the certification of the doctor’s signature. The relevant form is here in Greek.

Your residence permit or asylum seeker’s card;

Your health booklet, if you are insured;

Your social security number (AMKA).

Step 2: After submitting your application, you will be informed (usually by phone) about your appointment to meet a Health Committee. After one or two months, you will be informed about the final decision and your disability ‘rating’. A rating of 67% is required for persons with disabilities, and 50% for HIV positive persons, in order to qualify for an allowance. If you do not agree with the assessment and rating, you have the right to submit

an objection within 10 days of notification. Note that you will need legal advice and support from an NGO in your location to submit an objection.

Step 3: The final step of the process is to submit an application to the municipal services in your location. You must also submit:

The opinion or decision of KE.P.A.;

Your valid residence permit or asylum seeker's card;

Your tax clearance note (ekkatharistiko);

Proof of your residence;

Bank account details.

The amount of the disability benefit varies, depending on the type of disability and it is periodically adjusted and is paid every two months. If you face difficulties with your application, you may ask for support by an NGO in your location.

You may also contact the National Confederation of Disabled People using these details: +30 210 9949837 or e-mail: refugees@esaea.gr.

Is there support available for large families?

If you are a recognised refugee with valid residence permit and you legally and permanently lived in Greece for more than ten years, together with your children, you may apply for a special allowance for large families. You can find more information in Greek [here](#), and in English [here](#). You may also ask an NGO in your location for more information.” (UNHCR Griechenland, ohne Datum (b))

- USDOS – US Department of State: 2020 Country Report on Human Rights Practices: Greece, 30. März 2021
<https://www.ecoi.net/en/document/2048407.html>

„Throughout July media reported on several cases of recognized refugees staying in the streets after they had to leave EU- and government-sponsored accommodation. An unknown number of homeless refugees were temporarily accommodated in big tents at reception camps around Attica (Elaionas, Skaramangas, Schisto, Malakasa.)” (USDOS, 30. März 2021, Section 2f)